

Archive im (räumlichen) Kontext Archivbauten und ihr Umfeld

Vorträge des 68. Südwestdeutschen Archivtags am 21. Juni 2008 in Ulm

Herausgegeben von Beat Gnädinger

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart 2009



Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier

Alle Rechte vorbehalten

© 2009 by Landesarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart

Lektorat: Luise Pfeifle

Gestaltung: agil > Visuelle Kommunikation, Pforzheim

Druck: Offizin Chr. Scheufele, Stuttgart

Kommissionsverlag: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN 978-3-17-020902-2

Inhalt

4	Vorwort	
	
	BEAT GNÄDINGER	
6	Einführung	
	
	MICHAEL WETTENGEL	
11	Im Herzen der Stadt	
	Der Standort als Ausdruck archivischen Selbst-	
	verständnisses	
	
	HANS-DIETER LOOSE	
20	Die Errichtung eines öffentlichen Archivs in	
	<i>Public-Private-Partnership</i>	
	Erfahrungen beim Neubau des Staatsarchivs	
	Hamburg	
	
	ANDRÉ SALATHÉ	
33	Die frühzeitige Destillation des Machbaren	
	Das Bauprojekt Staatsarchiv Thurgau und die	
	Volksabstimmung am 25. November 2007	
	
	LAURENCE PERRY	
42	Archivgebäude und Stadtplanung im Elsass	
	
	WILHELM WADL	
50	<i>Eigene Herren im eigenen Haus</i>	
	Die Entwicklung des Kärntner Landesarchivs seit	
	seiner Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche	
	Anstalt	
		KLAUS BÜHRER
57	Wie finden Nutzer und Planer zusammen?	
	Der Neubau des Verbundarchivs in Freiburg im	
	Breisgau	
	
		PAUL VOGT
68	Vermittlung zwischen Tradition und Moderne	
	Der Neubau des Liechtensteinischen	
	Landesarchivs in Vaduz	
	
		REGULA NEBIKER TOEBAK
86	Der Um- und Ausbau des Staatsarchivs	
	Basel-Landschaft	
	
94	Die Autorinnen und Autoren	

Vorwort

Als am 14. Juli 2007 das Haus für Stadtgeschichte – Stadtarchiv Ulm im Schwörhaus seine neu hergestellten Räume der Öffentlichkeit feierlich präsentierte, hat der Unterzeichner in seinem Festvortrag angemerkt: *Mitten in Ulm an so prominenter Stelle und in einem historischen Gebäude ersten Ranges: besser kann ein Archiv, kann ein Haus der Stadtgeschichte gar nicht gelegen sein, um in die Öffentlichkeit zu gehen und von der Öffentlichkeit genutzt zu werden.*

Mitten in Ulm, wenn auch an anderer Stelle (im Stadthaus), fand am 20. und 21. Juni 2008 auch der 68. Südwestdeutsche Archivtag zu dem Thema *Archive im räumlichen Kontext – Archivbauten und ihr Umfeld* statt. Deutlich wurde dabei freilich, dass es kein Idealkonzept für die räumliche Unterbringung gibt, dass man vielmehr, ausgehend von den Anforderungen im jeweiligen Umfeld, die verschiedensten Faktoren bei der Unterbringung berücksichtigen muss. So konnte die Tagung auch nur, um den Tagungspräsidenten Dr. Beat Gnädinger zu zitieren, *ein Panorama von möglichen Lösungswegen und Lösungen bieten – von guten Lösungen notabene –, die in den letzten Jahren umgesetzt worden waren oder sich in Umsetzung befinden.*

Nicht zuletzt durch aktuelle Projekte ist der Archivbau gegenwärtig wieder verstärkt in das Interesse der Archivarinnen und Archivare gerückt. 2006 hat sich die 83. Jahresversammlung des Vereins Schweizerischer Archivarinnen und Archivare in Luzern mit Archivneubauten im Spannungsfeld zwischen Ästhetik und Pragmatik befasst. 2010

wird der 80. Deutsche Archivtag in Dresden unter dem Rahmenthema *Archivbau und -logistik* stehen. Beim Bundesarchiv hat sich dieses Jahr eine Arbeitsgruppe zum Archivbau gebildet. An zahlreichen Orten – ich nenne nur Berlin (Bundesarchiv), Duisburg (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen), Dresden (Staatsarchiv Sachsen), aber auch Stuttgart (Stadtarchiv) – sind Baumaßnahmen im Gang. Und im Landesarchiv Baden-Württemberg freuen wir uns sehr, dass im September 2008 die Grundsteinlegung am lang ersehnten Erweiterungsbau für das Generallandesarchiv in Karlsruhe erfolgt ist.

Über die Erfahrungen mit den laufenden Projekten wird man sich später austauschen. In Ulm standen vor allem abgeschlossene Unternehmungen auf der Tagesordnung, wobei in bester Tradition der grenzüberschreitende Kontakt gepflegt wurde, standen neben dem Stadtarchiv Ulm, dem Staatsarchiv Hamburg und dem projektierten Verbundarchiv Freiburg im Breisgau doch auch das Staatsarchiv Thurgau, Archivgebäude im Elsass, das Kärntner Landesarchiv, das Landesarchiv in Vaduz und das Staatsarchiv Basel-Landschaft auf dem Programm. Selten war der Südwestdeutsche Archivtag so international!

Für die instruktiven und sehr reflektiven Beiträge sei den Autorinnen und Autoren an dieser Stelle nochmals ebenso herzlich gedankt wie für die rasche Fertigstellung der Manuskripte für den Druck. Das Landesarchiv war dank dieser Zuverlässigkeit wiederum in der Lage, den Tagungsband in kürzes-

ter Zeit vorzulegen. Ein besonderes Dankeschön gilt auch dem Tagungspräsidenten des 68. Südwestdeutschen Archivtags, Herrn Dr. Beat Gnädinger, Staatsarchivar des Kantons Zürich, der die Tagung nicht nur vorbereitet und geleitet, sondern auch die Herausgabe des Tagungsbands übernommen hat. Für die kompetente Redaktion der Publikation in bewährter Manier danke ich Frau Luise Pfeifle von der Abteilung *Fachprogramme und Bildungsarbeit* im Landesarchiv.

In der Triariersitzung des 68. Südwestdeutschen Archivtags ist ein Wechsel in der Präsidentschaft des bis heute ohne Regularium alljährlich veranstalteten regionalen Archivtags erfolgt. Dr. Kurt Hochstuhl, Leiter des Staatsarchivs Freiburg, der die Geschäfte auf dem 62. Südwestdeutschen Archivtag 2002 in Mosbach übernommen hatte, gab sie an Dr. Peter Müller, Leiter des Staatsarchivs Ludwigsburg, ab. Auch hier sei nochmals die Gelegenheit genutzt, dem in Ulm verabschiedeten Präsidenten herzlich für die umsichtige, ideenreiche und engagierte Planung und Durchführung der sechs erfolgreichen Tagungen von 2003 bis 2008 zu danken und dem Nachfolger viel Erfolg und alles Gute zu wünschen.

Stuttgart, im Januar 2009

Prof. Dr. Robert Kretschmar
Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg

BEAT GNÄDINGER

Einführung

*Öffentliche Archive haben, wenn sie rechtmässig betrieben werden, eine Eigenschaft, über die man sich ärgern kann, die aber kaum zu ändern ist: Sie wachsen und wachsen.*¹ Mit diesen Worten wandte sich der Zürcher Regierungsrat und Innenminister Markus Notter anlässlich der Eröffnung des erweiterten Staatsarchivs des Kantons Zürich im Oktober 2007 an die geladenen Gäste. Und er präzierte bzw. bekräftigte diese Aussage, indem er betonte, dass sie nicht abhängig sei davon, auf welchen Datenträgern Unterlagen einem Archiv zur dauernden Aufbewahrung übergeben würden. – In der Tat: Wachstum von Archiven bestand früher einmal aus Quadratmetern von Pergament und Regalmetern von Papier. Bereits gegenwärtig und in Zukunft immer mehr wird Wachstum in Archiven zumindest zu einem wesentlichen Teil aus Tera- und Pentabytes bestehen. Aber zurzeit und bis auf Weiteres besteht es immer noch hauptsächlich aus Regalkilometern von Papier.

Archivaren braucht man diese Tatsachen nicht weiter zu erläutern; vielmehr sind sie es selbst, die das entsprechende Bewusstsein haben und bei Dritten dauernd zu schaffen versuchen. Aber die Erfahrung zeigt, dass auch die Leute, die als Kunden oder Besucher in ein Archiv kommen, gar nicht infrage stellen, dass ein öffentliches Archiv

mit einem in Funktion stehenden Sprengel dauernd Zuwachs erhält. Und nachgerade als Selbstverständlichkeit wird angenommen bzw. erwartet, dass Unterlagen, wenn sie einmal bewertet und erschlossen in einem Archiv liegen, wirklich dauernd aufbewahrt werden. Wenn ich im Rahmen von Führungen im Staatsarchiv Zürich die Wachstumsproblematik erläutere, wenn ich feststelle, dass wir zurzeit jährlich um die 800 Regalmeter Zuwachs haben, wenn ich hochrechne, dass wir (nach der Erweiterung von 2007) in rund 15 Jahren eine nächste Erweiterung in Betrieb nehmen müssen, gibt es keinerlei abwehrende Reaktionen. Allen scheint bewusst zu sein, dass Wachstum in einem öffentlichen Archiv eine Normalität ist, nachgerade ein Axiom. Jedenfalls kommt es niemandem in den Sinn, die Kassation der ältesten Unterlagen zu fordern, um Platz zu schaffen für die jüngsten.

Trotzdem können natürlich auch Archivare, wenn bei ihnen die Notwendigkeit eines Erweiterungs- oder Neubaues evident oder gar akut wird, nicht einfach mit dem Finger schnippen, um die Baumaschinen auffahren zu lassen. Vielmehr sind sie – gleich wie alle anderen Teile der öffentlichen Hand – gehalten, die für die Realisierung öffentlicher Bauten vorgesehenen ordentlichen Schritte zu tun – und das ist auch richtig so. Je nachdem

dauert dieser Prozess 5–15 Jahre, die Zeit, bis er regulär einsetzt, nicht mitgerechnet. Und er besteht vor allem aus harter Arbeit, aus Arbeit zumal, die für einen Archivar in der Regel ungewohnt ist: Kaum einer wird im Lauf seines Berufslebens zweimal die Errichtung eines Neubaus anbahnen und begleiten.

Eine solche Einmaligkeit birgt gewisse Risiken; wer als Archivar auf sich allein gestellt ist, wenn es darum geht, ein so komplexes Bauwerk wie ein Archiv zu realisieren, könnte Gefahr laufen, anderswo schon einmal begangene Fehler zu wiederholen, anderswo gewonnene Erkenntnisse nicht mitzukriegen, also tendenziell ineffizient vorzugehen.

Dem versuchte der 68. Südwestdeutsche Archivtag in Ulm, den wir unter den Titel *Archive im (räumlichen) Kontext – Archivbauten und ihr Umfeld* gestellt haben, entgegenzuwirken. Denn der süddeutsche Raum und sein französisches, österreichisches, liechtensteinisches und schweizerisches Umfeld sind groß und wohlhabend genug, dass darin dauernd mehrere Archivbauprojekte in unterschiedlichen Stadien am Laufen sind. Dieser Umstand, so die Überzeugung der Veranstalter und des Herausgebers, sollte möglichst breit nutzbar gemacht werden, umso mehr, als die verschiedenen technischen und fachlichen Entwicklungen – bei langen Realisierungszeiten – relativ schnell verlaufen: Wer in den 1990er-Jahren einen Archivneubau erstellte, ist zwar noch heute ein kompetenter und guter Berater für ein aktuelles Projekt, aber zum Beispiel im Brandschutz, in der Klimatechnik oder bei der Erdbebensicherheit gelten bereits wieder andere Normen als vor 15 Jahren.

Die Vernetzung der mit aktuellen Projekten befassten Archivare war den Veranstaltern des Archivtags also ein hauptsächliches Anliegen.

Ihnen sollten Varianten, Möglichkeiten, gute Wege aufgezeigt werden, die in jüngster Zeit gegangen wurden oder aktuell gegangen werden. Ihnen sollte die Zuversicht gegeben werden, dass es auch in Zeiten der Knappheit öffentlicher Mittel möglich ist, für ein Archiv eine zeitgemässe Infrastruktur durchzusetzen, unter Umständen in Konkurrenz mit anderen anstehenden Projekten der öffentlichen Hand. Ihnen sollten Werkzeuge an die Hand gegeben werden, um Planungsunsicherheiten auszuräumen. Ihnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, Fragenkomplexe sachlich und klar anzugehen mit den richtigen Partnern, Widersprüche zur Debatte zu stellen und aufzulösen.

Archive und der Kontext, in dem sie sich befinden, insbesondere der räumliche Kontext, der sich aber natürlich nicht allein auf einer physischen Ebene definieren lässt, waren also das Tagungsthema – ein weites und vielschichtiges Feld, denn der Großteil der Teilnehmenden war und ist ange stellt in einem Archiv, das eine ganz spezifische räumliche Realität aufweist. Es besteht aus einem oder mehreren Gebäuden, die sich mehr oder weniger gut eignen zum vorgesehenen Zweck bzw. zu den Zwecken, die ein Archiv zu erfüllen hat. Denn es sind ja in der Tat mehrere Zwecke, die sich sogar teilweise zuwiderlaufen, die ein Archiv zu erfüllen hat. Diese Behauptung lässt sich leicht untermauern, wenn man der Wertschöpfungskette entlang denkt, die in einem Archiv gilt: Was die Überlieferungsbildung betrifft, muss ein Archiv möglichst nahe bei den Akten bildenden Stellen sein für nachhaltige Kontakte und über möglichst gute Einrichtungen verfügen, um Massenakten zu übernehmen. Für die Erschließung und Konservierung braucht es möglichst praktische und menschenfreundliche Räume, in denen Bestände geordnet, umgepackt und verzeichnet

werden können. Für die Aufbewahrung von Unterlagen sollten möglichst sichere Magazine mit einem stabilen Klima zur Verfügung stehen, zudem genügend Raumreserven – und alles möglichst preisgünstig. Und was schließlich die Bereitstellung von Unterlagen für die Öffentlichkeit betrifft, braucht es eine möglichst große Nähe zur Kundschaft in einer wiederum menschenfreundlichen und attraktiven Ambiance. Etwas vereinfacht gesagt, müsste ein Archiv also bestehen aus einer leistungsfähigen Rampe, unterschiedlichsten Arbeitsräumen, bunkerartigen Magazinen und einem freundlichen Publikumsbereich. Und all dies sollte aus ökonomischen Gründen erst noch an einem Ort vereint sein. In der Tierwelt würde man deshalb wohl reden von der Eier legenden Wollmilchsau.

Und damit es nicht zu einfach wird: Das ist nur der archivistische Teil des räumlichen Kontexts. Es gibt noch zusätzliche Ebenen: Archive sind öffentliche Gebäude, sie stehen damit also unter der Hoheit der Öffentlichkeit und hie und da auch im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Und sie stehen grundsätzlich in Konkurrenz zu allen anderen Ansprüchen, die an die begrenzte Ressource Raum gestellt werden, zumal in Städten, wo sich ja die bedeutenden öffentlichen Archive meist befinden. Konkurrierende Interessen des Hochbaus, des Tiefbaus, der Finanzen etc., private Interessen, zum Beispiel des Wohnungsbaus, können archivistischen Interessen entgegenstehen. Und die Bedürfnisse von Archiven sind im Bewusstsein der Öffentlichkeit primär vermutlich weniger gut verankert als andere, können auch nicht auf eine so gewichtige Lobby zählen wie andere.

Ein weiteres Charakteristikum der Problematik Archibauten wurde auf der Tagung explizit bestätigt: So etwas wie eine prototypische Ausgangs-

lage, was die räumliche Realität von Archiven insgesamt betrifft, gibt es nicht. Weder existieren allgemein anerkannte und breit bekannte Anforderungsprofile, noch gibt es idealtypische Vorbilder, die mehr oder weniger unesehen kopiert werden könnten. Für Bahnhöfe, Kasernen, Schwimmbäder, Schulhäuser ließen sich solche prototypischen Muster wohl isolieren, für Industriebauten ohnehin – nicht aber für Archive.²

Man kann der Meinung sein, dass das falsch ist, dass die Archive vielleicht zu lange auf ihrer integralen Einzigartigkeit beharrt haben – obwohl ein öffentliches Archiv funktional nicht einzigartig ist, sondern, wenn schon, dann inhaltlich, also in Bezug auf seine Unterlagen. Aber an der Tagung wurde nicht versucht, einen Idealtypus zu definieren, sondern wir wollten vielmehr ein Panorama von möglichen Lösungswegen und Lösungen bieten – von guten Lösungen notabene – die in den letzten Jahren umgesetzt worden waren oder sich in Umsetzung befinden.

Das Staatsarchiv des Kantons Zürich ist eine Institution, die von 1919 bis 1982 in einem Provisorium untergebracht war, zwar an einem wunderbar zentralen Standort mitten in der Altstadt, aber in Räumen, die unter funktionalen Aspekten weitgehend untauglich waren. Anders als im Kanton Thurgau scheiterte in den 1970er-Jahren in Zürich eine Neubauvorlage vor dem Stimmvolk – teilweise aus finanziellen Gründen, teilweise aufgrund von Konkurrenz mit privaten Ansprüchen, teilweise wohl aber auch deshalb, weil sich die Denkmalpflege öffentlich dezidiert gegen das Projekt wehrte.

Aufgrund des daraus resultierenden Notstands – das Archiv wuchs unerbittlich weiter – entschieden sich die Behörden daraufhin, eine zweite Volksabstimmung zu meiden und einen Neubau

auf Boden vorzusehen, der bereits dem Kanton gehörte. So kam das Staatsarchiv Zürich 1982 auf den noch relativ jungen Campus der Universität Zürich-Irchel zu stehen, als erstes Archiv-Zweckgebäude Zürichs überhaupt. Ein Kritikpunkt war damals, dass sich der Campus viel zu weit weg von der Stadt befinde. Diese Kritik ist heute nicht mehr zu hören; die Verdichtung des öffentlichen Verkehrs und wohl auch die generell erhöhte Mobilitätsbereitschaft haben dazu beigetragen, dass das Staatsarchiv Zürich heute als sehr gut erreichbar und zentrumsnah gilt.

Aber in den 1990er-Jahren zeigten sich nicht nur Klimaprobleme – der Versuch, das Kölner Modell unterirdisch umzusetzen, gelang nicht –, sondern es wurde auch der Magazinraum schnell wieder knapper, da die Massenaktenproduktion der Nachkriegszeit inzwischen voll aufs Archiv durchschlug. Deshalb wurde ein Erweiterungsbau geplant, der schließlich 2007 fertiggestellt werden konnte. Gleichzeitig wurde das Gebäude von 1982 saniert und auf den heutigen technischen Stand gebracht. Heute verfügt das Staatsarchiv Zürich mit den beiden funktional zu einer Einheit verbundenen, aber architektonisch weiterhin selbstständigen Gebäuden über eine Infrastruktur, die nachgerade als ideal bezeichnet werden kann: Die Hauptprozesse Überlieferungsbildung, Aktenerschließung und Kundendienste (in serieller Abfolge) und (parallel zu diesen) die Beständeerhaltung können in Räumen abgewickelt werden, die allen Ansprüchen genügen. Das wird aber nicht einfach so bleiben, denn, siehe oben, auch in Zürich gilt, und zwar ganz unabhängig von allen Prognosen, Absichten, Behauptungen und Unkenrufen in Sachen elektronische Archivierung: Öffentliche Archive haben eine konstante Eigenschaft – sie werden immer größer. Und deshalb

liegt einer der größten Vorteile des Staatsarchivs Zürich darin, dass es über eine komfortable Landreserve verfügt, die unmittelbar an die heutigen Archivbauten angrenzt. Es kann also weiter wachsen – zum Glück, denn die heutigen Berechnungen sagen, dass die nächste Erweiterung kurz nach 2020 in Betrieb genommen werden muss.³

Die exemplarischen Zürcher Zahlen zeigen: Wenn sich ein Archivar heute vielleicht nicht mehr oder noch nicht wieder mit Baufragen, mit Fragen des räumlichen Kontexts auseinandersetzen muss – morgen muss (oder besser darf) er es wieder. Der 68. Südwestdeutsche Archivtag wollte dazu beitragen, dass die dazu nötige Arbeit im jeweils spezifischen Umfeld auf sicherem Grund geleistet werden kann, und zwar mit folgenden Beiträgen:

Michael Wettengel berichtete über das Archiv der Gastgeberstadt, über die doppelte Lösung für das Stadtarchiv Ulm mit einem historischen Gebäude in der Altstadt, das eine niedere, einladende Schwelle hat, und einer Filiale am Stadtrand, in der die jüngeren Akten vorgehalten werden.

Hans-Dieter Loose referierte den Weg, den man in Hamburg gegangen ist – weg vom Gänsemarkt und hinaus aus der Altstadt in ein modernes, funktionales Gebäude in einem Außenbezirk.

André Salathé stellte ein Projekt vor, das vor der baulichen Umsetzung steht und das eine speziell schweizerische Schwelle bereits mit Bravour gemeistert hat: Er zeigte am Beispiel des neuen Staatsarchivs des Kantons Thurgau, dass breite Kreise der Bevölkerung sehr wohl Verständnis haben für archivische Anliegen und dass sie auch bereit sind, dafür Geld zu geben – wenn es gelingt, zu erklären, worum es den Archiven geht.

Laurence Perry aus Straßburg/Strasbourg berichtete darüber, wie im Elsass verschiedene

Archiv-Bauprojekte als markante Elemente der Gestaltung des öffentlichen Raums eingesetzt werden.

Wilhelm Wadl aus Klagenfurt leitet ein Landesarchiv, das mit dem Bezug des Neubaus 1996 auch seinen rechtlichen Status geändert hat und nun gehalten ist, sich nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch in der öffentlichen Diskussion als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt zu behaupten.

Und Klaus Bühler schließlich stellte aus der Sicht eines Architekten und Planers den Stand der Arbeiten in Freiburg im Breisgau vor, wo ja ein Verbundarchiv von Bundesland, Stadt und Universität entstehen soll – was natürlich viele Chancen bietet, aber gleichzeitig zusätzliche Anforderungen stellt.

Nicht an der Tagung selbst, sondern erstmals im vorliegenden Band referieren ein Kollege aus dem Fürstentum Liechtenstein und eine Schweizer Kollegin zwei aktuelle Bauprojekte im benachbarten Ausland: Paul Vogt stellt die Entstehungsgeschichte und den aktuellen Stand der Arbeiten des neuen Liechtensteinischen Landesarchivs in Vaduz vor (zurzeit im Bau), Regula Nebiker berichtet über den Erweiterungsbau des Staatsarchivs Basel-Landschaft (in Betrieb seit 2007).

Auf dem 68. Südwestdeutschen Archivtag 2008 wurden Erfahrungen ausgetauscht und Kontakte geknüpft zwischen Fachleuten, die in der einen oder anderen Form mit Archivbauten zu tun haben. Wenn der vorliegende Band mit den Ergebnissen der Tagung (und den Adressen der Autorinnen und Autoren am Schluss) dazu beiträgt, dieses Netzwerk weiter zu verfeinern und zu pflegen, dann hat er seinen Zweck erfüllt.

Anmerkungen

- 1 Markus *Notter*: Natürliches Wachstum. In: Staatsarchiv Zürich. Anpassung und Erweiterung. Einweihungsdokumentation. Hg. vom Hochbauamt des Kantons Zürich. Zürich 2007. S. 6.
- 2 Immerhin ist seit Kurzem ein Sammelband greifbar, in dem der gegenwärtige Wissensstand über schweizerische und liechtensteinische Archivzweckbauten sehr schön strukturiert zusammengefasst ist: Archivbauten in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein 1899–2009. Hg. von Anton *Gössli* unter Mitarbeit von Gregor *Egloff* und Max *Huber*. Baden 2007.
- 3 Eine kurze Zusammenfassung der räumlichen Entwicklung des Staatsarchivs Zürich in Beat *Gnädinger*: Neue Räume für 1150 Jahre Vergangenheit. In: Staatsarchiv Zürich. Anpassung und Erweiterung. Einweihungsdokumentation. Hg. vom Hochbauamt des Kantons Zürich. Zürich 2007. S. 12–13.

MICHAEL WETTENGEL

Im Herzen der Stadt

Der Standort als Ausdruck archivischen Selbstverständnisses

Im Juli des vergangenen Jahres wurde das Stadtarchiv Ulm nach einem längeren Umbau des Schwörhauses neu eröffnet. Verbunden mit dieser baulichen Neugestaltung war zugleich eine inhaltliche Neujustierung des Stadtarchivs: Unser Ziel war es, das Stadtarchiv in der städtischen Öffentlichkeit bekannter und präsenter zu machen sowie ein niedrighschwelliges, attraktives Angebot für die Bürgerschaft und die Gäste der Stadt zu schaffen. Auch für unsere archivpädagogische Arbeit sollten neue Möglichkeiten eröffnet werden. Dabei ging es, das möchte ich hier ganz offen sagen, nicht zuletzt um eine bessere Positionierung des Stadtarchivs als Institution in der Stadt.

Ausdruck dieser Neupositionierung ist die neue Bezeichnung *Haus der Stadtgeschichte – Stadtarchiv Ulm*, die wir uns gegeben haben. Wurde der Begriff *Haus der Geschichte* zunächst von Museen verwendet, so verstehen sich zunehmend vor allem Kommunalarchive im Südwesten auch als Geschichts-Orte und bezeichnen sich entweder als *Institut für Stadtgeschichte* oder als *Haus der Stadtgeschichte*. Beispiele dafür sind hier im Südwesten vor allem Frankfurt am Main, Karlsruhe und Mannheim. Hier in Ulm ziehen wir den integrativen Begriff *Haus der Stadtgeschichte* vor,



Luftbild des Schwörhauses, 2007.
Vorlage: Wolfgang Adler, Blaustein.

der explizit Bezug auf das Gebäude nimmt, auf das historische Schwörhaus, das am Ort der Kapelle der alten Kaiserpfalz steht.¹ Außerdem passt dieser Name eher zu unserem Konzept der Öffnung.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Erfüllung unserer archivischen Aufgaben hat für uns unverändert Priorität. Auch in Zukunft werden wir unserem fachlichen Auftrag selbstverständlich nachkommen. Wir wollen keine Einschränkung, sondern eine Erweiterung unseres Zuständigkeitsbereichs. Das Schwörhaus soll zu einer Stätte der Begegnung werden, die einerseits der historischen Bildungsarbeit dient, andererseits der historischen Forschung. Das Haus der Stadtgeschichte soll eine Heimstätte für die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen im Bereich der Stadtgeschichte Ulms bilden, ein modernes Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für die Stadtgeschichte.

Zum Verständnis unserer Entscheidung ist es wichtig, sich den Ulmer Kontext vor Augen zu führen. Ich werde Sie daher zunächst in aller Kürze über die jüngere Geschichte des Ulmer Archivs informieren, dann den Weg skizzieren, den das Stadtarchiv für die Lösung seiner Raumprobleme beschritten hat, und schließlich den Umbau des Schwörhauses in ein Haus der Stadtgeschichte beschreiben.

Der historische Kontext

Im 19. Jahrhundert waren die Archivalien der Stadt Ulm noch an unterschiedlichen Orten gelagert, im Rathaus, im nördlichen Seitenturm des Münsters und dann vor allem auch im südlichen Münster-turm. 1898 wurde das Archiv dem Stadtbibliothekar übertragen und bis 1968 in Personalunion zusammen mit der Stadtbibliothek verwaltet.²

Am 1. Oktober 1908 nahmen Stadtarchiv und Stadtbibliothek ihren gemeinsamen Sitz im Schwörhaus, das wenige Jahre zuvor von der Stadt

zurück erworben, grundlegend renoviert und durch einen Anbau erweitert worden war. Das Schwörhaus ist eines der geschichtsträchtigsten profanen Gebäude Ulms. An seiner Stelle hatte einst die Kapelle der Kaiserpfalz gestanden, von der heute noch eine hohe staufische Quaderwand im Gebäude zeugt. Außerdem war hier der *Luginsland* gewesen, ein ehemaliger Wehrturm, und das daran angebaute, eher bescheidene *Schwörhäuslein*, der Ort des alljährlichen Schwörakts seit dem Kleinen Schwörbrief von 1345. Im Jahr 1612 beschloss der Ulmer Rat den Abbruch der Gebäudegruppe und die Errichtung eines repräsentativen Renaissancebaus mit einem stattlichen Balkon für den jährlichen Schwörakt. Die heutige Ansicht mit barocker Fassade gibt in etwa den Zustand nach dem Wiederaufbau von 1789/90 wieder, da ein Brand den Bau zuvor schwer beschädigt hatte.³

Für das Archiv erwies sich der Einzug 1908 als ein Glücksfall. Nun konnten die Bestände an einem Ort vereinigt werden, der geschichtsträchtiger gar nicht möglich war. Dort, wo die geschriebene Geschichte Ulms mit einer königlichen Urkunde aus dem Jahr 854 begonnen hatte, sollte nun das Archiv der Stadt seinen dauerhaften Sitz erhalten. Von den verheerenden Bombenangriffen auf Ulm im Zweiten Weltkrieg waren die Bestände des Archivs zum Glück größtenteils nicht betroffen, da rechtzeitig ausgelagert worden war. Das Schwörhaus selbst wurde allerdings zu drei Vierteln zerstört. In der zweiten Jahreshälfte 1954 konnten Stadtarchiv und Stadtbibliothek erneut in das inzwischen wieder aufgebaute Gebäude einziehen. Beide Einrichtungen wurden zu dieser Zeit noch in Personalunion vom damaligen Archivdirektor Dr. Max Huber geleitet. Mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst im Mai 1968 endete die gemeinsame Verwaltung. Seitdem ist das Stadtarchiv Ulm ein selbstständiges

Amt, in das auch die Stadtgeschichtliche Forschungsstelle eingegliedert wurde.⁴

Die räumliche Situation

Der Einzug in das Schwörhaus konnte die Raumnöte des Stadtarchivs nicht endgültig lösen. Dies zeigte sich noch vor dem Zweiten Weltkrieg, als schon 1934 ein Gewölbe im Gebäude Sattlergasse 4 dem Archiv zusätzlich zur Aufnahme von Archivbeständen zugewiesen werden musste. Wie andernorts auch, so stellten dann vor allem die Aussonderungen der städtischen Ämter in der Nachkriegszeit das Ulmer Stadtarchiv vor besonders gravierende Platzprobleme, zumal es das Schwörhaus mit der umfangreichen Stadtbibliothek teilen musste. 1964 wurde in unmittelbarer Nachbarschaft des Schwörhauses am Südrand des Weinhofs ein Magazinbau (Weinhof 15) für Stadtarchiv und Stadtbibliothek erstellt, mit dem das Schwörhaus durch einen unterirdischen Gang verbunden ist. Allerdings wurde auch dieses Magazin größtenteils durch Bibliotheksbestände belegt. Alle Bemühungen, in unmittelbarer Nähe des Stadtarchivs zusätzliche Magazinräume zu erhalten, waren erfolglos. Weitere Außenmagazine mussten in den 1970er- und 1980er-Jahren in ehemaligen Fabrik- und Bürogebäuden bezogen werden, was einen erheblichen logistischen Aufwand mit sich brachte und den Archivalien nicht zuträglich war.⁵

Erst mit der Einrichtung einer Außenstelle des Stadtarchivs in der Unteren Donaubastion, einem ehemaligen Festungswerk der Bundesfestung, konnte 1989 eine geeignete Lösung gefunden werden. Die ehemalige Pionierkaserne in der Unteren Donaubastion befindet sich verkehrsgünstig neben dem Ulmer Congress Centrum. Das Gebäude hat

eine Ausdehnung von 140 Metern Länge zu 20 Metern Breite, wird seitlich von je einem Rundturm begrenzt und ist dreigeschossig. In der Gebäudeachse befinden sich Haupteingang und Treppenhaus in einem halbkreisförmigen Anbau.⁶

Das Archiv erhielt das zweite und das halbe erste Obergeschoss, die mit einer Brand- und Einbruchmeldeanlage sowie Sonnenschutzvorrichtungen ausgestattet wurden. Im Gebäude befinden sich noch schulische Einrichtungen, die Kreismedienstelle und das Archiv der ehemaligen Hochschule für Gestaltung (HfG). Derzeit sind in der Außenstelle etwa 5000 Regalmeter Akten aus neueren Beständen (vor allem aus dem 20. Jahrhundert) untergebracht; die Raumreserven dürften bei gleichbleibender Schriftgutproduktion für weitere zehn Jahre ausreichen. In zwei Magazinräumen sind bereits fahrbare Regalanlagen eingebaut, weitere Räume sind umrüstbar. Durch die Einrichtung eines Lesesaals, einer Stelle für den Benutzerdienst und von Arbeitsplätzen für die Erschließung der Bestände ist die Außenstelle voll funktionsfähig.



Außenstelle der Pionierkaserne.
Vorlage: Stadtarchiv Ulm.

Der Umbau des Schwörhauses

Aufgrund der eingangs dargestellten historischen Entwicklung waren die Gewichte zwischen Stadtarchiv und Stadtbibliothek von Anfang an ungleich verteilt. Das Archiv war stets der *Juniorpartner* gewesen, personell, räumlich und budgetmäßig. Der repräsentative Vordereingang des Schwörhauses führte in die Bibliothek. In das Archiv gelangte man dagegen durch einen wenig ansprechenden Hintereingang an der Seite des Gebäudes, vorbei an einer Mauer mit parkenden Autos und über die Hintertreppe hoch in das zweite Obergeschoss. Die *Eingangssituation* war daher alles andere als einladend. Auch die räumliche Situation im Archiv gestaltete sich für Mitarbeiter und Benutzer nicht optimal, da die Räume und Gänge eng und verwinkelt waren. Im Magazin I und in der Gewölbehalle bestand eine problematische Mischsituation von Arbeitsplätzen und Magazinbereichen. Gleichzeitig waren die Arbeitsplätze zwischen dem Magazinbau Weinhof 15 und dem Schwörhaus verteilt. Aufgrund der gemeinsamen Belegung des Schwörhauses durch Bibliothek und Archiv konnte jedoch trotz aller Anstrengungen des Stadtarchivs lange Zeit keine grundlegende Änderung erreicht werden.

Ganz wichtig für die weitere Entwicklung des Stadtarchivs war die Entscheidung der damaligen Archivleitung, trotz der räumlichen Probleme das Schwörhaus nicht zu verlassen. Angebote, das gesamte Archiv in Teile der ehemaligen Bundesfestung, in die Pionierkaserne oder in die Wilhelmsburg zu verlegen, wurden nicht aufgegriffen. Das geschichtsträchtige Gebäude und der Standort mitten in der Stadt, zwischen dem historischen Fischerviertel und dem Rathaus, waren Trümpfe, die das Stadtarchiv zu Recht nicht aufgeben wollte.

Der Neubau der Bibliothek in der Vestgasse gegenüber dem Rathaus bot die Gelegenheit für eine grundlegende Neugestaltung auch des Stadtarchivs. Im Frühjahr 2004 zog der größte Teil der Bibliothek aus. Im Schwörhaus verblieben nur noch die Magazine der Bibliothek im mittleren und rückwärtigen Bereich des dritten und vierten Obergeschosses. Der Raum hinter dem Schwörbalkon im ersten Obergeschoss wurde als Konferenzzimmer der Stadtspitze vorgesehen. Das gesamte übrige erste und das zweite Obergeschoss sowie

Schwörhaus, die Eingangssituation, 2007.
Vorlage: Stadtarchiv Ulm.



die vorderen Bereiche des dritten und vierten Obergeschosses wurden dagegen dem Stadtarchiv zusätzlich zu den bereits genutzten Bereichen im Westtrakt und im Erdgeschoss zugewiesen. Insgesamt bedeutete dies einen Flächenzuwachs für das Stadtarchiv von fast 1000 Quadratmetern, dies entsprach fast einer Verdreifachung der ursprünglich dem Archiv im Schwörhaus zur Verfügung stehenden Flächen. Da für die Unterbringung von Archivalien in der Außenstelle in der Pionierkaserne ausreichend Platz vorhanden ist, standen Magazinfragen beim Umbau des Schwörhauses nicht im Vordergrund, auch wenn die Magazinkapazitäten spürbar ausgeweitet werden konnten.

Der Umbau des Schwörhauses für die Zwecke des Archivs verfolgte vor allem drei Ziele:

1. Eine grundlegende Modernisierung des Gebäudes,
2. einen den funktionalen Anforderungen des Archivs gerecht werdenden Umbau und
3. die Einrichtung attraktiver, die Öffentlichkeit ansprechender Bereiche.

Das Schwörhaus befand sich zu wesentlichen Teilen noch im selben Zustand wie nach dem Wiederaufbau zu Beginn der 1950er-Jahre. Als 2005 der Umbau des Gebäudes begann, musste daher zunächst die gesamte Infrastruktur erneuert werden – die Elektrik, die Heizungsanlage, die Alarmanlage und die Sanitäreinrichtungen. Auch heutigen Maßstäben der Barrierefreiheit entsprach das Gebäude nicht, sodass ein moderner Aufzug eingebaut werden musste. Allein diese Maßnahmen zur Modernisierung des Gebäudes schluckten einen erheblichen Anteil der rund 2,5 Millionen Euro für Umbau und Einrichtung, aber sie waren unverzichtbar.⁷

Aufgrund der erweiterten räumlichen Möglichkeiten konnte die bestehende Mischsituation von Arbeitsplätzen und Magazinbereichen aufgelöst werden. Eine archivfachlichen Grundsätzen entsprechende funktionale Trennung zwischen Öffentlichkeitsbereich, Personal-Arbeitsplätzen (einschließlich Werkstätten) und Magazinbereich wurde konsequent durchgeführt.⁸ Dies kam zunächst vor allem einer konservatorischen Gesichtspunkten entsprechenden Lagerung und der Sicherheit der Archivalien gegen Brand und Diebstahl zugute. Außerdem bietet es günstigere Bedingungen für die Aufsicht und eine bessere Unterscheidung in alarmgesicherte und nicht alarmgesicherte Bereiche. Die Trennung der Funktionsbereiche und die Einrichtung moderner Büroräumlichkeiten nach ergonomischen Gesichtspunkten führte aber auch zu einer Verbesserung der gesundheitlichen Rahmenbedingungen für das Archivpersonal.

Durch die Zusammenlegung zusammengehöriger, bisher aber räumlich getrennter Arbeitsbereiche wurden die Arbeitsabläufe optimiert und Wege verkürzt. Zugleich wurden die Arbeitsbereiche insgesamt enger zusammengelegt, sodass eine direktere Kommunikation und nicht zuletzt auch eine effizientere Dienstaufsicht ermöglicht wurden. So wurde im ersten Obergeschoss der große, helle und gut ausgestattete Lesesaal untergebracht, der regulär 24 Arbeitsplätze für Benutzer bietet. Neben der mit einer Theke versehenen Anlaufstelle für Benutzer befinden sich zusätzlich im Lesesaal die als Präsenzbestand geführte Dienstbibliothek, ein Repertorienzimmer mit sechs Plätzen und ein Zimmer für Mikrofilm- und Mikrofichegeräte. Die Ausstattung des Lesesaals wurde durch einen Mikrofilmscanner und durch einen PC zur Recherche im Augias-Archivsystem modernisiert. Auch in der Beständeübersicht des Stadtarchivs Ulm, die im

Rahmen des Gesamtprojekts Haus der Stadtgeschichte ins Internet gestellt wurde, kann hier online recherchiert werden.⁹ An den Lesesaal schließt sich nun die Bildstelle unmittelbar an, die sich früher im Magazingebäude Weinhof 15 gegenüber dem Schwörhaus befunden hatte, wo damals auch die Bildbenutzung stattgefunden hatte. Durch die Angliederung des Bildarchivs an den Lesesaal kann die Benutzung von Schriftgut und Bildbeständen in Ulm an einem Ort erfolgen – der Grundsatz lautet *one face to the customer*. Dem Lesesaal ebenfalls direkt zugeordnet sind die Magazine mit den oft großformatigen Plakat-, Karten- und Planbeständen, die in Planschränken untergebracht sind. Diese Archivalien sind nun mit wesentlich geringerem Aufwand zu reponieren. Auch häufig benutzte Bestände wurden im Schwörhaus zusammengeführt und damit ihre Zugänglichkeit verbessert.

*Neuer Lesesaal, 2007.
Vorlage: Stadtarchiv Ulm.*



Im zweiten Obergeschoss befinden sich die Archivleitung, das Vorzimmer mit der Registratur, ein Besprechungszimmer, die Schriftdokumentation und die Restaurierungswerkstatt. Durch die Verlagerung der Restaurierung aus dem Magazingebäude im Weinhof 15 konnte dort Magazinraum gewonnen werden. Bedauerlicherweise erlaubt die Statik des Schwörhauses keinen Einbau fahrbarer Regalanlagen. Diese hätten eine Deckenbelastbarkeit von mindestens 1000 kg/m² erfordert.¹⁰ Eine statische Prüfung ergab im Schwörhaus eine zulässige Maximalbelastung von lediglich 500 kg/m². Die historische Gewölbekonstruktion mit ihren Säulen bildet dabei die primäre Schwachstelle. Daher fällt der Zugewinn an Raum für Archivalien geringer aus als erhofft.

Im dritten Obergeschoss sind die Büroräume für das Personal und ein Sozialraum mit Küche untergebracht, im vierten Obergeschoss ein Grup-

*Dauerausstellung zur Stadtgeschichte, 2007.
Vorlage: Stadtarchiv Ulm.*



penarbeitsraum mit Arbeitsplätzen für die Aktivitäten der Ulmer Archivpädagogik. Auch die Archivpädagogik und der Arbeitskreis Schule und Archiv haben somit nicht mehr in der Pionierkaserne, sondern im Schwörhaus ihren Sitz, wo nun direkt vor Ort die Arbeit mit Schulen stattfinden kann.¹⁴

Ein Herzstück des Hauses der Stadtgeschichte befindet sich im Erdgeschoss des Schwörhauses. In der 254 Quadratmeter großen historischen Gewölbehalle, direkt über den Fundamenten der Pfalzkapelle, wurde eine Dauerausstellung zur Ulmer Geschichte eingerichtet. Sie zeigt in chronologischer Abfolge die wichtigsten Ereignisse, Episoden und Themen der Ulmer Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, gleichsam als Gang durch die Stadtgeschichte. Bislang fehlte eine Dauerausstellung, die die Ulmer Stadtgeschichte in ihrer Gänze präsentiert – mit dem Umbau konnten wir diese Lücke schließen. Die Ausstellung enthält auch Medienstationen mit historischen Stadtansichten und Filmen. Das wichtigste Exponat bildet aber die beim Umbau aufwendig freigelegte, eindrucksvolle Westwand mit großflächigen Resten der restaurierten Staufermauer aus dem 12. Jahrhundert.

Neben der Dauerausstellung bietet die historische Gewölbehalle im Mittelbereich Raum für historische Wechselausstellungen, für Veranstaltungen, Vorträge und Buchpräsentationen. Bislang hatte das Stadtarchiv keine geeigneten Räumlichkeiten, um sich und seine Archivalien angemessen zu präsentieren. Der Umbau des Schwörhauses und die Einrichtung gut und schwellenfrei zugänglicher Öffentlichkeitsbereiche eröffnen hier neue Möglichkeiten. Ganz wichtig aber: Das Haus der Stadtgeschichte ist nun durch das attraktive Portal von der Frontseite des Gebäudes her zugänglich,

es wird von der Touristik beworben und ist durch Wegweiser und Stelen ausgewiesen.

Fazit

Das Haus der Stadtgeschichte will nicht in Konkurrenz zu musealen Einrichtungen oder Konzepten treten. Dazu wäre der Raum, der zu Ausstellungszwecken zur Verfügung steht, auch viel zu klein. Wir zeigen in unserer Ausstellung nur Grundzüge der Ulmer Geschichte auf. Wer sich näher informieren möchte, der kann gerne unsere Publikationen erwerben oder ein Stockwerk höher selbst recherchieren. Je mehr Menschen wir dafür begeistern können, desto besser. Es geht also primär darum, das Archiv für weitere Kreise der Bürgerschaft und für Besucher der Stadt zu öffnen und bekannt zu machen, um unserem fachlichen Auftrag auch in Zukunft gerecht werden zu können.

Als Haus der Stadtgeschichte ist es darüber hinaus unsere Aufgabe, die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen im Bereich der Stadtgeschichte Ulms zu koordinieren, Impulse zu vermitteln, historische Bildungsarbeit zu betreiben und die stadtgeschichtliche Forschung zu fördern. Unser Ziel ist, dass die Stadtgeschichte als eigenständiger Faktor in der Stadt wahrgenommen wird.

Günstig für uns war dabei die Tatsache, dass eine Ausstellung zum Verlauf der Ulmer Stadtgeschichte bislang fehlte und dies auch als Defizit wahrgenommen wurde. Hinzu kam die schwierige Zeit der Haushalts- und Personaleinsparungen, *Konsolidierung* genannt, die in der Stadt Ulm in den Jahren 2002–2005 herrschte. Hätten wir uns auf unsere gesetzlichen Aufgaben und das sogenannte *Kerngeschäft* berufen, so wären wir

von den Kürzungen vermutlich noch massiver betroffen gewesen. Stattdessen haben uns die ehrgeizigen Pläne eines Hauses der Stadtgeschichte, für die wir die Politik begeistern konnten, vor dem Schlimmsten gerettet. Und wir haben die Hoffnung, dass wir bei künftigen Einschnitten, die bestimmt kommen werden, besser gerüstet sein werden als in der Vergangenheit. Die außerordentlich positive Resonanz in Politik und Öffentlichkeit auf das Haus der Stadtgeschichte stimmt uns optimistisch.¹²

Die hier in Ulm vollzogene Entwicklung ist dabei die Konsequenz aus vorangegangenen Entscheidungen. Die wichtigste Kursbestimmung war die Festlegung, im Schwörhaus, auf historischem Grund und im Herzen der Stadt, zu bleiben. Nur so war es möglich, eine Dauerausstellung einzurichten, die das Potenzial hat, viele Menschen zu erreichen. Standortentscheidungen sind auch inhaltliche Entscheidungen, und bei einem Bau oder Umbau eines Archivs geht es auch um Fragen der Konzeption und der inhaltlichen Ausrichtung eines Archivs.

Viele der Aufgaben eines Hauses der Stadtgeschichte – beispielsweise historische Bildungsarbeit, historische Ausstellungen oder Förderung der stadtgeschichtlichen Forschung – sind nicht neu. Auch hier betreiben wir systematisch, konsequent und öffentlichkeitswirksam das weiter, wofür das Stadtarchiv Ulm schon früher gestanden hat. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die große Freiluftausstellung auf dem südlichen Münsterplatz anlässlich des 1150-jährigen Jubiläums der urkundlichen Erstnennung Ulms im Jahr 2004.¹³ Die Eröffnung des Hauses der Stadtgeschichte ist daher eine folgerichtige Fortentwicklung der schrittweisen Öffnung der Archive, die noch nicht zu Ende ist. Diese Öffnung bietet

Chancen, die es gerade auch in schwieriger werdenden Zeiten zu nutzen gilt.

Anmerkungen

- 1** Vgl. Gudrun *Litz*: Entstehung und Bedeutung der Reichsstadt Ulm und ihre verfassungsrechtliche Stellung im Reich. In: Die Ulmer Bürgerschaft auf dem Weg zur Demokratie. Zum 600. Jahrestag des Großen Schwörbriefs. Hg. von Hans Eugen *Specker*. Ulm 1997. S. 13–86, hier S. 20; Sabine *Presuhn*: Hulmam – Ulma – Ulm: Ulm auf dem Weg zur Stadt. In: Stadt-Menschen. 1150 Jahre Ulm: Die Stadt und ihre Menschen. Hg. von Gebhard *Weig* und Michael *Wettengel*. Ulm 2004. S. 23–42, hier S. 32.
- 2** Zur Geschichte des Stadtarchivs Ulm vgl. im Folgenden Hans Eugen *Specker*: Zur Archiv- und Bestandsgeschichte des Stadtarchivs Ulm. In: Die Bestände des Stadtarchivs Ulm. Hg. von Hans Eugen *Specker*. Stuttgart 2002. S. 21–42; Matthias *Grotz*: Die Geschichte des Stadtarchivs: <http://www.stadtarchiv.ulm.de/stadtgeschichte/archivgeschichte>.
- 3** Am 15. Oktober 1785 wurde das Schwörhaus von einem Brand heimgesucht. Zur Geschichte des Schwörhauses vgl. Dorothee *Breucker* und Gebhard *Weig*: Das Schwörhaus auf dem Weinhof. Kleine Ausstellungsreihe zu Geschichte und Zeitgeschehen Nr. 19 vom Juli 1997. Stadtarchiv Ulm; Wolf-Henning *Petershagen*: Das Schwörhaus. Stadt Ulm Information. Hg. von der Stadt Ulm, Zentralstelle, Öffentlichkeit und Repräsentation in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Ulm 6 (2007); zur Schwörtradition in Ulm vgl. Wolf-Henning *Petershagen*: Schwörpflicht und Volksvergnügen. Zur Verfassungswirklichkeit und städtischen Festkultur in Ulm. Ulm 1999.
- 4** *Specker*, wie Anm. 2, S. 39.
- 5** Frauengraben 28 (1975–1989), Münchner Straße 13 (1984–1989).
- 6** Vgl. Ulrich *Seemüller*: Neue Außenstelle für das Stadtarchiv Ulm. In: Der Archivar 42/4 (1989) Sp. 589 f.
- 7** Auf die generelle Problematik der Nutzung eines denkmalgeschützten Altbaus, die verschiedentlich Gegenstand der archivfachlichen Diskussion war, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Vgl. dazu u. a. Archivgebäude. Umwandlung und Einrichtung für Archivzwecke. Redaktion Wolfgang *Schaffer* (Landchaftsverband Rheinland, Archivberatungsstelle, Archivhefte 26). Köln 1993. Vgl. neuerdings für die Schweiz: Archivbauten in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein 1899–2009. Hg. von Anton *Gössi* unter Mitarbeit von Gregor *Egloff* und Max *Huber*. Baden 2007.
- 8** Die Trennung der Funktionsbereiche wird in der Fachliteratur häufig thematisiert, vgl. u. a. Wolf *Buchmann*: Preservation: buildings and equipment. In: Journal of the Society of Archivists 20/1 (1999) S. 5–23, hier S. 15 ff.; zu alternativen Einteilungen der Funktionsbereiche vgl. Hannes *Lambacher*: Das Stadtarchiv Münster in seinem neuen Dienstgebäude in der „Speicherstadt“. Vom Kornspeicher zum Aktenspeicher. In: Archivalische Zeitschrift 86 (2004) S. 357–391, hier S. 373 ff.
- 9** Die Online-Fassung der Beständeübersicht des Stadtarchivs Ulm wurde im Frühjahr 2007 ins Netz gestellt: <http://www.onlinekatalog-stadtarchiv.ulm.de/index.html>.
- 10** Vgl. Hermann *Rumschöttel*: Fahrbare Kompaktanlagen in Archiven. Erfahrungen und Anforderungen. In: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 29/30 (1983/84) S. 63–75, hier S. 67; Michel *Duchemin*: Archive Buildings and Equipment. Ed. by Peter *Walme* (ICA Handbooks Series, Vol. 6). 2nd revised and enlarged Edition. Paris u. a. 1988. S. 46 (1200 kg/m²).
- 11** Der Arbeitskreis Schule und Archiv, der 1978 von Mitarbeitern des Stadtarchivs Ulm und Lehrern von Ulmer Schulen ins Leben gerufen wurde, macht Quellen zur Ulmer Stadtgeschichte themenbezogen in gedruckter Form oder im Internet für schulische Zwecke zugänglich. Die Quellen werden dabei teils im Original, teils in bearbeiteter Form mit fachlicher Kommentierung vorgelegt: http://www.ulm.de/kultur_tourismus/stadtgeschichte/ueber_schule_und_archiv.34992.3076,3963,4236,34709,34992.htm.
- 12** Hans-Uli *Thierer*: Das Haus der Stadtgeschichte – Ein Archiv öffnet sich. In: Südwest Presse Nr. 157 vom 11. Juli 2007; Hans-Uli *Thierer*: Ein Haus der Bildung. In: Südwest Presse Nr. 160 vom 14. Juli 2007; Chirin *Kolb*: Zeichen Ulmer Selbstbewusstseins. In: Südwest Presse Nr. 161 vom 16. Juli 2007; Rüdiger *Bäßler*: Ulmer Historienschau auf ehrwürdigem Fundament. In: Stuttgarter Zeitung Nr. 175 vom 1. August 2007.
- 13** Vgl. *Weig/Wettengel*, wie Anm. 1; Hans-Uli *Thierer*: Die Stadtgeschichte ist unter die Leute gegangen. In: Südwest Presse Nr. 157 vom 10. Juli 2004; Hans-Uli *Thierer*: Ein Kreuzweg mit zehn Stationen. In: Südwest Presse Nr. 163 vom 17. Juli 2004; Otto *Benz*: Ulmer können Geschichte erwandern. In: Schwäbische Zeitung Nr. 157 vom 10. Juli 2004.

HANS-DIETER LOOSE

Die Errichtung eines öffentlichen Archivs in „Public-Private-Partnership“

Erfahrungen beim Neubau des Staatsarchivs Hamburg

Vorbemerkungen

Für die Themenstellung ist trotz starker Vorbehalte des Berichterstatters gegen modische Anglizismen der Begriff *Public-Private-Partnership* verwendet worden, da das zu beschreibende Projekt bereits in der Entstehungsphase mit ihm belegt worden ist. Inzwischen ist der Begriff in Gutachten definiert worden und gehört zum politischen Sprachschatz. Demgemäß kann man ihn heute wie selbstverständlich auch in Parlamentsdrucksachen finden.¹

Zum besseren Verständnis des eigentlichen Themas sollen vorweg einige allgemeine Informationen zu den historisch gewachsenen kommunalen Strukturen Hamburgs gegeben werden. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist als Land der Bundesrepublik Deutschland ein Stadtstaat. Dessen Regierung ist der Senat, sein Parlament wird Bürgerschaft genannt. In der hamburgischen Verfassung ist festgelegt, dass staatliche und gemeindliche Tätigkeiten nicht getrennt werden. Für das Staatsarchiv Hamburg bedeutet das, dass es gleicher-

maßen die Aufgaben eines staatlichen Archivs und die eines kommunalen Archivs wahrzunehmen hat.

Die heutige Ausdehnung Hamburgs ist 1937 durch das sogenannte Groß-Hamburg-Gesetz geschaffen worden. Durch dieses Gesetz sind die benachbarten früheren preußischen Städte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek sowie einige preußische Gemeinden mit Hamburg vereinigt worden, das im Gegenzug seine Exklaven in Preußen – unter anderem Cuxhaven an der Elbmündung – verlor. In der Folge haben traditionsbewusste Hamburger lange zwischen *althamburgischen* und *neuhamburgischen* Teilen ihrer Stadt unterschieden. Parlament, Regierung und Verwaltung waren dagegen bestrebt, solche Kategorien durch Gleichbehandlung aller Gebiete zu überwinden, was nicht bedeutete, historische Eigenheiten von Stadtteilen zu beseitigen. Verwaltungsmäßig ist das hamburgische Gebiet in sieben Bezirke eingeteilt, von denen vier überwiegend aus *althamburgischen* und drei überwiegend aus *neuhamburgischen* Gebieten bestehen.

Das Staatsarchiv Hamburg ist 1710 als Senatseinrichtung institutionalisiert worden und umfasst die Überlieferung der Stadt vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Ehemalige Stadtarchive in Altona und Harburg konnten auf Dauer nicht vor Ort gehalten werden. Sie mussten gemäß einer Forderung des Rechnungshofs gegen die Wünsche der örtlichen Verwaltung und der Archivleitung in das Staatsarchiv überführt werden. Hier werden sie seither als eigene Beständegruppen verwahrt und wie alle sonstigen Bestände verwaltet.

Probleme im 1972 bezogenen Hamburger Archivgebäude Ende der 1980er-Jahre und Lösungsperspektiven für dieselben

1972 konnte das Staatsarchiv Hamburg erstmals in seiner mehr als 250-jährigen Geschichte als Senatsamt einen eigens errichteten Zweckbau beziehen.² Er lag im Herzen der Stadt, wenige Gehminuten vom Rathaus, wo das Archiv bis dahin untergebracht gewesen war, entfernt. Die Gelegenheit war mit Bedacht gewählt worden. Zum einen befindet sie sich innerhalb der ehemaligen Stadtwälle, also auf geschichtsträchtigem Grund. Zum anderen handelt es sich um einen Geesthügel an der ABC-Straße, der frei von Gefährdungen durch Fluten aus Elbe, Alster und Fleeten war. Angesichts der großen Verluste an Zeugen der Vergangenheit in Hamburg erschien ein Platz, an dem sich historische Dimension und Sicherheitsaspekt miteinander verbanden, für das Archiv angemessen. Da der Bereich zur Neugestaltung anstand, wurde es dort platziert. Einer der damals renommiertesten Architekten der Stadt, Bernhard Hermkes, erhielt den Auftrag für Ent-

wurf und Errichtung des Neubaus. Er sollte sich an jüngsten Vorbildern für archivische Bauten im In- und Ausland orientieren. Zugleich sollte er durch Integration von Läden in den Komplex dem politischen Wunsch nach urbaner Belebung des Straßenzugs Rechnung tragen. Die Gesamtaufgabe hat er im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel sowohl unter archivfachlichen als auch städtebaulich architektonischen Kriterien zufriedenstellend gelöst.



Zweckbau des Staatsarchivs Hamburg im Stadtzentrum an der ABC-Straße, bezogen 1972, geräumt und abgebrochen 1997. Vorlage: Staatsarchiv Hamburg 720-1 Plankammer 131-6, 231/256a.

Die Raumkapazität des neuen Gebäudes sollte für wenigstens zwei Generationen ausreichen. Aber bereits nach nicht einmal 20 Jahren war sie aus kaum vorhersehbaren Gründen erschöpft, und es musste eine Lösung für die Aufnahme nachwachsenden Archivguts gefunden werden.³ Zwei Möglichkeiten boten sich an, nämlich einerseits die Überbauung eines Parkdecks zwecks Schaffung zusätzlicher Magazinflächen und andererseits die Einrichtung eines Außenmagazins. Die Überbauungslösung erwies sich schon nach ersten überschläglichen Berechnungen als mit vertretbarem Aufwand nicht realisierbar. So wurde die Einrichtung eines Außenmagazins ernsthaft angegangen. Dafür sollte ein in einem Außenbezirk nicht mehr benötigtes jüngerer Schulgebäude hergerichtet werden. Die detailliert kalkulierten Kosten hierfür beliefen sich auf rund vier Millionen DM, deren Bewilligung vom zuständigen Staatsrat optimistisch beurteilt wurde.

Während der Vorbereitung der politischen Entscheidung über dieses Vorhaben traten drei weitere ernsthafte Probleme am Archivbau an der ABC-Straße zutage. Zum einen war er in Teilen so stark asbestbelastet, dass er in die höchste Sanierungskategorie eingestuft wurde. Zum anderen korrodierte seine Metallfassade und begann partiell das isolierende Vakuum zu verlieren, wodurch sich Kälte- bzw. Wärmebrücken zwischen innen und außen bildeten. Zum Dritten zeigten sich starke altersbedingte Verschleißerscheinungen an den Maschinen der Klimaanlage mit der Folge von Verlusten der Klimastabilität in den Magazinen. Allein für die unabdingbare Behebung des ersten und des dritten Problems ergab sich nach den Berechnungen der zuständigen Baufachleute ein Finanzbedarf von mindestens 10,3 Millionen DM (6,5 Millionen DM für Asbestsanie-

rung und 3,8 Millionen DM für Erneuerung der Klimaanlage). Die zusätzlich nötige Summe für die Fassadensanierung blieb einstweilen unbestimmt. Zu der Sanierungssumme von 10–15 Millionen DM kamen die genannten Kosten für das Außenmagazin von gut vier Millionen DM hinzu. Da öffentliche Gelder in dieser Größenordnung zur Behebung von Mängeln, die sich bei einem noch nicht 20 Jahre alten Zweckbau ergeben hatten, nicht zu bekommen waren, musste ein neuer Ansatz gesucht und verfolgt werden.

Hier bot sich die andernorts – zum Beispiel in Köln und in Wiesbaden – bereits erfolgreich erprobte Idee an, das begehrte wertvolle Grundstück mit dem Archivgebäude zu verkaufen und mit dem Erlös einen neu strukturierten größeren Neubau auf städtischem Grund in einem anderen Stadtbezirk zu errichten. Sondierungen beim Finanzsenator ergaben, dass dieser Ansatz zum Ziel führen könnte. Eine Realisierungschance wäre gegeben, so hatte eine interbehördliche Arbeitsgruppe errechnet, wenn für die Innenstadtimmobilie mindestens ein Verkaufserlös von 47 Millionen DM erzielt werden könnte, was die Finanzverwaltung für vorstellbar hielt.

Partnerschaftskonstellationen für die Neubaulösung

Ab Mitte 1990 verfolgte das Staatsarchiv – immer in engem Kontakt mit der Liegenschaftsabteilung der Finanzverwaltung und mit der Bauverwaltung – nacheinander konkret drei Partnerschaftskonstellationen für den Lösungsansatz, nämlich

a) Tauschangebot eines Nachbarn mit Expansionswünschen und Gegenangebot eines Konkurrenten,

- b) Angebot einer öffentlich-rechtlichen Bank, eines ihrer Gebäude, das nach wenigen Jahren durch technische Entwicklungen entbehrlich geworden war, für Archivzwecke um- und auszubauen, und
- c) Ausschreibung eines Investorenwettbewerbs zur Vergabe eines Archivneubaus auf einem staatlichen Grundstück außerhalb des Stadtzentrums gegen Überlassung einer hochwertigen Innerstadtimmoblie.

Der Nachbar hatte auf der dem Archiv gegenüberliegenden Seite der ABC-Straße ein Projekt mit Wohnungen, Läden und Gastronomie für gehobene Ansprüche realisiert und strebte nun dessen Anbindung an das südlich gelegene Geschäftsviertel durch Übernahme und Neubebauung des Archivgrundstücks an. Seine Vorstellung berührte sich stark mit der der Stadtplaner. Sein erstes Angebot belief sich auf 44 Millionen DM. Allerdings hatte er das Ziel, ihm gehörende Grundstücke mit in Zahlung zu geben und dort das neue Archiv entstehen zu lassen. Als die Verhandlungen daran zu scheitern drohten und der Konkurrent mit seinem Angebot, das er mit einem überzeugenden Vorentwurf für ein Archiv auf einem exponierten verfügbaren Grundstück untermauerte, an Boden gewann, bot der Nachbar an, sich mit der öffentlich-rechtlichen Bank zusammenzutun und das von dieser angebotene, durch Qualität und Zuschnitt bestechende Gebäude archivmäßig auszustatten. Alle drei Anläufe scheiterten: Der Nachbar bekam Weisung von seiner schwedischen Zentrale, nicht mehr in Hamburg zu investieren; bei der Bank war das angebotene Gebäude wegen einer sich anbahnenden Fusion plötzlich nicht mehr disponibel; der Konkurrent wandte sich schneller vorankommenden Projekten zu.

Nach den optimistisch stimmenden Anfängen war dieses Ergebnis fast zweijähriger Bemühungen recht deprimierend. Mit den genannten Problemen im Nacken durfte aber nicht resigniert werden, zumal eine Rückkehr zur Außenmagazinslösung nicht mehr möglich war, da das dafür vorgesehene Gebäude inzwischen zur Unterbringung von Asylbewerbern, die in nicht gekanntem Ausmaß gekommen waren, genutzt werden musste. So wurde auf einen Investorenwettbewerb hingearbeitet.

Unabdingbare Voraussetzung für eine solche Ausschreibung war, sie mit einem geeigneten neuen Standort für das Archiv der Stadt verknüpfen zu können. Im Frühjahr 1992 stellte die Liegenschaftsverwaltung dem Staatsarchiv fünf verfügbare städtische Grundstücke, die ihr nach Lage, Größe und Bebaubarkeit als neuer Archivstandort geeignet erschienen, zur Auswahl. Eine Archivarskommission bewertete sie nach Kriterien wie Bebaubarkeit, spätere Erweiterungsmöglichkeiten, bestehende Umweltbelastungen, nachbarschaftliches Umfeld, Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und anderen mehr. Sie kam einhellig zu dem Schluss, dass ein durch Verlegung einer Feuerwache frei gewordenes Grundstück im urbanen Zentrum des Bezirks Wandsbek am besten den Anforderungen entsprach. Vom Hauptbahnhof war und ist es mit U- oder S-Bahn in einer sechs Minuten längeren Fahrzeit genauso bequem zu erreichen wie die ABC-Straße. Zur Universität besteht eine direkte U-Bahn-Verbindung. Benutzerinnen und Benutzer, die während langer Forschungszeiten einen Mittagstisch suchen, finden ein vielfältiges Angebot im nahen Einkaufszentrum und in gastronomischen Betrieben rund um den Wandsbeker Markt. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter des Staatsarchivs profitieren von dieser lokalen Infrastruktur. Für Veranstaltungen und Ausstellungen wurde erwartet, dass sie wie im alten Gebäude ihr Publikum finden würden.

Das klare Votum für den Standort Wandsbek veranlasste die Finanzbehörde, insgesamt zwölf Projektentwickler und Baugesellschaften zur Abgabe von Angeboten für ein Koppelgeschäft Neubau eines Archivgebäudes am vorbezeichneten Ort gegen Inzahlungnahme und rentable Verwertung des derzeitigen Archivgrundstücks an der ABC-Straße aufzufordern. Dadurch wollte sie ein genaueres Bild der finanziellen Konsequenzen des Vorhabens gewinnen. Von den zwölf angesprochenen Firmen gaben fünf ein Angebot ab. Vier wollten den Neubau Staatsarchiv und das Projekt ABC-Straße als Junktim realisieren. Ein Anbieter wollte nur den Archivneubau errichten und als Teilentgelt das frei gemachte Grundstück ABC-Straße übernehmen. Die Preisvorstellungen für die Archivverlegung bewegten sich zwischen 38 und 60 Millionen DM. Keines der Angebote erschien verhandlungsfähig. In Gesprächen mit den Bietern wurden zusätzliche Angaben und Festlegungen erbeten. Anfang 1994 hatte die interbehördliche Arbeitsgruppe endlich eine Entscheidungsgrundlage und kam nach eingehender Diskussion zu dem Ergebnis, mit der Bewerbergemeinschaft aus Projektentwickler B & O Consulting Systems und SF-Bau Projektentwicklung GmbH – Letztere eine Tochter des Strabag-Konzerns – in konkretisierende Verhandlungen einzutreten, an deren Ende ein Vertrag stehen sollte, der von Regierung und Parlament akzeptiert würde.

Für einen solchen Vertrag fehlten entscheidende Elemente, die im Vorfeld mithilfe von vorvertraglichen Vereinbarungen geschaffen werden mussten, nämlich genaue Festlegungen in Hin-

blick auf den Archivneubau und dessen Architektur sowie in Hinblick auf die Nachfolgenutzung und -bebauung des bisherigen Archivgrundstücks. Beides sollte über städtebauliche Wettbewerbe gewonnen werden, für die der Vertragspartner in spe in Vorleistung gehen sollte und deren Kosten am Ende in die Gesamtabrechnung eingehen sollten. Falls ein Vertrag nicht zustande kommen bzw. das Vorhaben scheitern würde, sollte die Stadt verpflichtet sein, die Vorleistungen zu erstatten.

Vor Ausschreibung der Wettbewerbe sollte dem potenziellen Investor zu seiner Sicherheit das Grundstück ABC-Straße an die Hand gegeben werden. Dies geschah im Juli 1994 durch Senatsbeschluss. Die Anhandgabe sollte zur Ermittlung endgültiger Zahlen der Kosten für den Archivneubau und des Verkaufserlöses, der im Tausch für die Übereignung von Gebäude und Grundstück an der ABC-Straße an den Investor zu erzielen wäre, dienen. Zum Zeitpunkt seiner Entscheidung ging der Senat davon aus, dass das Koppelgeschäft den Staatshaushalt einmalig mit 5–9 Millionen DM belasten und durch einzusparende Betriebskosten infolge weitgehenden Verzichts auf künstliche Gebäudeklimatisierung jährlich um 200 000 DM entlasten würde. Als interbehördliche Werterstattung für das Grundstück in Wandsbek waren acht Millionen DM errechnet. Gemessen an den Alternativen (Asbestsanierung, Erneuerung der Klimaanlage und Erweiterung des bestehenden Dienstgebäudes sowie Außenmagazin) mit Kosten von 50–51,5 Millionen DM und ohne Einsparpotenzial, war die angestrebte Lösung positiv zu bewerten. Für die Regierung kam hinzu, dass dadurch eine wertvolle Innenstadtfläche für eine stadtwirtschaftliche Nutzung frei würde.

Städtebauliche Wettbewerbe und deren Ergebnisse

Unmittelbar nachdem die Anhandgabe des Tauschgrundstücks erfolgt war, lobte die *Arbeitsgemeinschaft Neubau Staatsarchiv* zwei einstufige, anonyme hochbauliche Realisierungs-Wettbewerbe für je sechs eingeladene Architektenbüros aus, nämlich einen für das Staatsarchiv Hamburg in Hamburg-Wandsbek und einen für ein Kontorhaus ABC-Straße 19 in Hamburg-Mitte. Die Preisgerichte hierfür waren unterschiedlich zusammengesetzt, wobei der damalige Oberbaudirektor und einige weitere Persönlichkeiten beiden Gremien angehörten.

Die Jury für die Kontorhaus-Entwürfe entschied sich einstimmig für einen Entwurf, der sie *bereits auf den ersten Blick durch seine architektonische Eigenständigkeit und formale Prägnanz* fasziniert hatte.⁴ Er erhielt den ersten Preis und stammt von Hadi Teherani von der Hamburger Architektengemeinschaft Bothe, Richter, Teherani. Dass der Entwurf mit einer Bruttogeschossfläche von über 15 000 Quadratmetern auch wirtschaftlich hochinteressant war und dadurch positive Auswirkungen auf den Erlös aus dem Verkauf des bisherigen Archivkomplexes haben würde, erfreute das Staatsarchiv und die an seiner Verlegung interessierten Behörden. Das jetzt unter *ABC-Bogen* bekannte Gebäude, das für die Gegend und ihre weitere Bebauung Maßstäbe setzt, ist 2000 fertiggestellt und bezogen worden.⁵

Weniger eindeutig war das Ergebnis des Wettbewerbs für ein neues Archivgebäude in Wandsbek. Die Jury kam zu dem Schluss, dass alle angebotenen Lösungen in unterschiedlichem Maß Mängel aufwiesen, zwei Entwürfe sich aber von den anderen abhoben. Beiden erkannte sie gleichrangig den zweiten Preis zu und empfahl dem

Auslober, die Urheber beider Entwürfe mit einer Überarbeitung zu beauftragen. Bei dieser Überarbeitung sollte es sowohl um Beseitigung von Mängeln als auch um eine Weiterentwicklung im Einvernehmen mit dem Nutzer, also dem Staatsarchiv, wie auch dem Investor gehen. Die Entwürfe waren erstellt worden zum einen von Jan Störmer vom Hamburger Büro Alsop & Störmer Architekten und zum anderen von Tuyen Tran Viet von der Hamburger Architektengemeinschaft Amorelli, Sembritzki, Tran Viet.

Störmer wollte zwei durch einen verglasten Brückenübergang miteinander verbundene Häuser so nebeneinanderstellen, dass ein wuchtiger quadratischer fensterloser Magazinklotz, der mit Schiefer verkleidet sein sollte, das lichte Gebäude für Verwaltung, Benutzung, Restaurierung usw. gegen die am Grundstück vorbeiführende viel befahrene Durchgangsstraße abschirmte. Dieses Verwaltungsgebäude war als langgestreckter schmaler Einspanner mit vielen Versprünge zur Gewinnung von großflächigen Funktionsräumen geplant, wodurch eine überproportionale Fassadenfläche mit vielen anfälligen Winkeln entstanden wäre.

Tran Viet hatte einen Bau mit zwei Flügeln entworfen, die durch einen geschwungenen Kopfbau mit großem Durchgang verbunden waren, nach hinten auseinanderstrebten und am Ende durch einen transparenten, parallel zum Kopfbau geschwungenen Riegel abermals miteinander verbunden waren. Es wäre das ein Gebäude mit einladendem Innenhof geworden, der überquert werden musste, um den Eingang zu erreichen. Der Flügel parallel zur Durchgangsstraße sollte nach dort fensterlos sein und eine Abschirmung der Verwaltungs- und Funktionsräume bringen, die in dem anderen Flügel sowie in den beiden

Querbauten untergebracht waren. Die Fassadengestaltung des Verwaltungsflügels war eher konventionell im Stil eines Bürogebäudes. Der Magazinflügel sollte im Innenhof ein vor seine fensterlose Wand gebautes transparentes Treppenhaus erhalten. Der hintere Querriegel mit Benutzersaal und zugehörigen Einrichtungen sollte einen Durchblick vom Innenhof in die anschließenden Grünanlagen bieten.

Beide Entwürfe erfüllten das vorgegebene Raumprogramm. Beim Kostenvergleich lagen sie aber um etwa 9–10 Millionen DM auseinander, die eine Umsetzung der Störmerschen Ausarbeitung mehr gekostet hätte als die der Tran Vietschen. Die Presse berichtete durchaus sachlich über beide Entwürfe. Auf lokalpolitischer Ebene in Wandsbek artikuliert sich eine Mehrheit, die dem Störmerschen Ansatz zuneigte, unter anderem weil ihm die *Gefahr einer Provinzialität* fehle. Der Magazinklotz im Wechselspiel mit dem lichtdurchfluteten Glasraum des Parallelgebäudes faszinierte den Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek, wiewohl *eine hellgraue Schieferfassade, die sich bei Regen in glänzendes Schwarz verwandelt, ... der örtlichen Baukultur widerspräche*.⁶ Entschieden wandte sich nur die Bezirksfraktion der Grünen gegen den *speckigen 100-Meter-Sarg in Wandsbek* und forderte, dass bei der endgültigen Entscheidung über die Erscheinung des neuen Staatsarchivs vor allem öffentliche und örtliche Akzeptanz im Vordergrund stehen sollten. Sie favorisierte den Tran Vietschen Entwurf, bei dem es sich um *einen straßenbegleitenden, einheitlich klaren Bau mit einem zum Wandsetal gelegenen einladenden öffentlichen Lesebereich* handle.⁷

Auch die Mehrheit der Archivbediensteten tendierte zu dem Vorschlag von Tran Viet. Sie sahen

in seinem Gebäude die archivischen Funktionen klarer räumlich zugeordnet und versprachen sich von dem Haus vor allem mehr Möglichkeiten für archivische Öffentlichkeitsarbeit, weil sie es für den Bürger einladender empfanden als das Modell von Störmer mit einem wenig anziehenden Eingangsbereich zwischen eher abweisenden und kalt wirkenden Fassaden.

Vor diesem Hintergrund und im Wissen um die starke finanzielle Diskrepanz zwischen beiden Entwürfen bemühten sich die *Arbeitsgemeinschaft Neubau Staatsarchiv* und das Staatsarchiv selbst, mit beiden Architekten zu einer Optimierung ihrer Vorschläge im Sinne der Empfehlungen der Wettbewerbsjury zu kommen. Die Ergebnisse der intensiven Arbeit der Beteiligten wurden dem Preisgericht am 27. Februar 1995 präsentiert. Während sich der Entwurf von Tran Viet nicht grundsätzlich verändert hatte, sondern vor allem funktional verbessert worden war, hatte sich Störmer zu erheblichen Veränderungen entschlossen: Beim Verwaltungstrakt hatte er aus dem Einspänner einen Zweispänner gemacht, wodurch die vielen Versprünge entfielen und die Fassadenflächen erheblich reduziert wurden. Für den Magazinklotz verzichtete er auf die Schieferverkleidung und wählte stattdessen als Außenhaut changierende großformatige Glasplatten. (Später argumentierte er, dass er die Farben eines Eisbergs gewählt habe, als Symbol für Konservierung, wie sie im Archivmagazin stattfindet.) Das zweite Preisgericht empfahl (bei Stimmenthaltung meinerseits), den überarbeiteten Entwurf von Alsop & Störmer zur Grundlage der weiteren Planung zu machen und auf den anderen Entwurf nur dann zurückzukommen, wenn der Kostenrahmen durch Alsop & Störmer nicht eingehalten werden könne. Der Investor veranlasste vorsorglich einen Kostenver-

gleich beider überarbeiteter Entwürfe durch unabhängige Bausachverständige. Der ergab Bruttomehrkosten von 2,8 Millionen DM bei Störmer. Das hätte eine Überschreitung der angesetzten Bausumme um fünf Prozent bedeutet. Sie war vor allem auf den gestalterischen Bereich der Fassaden zurückzuführen, und der Investor suchte dort zusammen mit dem Architekten im weiteren Verlauf erfolgreich nach preisgünstigeren Lösungen.

Vertragsverhandlungen und Befassung des Parlaments

Die Wettbewerbsergebnisse für ABC-Straße und für Wandsbek verschafften die Sicherheit, dass das Projekt zum Erfolg geführt werden könnte. Jetzt galt es, verbindliche Vertragsgrundlagen zu schaffen und die Zustimmung des Parlaments zu den erfolgten Weichenstellungen zu gewinnen. Alleinigere Vertragspartner Hamburgs wurde nun SF-Bau Projektentwicklung GmbH. B & O Consulting Systems zogen sich nach der Akquirierungsphase zurück. Gemäß ihrem Angebot übernahm SF-Bau zu einem Festpreis von gut 50 Millionen DM folgende Verpflichtungen: Wettbewerbskosten, Errichtung des Archivneubaus nach den Plänen von Alsop & Störmer, Abbruch der Restgebäude in Wandsbek, Erschließung des Grundstücks, Außenanlagen, technische Installationen, Umzug und Mehrwertsteuer. Regale und Gebäudeausstattung (Möbel, Maschinen usw.) sollte das Staatsarchiv selbst ausschreiben und beschaffen. Die Bauqualität des Gebäudes und die Qualität der verbauten Teile wurden in einem Raumbuch definiert, das bis hin zu Steckdosen und Fensterbeschlägen alle Einzelheiten festlegte und Bestandteil des Vertrags wurde. Für das Grundstück

ABC-Straße wurde ein Kaufbetrag von 3500 DM pro Quadratmeter gewerblich nutzbarer Bruttogeschossfläche vereinbart, was nach dem Entwurf von Teherani gut 54,3 Millionen DM ergab. Der Differenzbetrag sollte der Stadt bei Übernahme des Wandsbeker Neubaus gezahlt werden unter Vorbehalt einer endgültigen Abrechnung nach Fertigstellung des Kontorhauses. Rücktrittsrechte und Ausgleich ihrer Vorleistungen wurden SF-Bau für den Fall eingeräumt, dass die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen für die ABC-Straße zwölf Monate nach Übergabe des Wandsbeker Neubaus nicht geschaffen sein würden.

Der Bürgerschaft, dem hamburgischen Landesparlament, wurden Sinn und Zweck des Projekts, Dimensionen des Neubaus, Vertragsinhalt, finanzielle Abwicklung mit einer voraussichtlichen Finanzlücke von 2,8 Millionen DM und Risiken vom Senat ausführlich dargelegt. Es wurde um Zustimmung zu dem Vorhaben sowie um eine Verpflichtungsermächtigung im Vorgriff auf den überschüssigen Teil des Verkaufserlöses gebeten.⁸ Die Zustimmung erfolgte am 21. September 1995,⁹ und einen Tag später wurde der Vertrag vor einem hamburgischen Notar rechtskräftig unterzeichnet.

Bauverlauf und Einzug mit Risiken

Die Errichtung des Neubaus des Staatsarchivs, für die zwei Jahre vorgesehen waren, begann Ende September 1995 mit einem *Abbruchfest* am neuen Standort, um für die Beteiligten und die Öffentlichkeit ein erstes Signal zu setzen. Als Generalunternehmer des Baus fungierte die Strabag Hamburg. Der Baufortschritt bewegte sich im vorgesehenen Terminplan. Das belegen die mar-



kanten Ereignisse: Grundsteinlegung Ende März 1996, Richtfest sieben Monate später, Übergabe und Umzug im Herbst 1997, Wiederaufnahme des Benutzungsbetriebs am 15. Januar 1998, offizielle Einweihungsfeier mit dem Bürgermeister am 3. März 1998.¹⁰ Bei der Endabrechnung stellte sich heraus, dass die erwartete Finanzlücke, für deren Schließung die Bürgerschaft, wie erwähnt, 2,8 Millionen DM bewilligt hatte, um mehr als eine Million DM unter dem Ansatz blieb.

Trotz aller Sorgfalt der Bauleiter ist eine ärgerliche Komplikation entstanden, die am Ende zu einem großen Zeitdruck geführt und die beteiligten Firmen viel Geld gekostet hat. Für die Magazine war ein Hartestrich vorgesehen, der nur aufge-

Neubau des Staatsarchivs Hamburg im Stadtteil Wandsbek, bezogen 1997, Verwaltungstrakt von der Südseite. Vorlage: Denkmalschutzamt Hamburg C0009681.

bracht werden darf, nachdem der Betonboden einen Isolieranstrich erhalten hat. Sonst kann es Schäden am Beton bis hin zur Gefährdung der Statik geben. Den klaren Auftrag, den Estrich fachgerecht einzubringen, hat der Subunternehmer von Strabag nicht erfüllt. Er hat ohne Isolieranstrich gearbeitet. Das kam heraus, weil die Schienen für die verfahrbaren Regale nach Berührung mit dem Estrich binnen kurzem rosteten und andere Zersetzungserscheinungen zeigten.



*Verwaltungs- und Magazintrakt des Staatsarchivs Hamburg von der Südseite.
Vorlage: Denkmalschutzamt Hamburg C0009682.*

Die auf längere Sicht durch den Pfusch drohende Gefahr einer Zersetzung der Betonbewehrung konnte nur dadurch abgewendet werden, dass Estrich und Schienen aus mehreren Magazin-stockwerken mithilfe von Pressluftpumpen wieder entfernt und danach neu und fachmännisch eingebracht wurden. Die ohnehin knappe Trocknungszeit verkürzte sich infolgedessen weiter, und für die Montage der Regalanlagen entstand ein enormer Zeitdruck.

Der festliegende Beginn des Umzugs konnte nicht verschoben werden, da die zügige Räumung des Altbaus aus finanziellen Gründen ein wichtiger Faktor für das Koppelgeschäft war. So erfolgte der Einzug in das neue Gebäude unter erschwerten Bedingungen, die dem Partnerschaftsmodell geschuldet waren. Die natürliche passive Klimatisierung, deren Voraussetzung ausgetrocknete Wände der Magazinräume sind, war noch nicht intakt. Es musste in der Anfangsphase im Neubau mit mobilen Klimageräten gearbeitet werden. Als sie die Konstanz des Klimas nicht bewirken konnten, wurden elektronisch gesteuerte Luft-tauscher installiert, die den gewünschten Effekt brachten.

Nach der offiziellen Einweihungsfeier und an einem frühen *Tag der offenen Tür* für die Anwohner des Neubaus und die Interessierten im Bezirk, der der Akzeptanz des Staatsarchivs im Stadtteil dienen sollte, war das Archiv auf dem Weg in eine neue Normalität.

„Public-Private-Partnership“ beim Archivbau in der Bewertung

In der Rückschau kann ich sagen, dass mir die Errichtung des zweiten Neubaus des Staatsarchivs Hamburg, an der ich verantwortlich mitzuwirken hatte, in angenehmerer Erinnerung ist als die des ersten, bei der ich auch im Einsatz war. Als die Bauphase endlich erreicht war, lief das meiste viel reibungsloser als beim ersten Mal. Das führe ich auf das Modell *Public-Private-Partnership* zurück. Die archivfachlichen Wünsche und Bedürfnisse für den Neubau waren definiert und vertraglich akzeptiert. In den Realisierungsprozess waren Archivbedienstete permanent einbezogen und konnten eingreifen, wenn etwas missverstanden worden war oder in eine falsche Richtung lief. In einer frühen Phase des Projekts haben wir Ingenieure unseres Vertrauens aus der örtlichen Hochbauabteilung gewinnen können, die uns ständig mit Rat und Hilfe zur Seite standen und mit uns zu den Verhandlungen und Baubesprechungen kamen. Sie waren vielfach die kompetenteren Gesprächspartner für unseren Partner, weil sie auf derselben Fachebene wie er zu Hause waren. Sicherlich hatten wir mit unserem Partner Glück. Er identifizierte sich mit dem Archivprojekt und hatte einen potenten Generalübernehmer des Baus an seiner Seite.



Verwaltungs- und Magazintrakt des Staatsarchivs Hamburg von der Ostseite.
Vorlage: Denkmalschutzamt Hamburg C0009686.

Aus meiner heutigen Sicht entspricht das, was wir vor gut zehn Jahren beim Archivneubau in Hamburg praktiziert haben und wofür damals nur ganz gelegentlich die Umschreibung *Public-Private-Partnership* gebraucht wurde, ziemlich genau dem, was heute als *Vertrags-Public-Private-Partnership* definiert wird. Diese basiert auf einem Tausch von Leistungen und Gegenleistungen, ist auf ein konkretes Projekt ausgerichtet und als spezifische Beschaffungsvariante für den öffentlichen Sektor zeitlich befristet.¹¹ Die *Vertrags-Public-Private-Partnership* für den Neubau des Staatsarchivs Hamburg hat nach gut zwei Jahren ihren Zweck erfüllt. Der Erfolg ist zu besichtigen. Von der Idee bis zum Abschluss des Vertrags war eine fast dreimal so lange Zeit nötig, gefüllt mit umfangreichen Schriftsätzen, mit vielen Konferenzen, mit Anti-

chambrieren, mit Sondieren, mit Suche nach Helfern und Verbündeten, mit Konzipieren von Vorlagen usw. Auch da haben wir Glück gehabt, dass wir im Verlauf unseres zähen Bemühens in Politik und Verwaltung hilf- und einflussreiche Unterstützer des Projekts gefunden haben.

Veränderte Wahrnehmung des Staatsarchivs Hamburg im neuen Umfeld?

Das Staatsarchiv Hamburg ist inzwischen zehn Jahre am neuen Standort. Nach meinen Beobachtungen ist die Ausstrahlung des Komplexes zweigeteilt wie dieser selbst. Es gibt einerseits die Wahrnehmung des fensterlosen Magazinblocks. Er präsentiert sich als Solitär mit auffälligen Großkacheln den Autofahrern auf der an ihm vorbeiführenden stark frequentierten Durchgangsstraße und dient ihnen oft zur Orientierung. Signale, dass er bei ihnen auch Fragen nach seinem Inhalt aufwirft, kommen freilich nur sehr selten. Und es gibt andererseits die Wahrnehmung des Hauses, in dem gearbeitet wird, Informationen zu bekommen sind, Veranstaltungen und Ausstellungen stattfinden. Es ist zum grünen Wohnbereich orientiert und weckt das Interesse der Passanten. Bürger mit der Frage *Was wird hier eigentlich gemacht?* habe ich an der ABC-Straße in 25 Jahren nicht einmal getroffen. In Wandsbek stehen sie immer einmal wieder in der Eingangshalle des Archivs und freuen sich über Informationen. Ausgeschilderte wie auch regelmäßig organisierte Stadtteilrundgänge führen am Staatsarchiv vorbei. Mehr als die Architektur ziehen in der Regel die Urkundenreproduktionen auf der Magazinaußenhaut das Interesse der Vorbeispazierenden auf sich, sodass sich mancher Abschriften und Über-



Der Magazintrakt des Staatsarchivs Hamburg von der Ostseite. Vorlage: Denkmalschutzamt Hamburg C0009687.

setzungen davon geben lässt. Trotz solcher sympathischen Erfahrungen orientiert sich das Staatsarchiv natürlich nicht an den Bedürfnissen des Bezirks, in dem es nun seinen Sitz hat, sondern wirkt uneingeschränkt weiterhin als gesamtstädtische Einrichtung. Für die Wahrnehmung der archivischen Fachaufgaben hat die Verlegung des Archivs aus dem Stadtzentrum in ein Stadtteilzentrum keine Auswirkungen. Die Effekte ergeben sich aus den veränderten Räumlichkeiten. Vor allem in dieser Beziehung waren in Hamburg positive Effekte angestrebt und sind eingetreten.

Für die Erreichung der Öffentlichkeit mit Archivausstellungen und Veranstaltungen spielt dagegen der Standort des Archivs durchaus eine Rolle. Die Hamburger Erfahrung lehrt, dass ein Standort im Zentrum eine größere Frequenz be-

wirken kann als einer in einem der subzentralen Stadtteile. Erfahrung lehrt aber ebenso, dass es immer auf die Attraktivität des Angebots ankommt. Wenn sie gegeben ist, wird auch der gut erreichbare Standort außerhalb des Zentrums besucht. Jüngstes Beispiel ist die Archivausstellung *Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren – die 68er in Hamburg. Gesellschaft in Bewegung* (April – Juni 2008), in der ich bei jedem Besuch meiner früheren Wirkungsstätte interessierte Betrachter angetroffen habe und die wegen des regen Zuspruchs verlängert werden musste.

In Hamburg haben wir uns von den Vorstellungen früherer Generationen gelöst, dass das städtische Archivgut im Bereich der ehemals befestigten Innenstadt verwahrt werden sollte, und haben zugegriffen, als sich die Chance zu einer adäquaten Neubaulösung in anderem städtischen Umfeld bot. Wir haben uns auch bewusst von den eingangs erläuterten Kategorien *althamburgisch* und *neuhamburgisch* verabschiedet. Indem wir mit einer fast 300 Jahre bestehenden genuin althamburgischen Institution in einen Stadtteil umgezogen sind, der erst 60 Jahre zu Hamburg gehört, haben wir demonstriert, dass Alt und Neu inzwischen untrennbar zusammengewachsen sind. So gewinnt das Archiv, das in sich Vergangenheit und Zukunft verbindet, am neuen Ort einen besonderen Symbolwert.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu dem Begriff die unten in Anm. 11 angeführte Drucksache aus dem Jahr 2006.
- 2 Vgl. Jürgen *Bolland*: Der Neubau des Staatsarchivs Hamburg. In: *Archivalische Zeitschrift* 69 (1973) S. 17–35.
- 3 Der folgende Bericht basiert auf meinen Erinnerungen als verantwortlich Beteiligter und auf den Geschäftsakten des Staatsarchivs Hamburg, deren Einsichtnahme mir Herr Direktor Dr. Udo Schäfer zur Gedächtnisauffrischung freundlicherweise gestattet hat. Außerdem konnte ich mich auf einen Beitrag in der mir 1997 gewidmeten Festschrift stützen: Uwe *Plog* und Michael *Stoffregen*: Der lange Weg nach Wandsbek – Planung und Realisierung des zweiten Neubaus des Staatsarchivs Hamburg. In: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 83/1 (1997) S. 1–25.
- 4 Staatsarchiv Hamburg, Preisgerichts-Protokoll ... für ein Kontorhaus ABC-Strasse 19 ..., 31. Januar 1995, S. 9.
- 5 Hamburger Abendblatt vom 14. April 2000.
- 6 Wandsbeker Wochenblatt vom 15. Februar 1995.
- 7 Wie Anm. 6.
- 8 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 15. Wahlperiode, Mitteilungen zwischen Senat und Bürgerschaft, Drucksache 15/3811 vom 22. August 1995, Senatsmitteilung über Verlagerung des Staatsarchivs.
- 9 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 15. Wahlperiode, Plenarprotokolle 3: 36.–53. Sitzung. Hamburg 1996. S. 2584.
- 10 Auf Angaben zum fertigen Gebäude, zu seiner Architektur, Kapazität und Struktur sowie zur Magazinklimatisierung verzichte ich hier, da ich an anderer Stelle ausführlich darüber berichtet habe: Hans-Dieter *Loose*: Der Neubau des Staatsarchivs Hamburg. In: *Archivalische Zeitschrift* 83 (2000) S. 39–71.
- 11 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 18. Wahlperiode, Mitteilungen zwischen Senat und Bürgerschaft, Drucksache 18/4148 vom 25. April 2006, Senatsmitteilung über Konzept zur Realisierung von Public-Private-Partnership-Projekten.

ANDRÉ SALATHÉ

Die frühzeitige Destillation des Machbaren

Das Bauprojekt Staatsarchiv Thurgau und die Volksabstimmung vom 25. November 2007¹

Einleitung

Nach jahrhundertlanger Untertanenschaft wurde der Thurgau im Jahr 1803 ein selbständiger Kanton innerhalb des schweizerischen Staatenbunds. 1831 mutierte seine Staatsform von einer leidlich repräsentativen zu einer vollgültig repräsentativen Demokratie. Nachdem sich der Staatenbund 1848 zum Bundesstaat gewandelt hatte, wagte der Thurgau mit seiner Verfassung von 1869 noch mehr Demokratie und ging zur *direkten* Demokratie über. Seither stimmt das Thurgauer Volk über Gesetze und größere Bauvorhaben an der Urne ab. Und es winkt sie entweder durch – oder winkt ab.

Der Kanton besitzt kein unbestrittenes urbanes Zentrum; die einzelnen Regionen orientieren sich nach außen: nach Konstanz, Sankt Gallen, Winterthur und Zürich oder nach Schaffhausen. Das ist je nach Blickwinkel ein Problem oder auch keines. In den Regionen ist man oft nicht unglücklich, die Annehmlichkeiten der nahen Städte genießen zu dürfen, ohne dafür entsprechend zur Kasse gebeten zu werden. Und dieser Genuss scheint umso

größer, je mehr man dafür sorgt, dass es auch der eigenen Kantonsregierung und Kantonsverwaltung, die in der Kleinstadt Frauenfeld, ganz am westlichen Rand des Kantons, sitzen, nicht allzu wohl wird. Also schmettert man deren Anliegen in Volksabstimmungen gerne einmal ab. Besonders schwer haben es Bauprojekte. Die können durchaus zwei-, drei-, vier- oder sogar fünfmal abgelehnt werden. Soll der Bau in Frauenfeld errichtet werden, sind alle anderen Regionen dagegen. *Nicht schon wieder in Frauenfeld!* Schlagen die Behörden in der zweiten Runde vor, sie in einer der Regionen zu realisieren, leuchtet das den *anderen* Regionen wiederum nicht sonderlich ein – *so* hatte man es nicht gemeint! Deshalb entscheidet man sich in einer dritten Runde doch für das kleinere Übel Frauenfeld, umso mehr, als das Projekt zwischenzeitlich ja redimensioniert worden ist, um dessen Chancen zu erhöhen. So ist im Thurgau, anders als in Ulm, noch nie etwas in den Himmel gewachsen.

Weil Parlament, Regierung und Verwaltung sich vor diesen durchschnittlich drei Durchgängen, also zwei Niederlagen, fürchten, wie der Teufel das

Weihwasser flieht, versuchen sie bereits im Vorfeld der ersten Abstimmung alles zu tun, um jede nur denkbare Kritik abzufangen. Also dauert ein Planungsprozess schon Jahre, bis es nur zur ersten Abstimmung kommt, und es muss jemand schon zwölf oder mehr Jahre in der Kantonsregierung sitzen, damit er von der Idee zu einem Bauprojekt bis zu dessen Einweihung beim ganzen Prozess mit dabei ist. Seit Menschengedenken ist das überhaupt nur einem Regierungsmitglied passiert. 2011 dürfte es wieder einmal so weit sein.

Dann nämlich soll das neue Staatsarchiv eröffnet werden. Die Idee dazu wurde im Februar 2002 im Jahresbericht des Staatsarchivs über das Jahr 2001



*Das Bauprojekt von Nordosten: Im sogenannten Wagensaal (links) wird ein großzügiges Teambüro mit Werkarbeitsplätzen für die Erschließung eingerichtet; der Mitteltrakt wird (von unten nach oben) die Ateliers für die Mikroverfilmung und die Restaurierung (1), die Anlieferung, die Akzessionsräume und das Zwischenarchiv (2), den Lesesaal (3) sowie die Präsenzbibliothek und den Seminarraum (4) beherbergen; im Hang rechts wird ein dreistöckiges Magazingebäude realisiert; darüber entsteht eine öffentlich zugänglich Aussichtsterrasse.
Vorlage: Staatsarchiv des Kantons Thurgau, Frauenfeld.*

lanciert, wobei die Schätzung des Aufwands damals bei rund 25 Millionen Schweizer Franken lag und der Standort Frauenfeld als ein Muss bezeichnet wurde. Am 25. November 2007 hieß das Thurgauer Volk die Umnutzung des kantonalen Zeughauses im Zentrum von Frauenfeld für 20 Millionen Schweizer Franken gut, und zwar im ersten Durchgang und mit einem Ja-Stimmenanteil von fast 75 Prozent.

Wie kam es zu diesem durchschlagenden Erfolg?

Je nach Dauer und Intensität des eigenen Beitrags würden die beteiligten Exponentinnen und Exponenten die Frage wohl sehr unterschiedlich beantworten. So ist denn, was folgt, nur die Sicht desjenigen, der als hauptzuständiger Archivar den Prozess initiiert und an vorderster Front – dort allerdings oft hinter den Kulissen – mitgeprägt hat; zudem nur ein Versuch, Archivarinnen und Archivaren – und niemandem sonst – einiges Erfahrungswissen und eigene Einschätzungen weiterzugeben. Ausgewogenheit ist nicht das Ziel dieser Arbeit, obwohl oder gerade weil sie sich darum bemüht, Essenzielles herauszuarbeiten.

Ein Ausflug in die Politik

Wer unter den skizzierten Voraussetzungen – direkte Demokratie, Regionalismus, die Erfahrung von bitteren Niederlagen – ein Bauprojekt von der Größenordnung eines neuen Staatsarchivs für rund 20–25 Regalkilometer Unterlagen samt entsprechender Infrastruktur (Magazine, Spezialarbeitsräume, Büros, Lesesaal, Präsenzbibliothek, Seminarräume etc.) durch alle politischen Instanzen inklusive Volksabstimmung bringen möchte,

ohne dass die Abstriche so groß werden, dass man lieber *nichts* als *das* hätte, muss sich wohl oder übel auf Politik einlassen. Viel, viel besser ist es, man hat sogar Lust auf Politik. Das ist bei den Thurgauer Archivarinnen und Archivaren der Fall gewesen. Immer nur archivieren ist ja auch nicht das Gelbe vom Ei. Warum zwischendurch nicht mal etwas anderes? Ich gebe gerne zu, dass das ein bestimmtes Maß an Selbstvertrauen, wenn nicht sogar Selbstüberschätzung voraussetzt: Man muss zunächst einfach daran *glauben*, dass man nicht nur archivieren, sondern auch sonst noch einiges kann. Aber dann wird man nach und nach feststellen, dass dem durchaus so ist. Archivarinnen und Archivare wissen und können ja ziemlich viel, und es schadet weder den anderen noch ihnen, wenn nicht nur sie selber es wissen. Also munter rein ins Vergnügen!

Letztlich muss das Archiv den *ganzen* Prozess dirigieren, von der Idee bis zur Eröffnung des Baus. Man sollte nicht der vornehmen Irrmeinung anhängen, für irgendeine der vielen Phasen, die es zu überstehen gilt, sei irgendeine andere Stelle *haupt-* oder *allein* zuständig. Das mag im formellen Sinn gelten, aber es gilt materiell doch nicht! Was nützt es, wenn man sein archivarisches Wissen perfekt in die Bauplanung einbringt, dann aber zusieht, wie das Projekt wegen irgendeiner Lappalie in der spät einsetzenden politischen Beratung kollabiert – zum Beispiel, weil der Fußweg, der über das Areal führen soll, so steil abfällt bzw. aufsteigt, dass er für Kinderwagen ziemlich ungeeignet ist? – Nichts! – Man muss die Fäden möglichst in der eigenen Hand behalten und sich deshalb sehr oft auch mit scheinbar Nebensächlichem befassen. Man muss machtbewusst sein. Dass man das von außen nicht immer sehen darf, versteht sich seit Machiavelli von selbst ...

Sodann: Jede Phase auf dem langen Weg zum Volks-Ja folgt wieder eigenen Gesetzen. Wer einen solchen Prozess im Griff haben möchte, darf das nicht ignorieren. Man muss sich von allen positiven und negativen Erfahrungen aus der jeweils zu Ende gehenden Phase vollkommen freimachen und davon ausgehen, dass die Karten für die nächste Phase neu gemischt werden. Man muss möglichst im Voraus eine Idee davon entwickeln, welche Rollen in diesem neuen Akt eigentlich zu besetzen sind und welche Rolle(n) man selber spielen sollte, um zum Ziel zu kommen. Partner in der einen Phase können in der nächsten durchaus einmal Kontrahenten sein; einmal ist man Berater *dieser*, das nächste Mal mit Vorteil Berater *jener* Gruppe; *diese* Koalition ist für *diese* Phase wichtig, die *andere* für die *nächste*: Das ist das Spiel der Politik! Das tönt alles sehr skrupellos – und ist wohl auch nicht das Gegenteil. Nur ist ein Archivbau für eine demokratisch organisierte Gesellschaft ja nicht ein unmoralisches, verwerfliches Projekt; schämen muss man sich dafür jedenfalls nicht.

Eine Kunst für sich ist es, in einer direkten Demokratie ein solches Projekt überhaupt in Gang zu setzen. Wir im Staatsarchiv Thurgau gingen von der These aus, dass die entscheidende Hürde, die wir nehmen mussten, die eigenen Vorgesetzten, die eigene Regierung sein würde, also genau dort liegen würde, wo die Verwaltung, der wir selber zugehören, in die sogenannte Politik übergeht. Also mussten wir nicht nur sachlich darlegen, was wir brauchen – ein Staatsarchiv dieser Art und dieser Größe –, sondern gleichzeitig auch das Bild, das die Regierung aufgrund negativer Volksentscheide von der eigenen Bevölkerung hatte – *Die lehnen so etwas ja sowieso ab!* – ernst nehmen und zum Maßstab unseres Umgangs mit ihr machen. Wenn ich offen sein will, ging es in den ersten paar Sit-

zungen im Grunde nur darum, Forderungen aufzustellen, sehr, sehr gelassen so zu tun, als ob Parlament und Bevölkerung dem ohne Weiteres zustimmen werden, und es jedenfalls fertigzubringen, dass ein nächster Sitzungstermin angesetzt wurde. So etwas darf einfach nicht abbrechen. – Das alles war bei uns im Jahr 2002.

Kurz vor der Schlussabstimmung im zuständigen Parlamentsausschuss im Mai 2007, die einstimmig zu unseren Gunsten ausfiel, hat ein Parlamentarier, der alles andere als auf den Kopf gefallen ist, mit Blick auf die bevorstehende Volksabstimmung bemerkt: *Jetzt kommt die Eigernordwand!* Als ich ihm entgegnete, ich für meinen Teil glaubte eher, ich sei über die Westflanke bereits wieder auf der Kleinen Scheidegg zurück und müsse jetzt nur noch nach Grindelwald, hat er gelacht und sich für seine Unbesonnenheit entschuldigt.

Politiker behaupten oft, sie hätten Visionen. Aber wenn man sie mit einer wirklichen Vision konfrontiert, zum Beispiel einer, die 25 Millionen Franken kostet, haben sie vor allem eines: Bedenken – und rufen: *Utopien, alles Utopien!* Diese Angst vor dem Wähler – es ist ja eher die Angst vor dem Wähler als die Angst vor dem Stimmbürger – gilt es mit allen Mitteln zu zerstreuen. Zum Beispiel mit dem Hinweis, an x anderen Orten habe man es auch geschafft. Man lernt dann, dass der Thurgau unvergleichlich sei. Folglich muss man, was gar nicht so einfach ist, andere am Thurgau messen, zum Beispiel die Kantone Luzern und Basel-Landschaft. Oder wie zufällig einmal eine Fotografie des neuen Erzbischöflichen Archivs Bamberg aus den Akten auf die Tischplatte hinausrutschen lassen und die Gnade haben, still abzuwarten. Man hört dann plötzlich, dass man im Thurgau Dinge, die andere können, noch ganz anders könne ...

Ungefähr so läuft es. Und so hat die Regierung dann irgendwann eine sogenannte Bestands- und Bedürfnisanalyse in Auftrag gegeben. Da lagen dann der Ist-Zustand – die pure Katastrophe – und unsere Vorstellungen, wie ihr abzuhelpen sei, Ende 2002 schwarz auf weiß vor, ohne Wenn und Aber.

In der Folge gab es grünes Licht für eine Standortevaluation und Machbarkeitsstudie. Gegeneinander abgewogen wurden ein Neubau auf einem freien Grundstück unmittelbar hinter dem jetzigen Staatsarchiv im kantonalen Regierungsgebäude sowie die Umnutzung des kantonalen Zeughauses, ebenfalls in der Frauenfelder Innenstadt gelegen, ein historisch gewachsener, fünfteiliger Gebäudekomplex – wie alle Komplexe ziemlich komplex. Das Staatsarchiv hoffte auf das Neue, die Regierung auf die Umnutzung. Aber beide sahen ihre Erwartungen enttäuscht.

Die Studie kam nämlich zu dem Schluss, dass ein Neubau der gewünschten Größe am vorgesehenen Standort zwar machbar, eine spätere Erweiterung aber nicht mehr möglich sein würde. Demgegenüber war diese Möglichkeit beim Zeughaus zwar gegeben, dort boten sich dafür ganz andere Herausforderungen. Immerhin schien klar, dass die beste Lösung beim Zeughaus wohl gefunden würde, wenn die Archivmagazine (für 25 Regalkilometer Akten) in einem Neubauteil untergebracht, *ein* Anbau abgebrochen und zwei weitere Gebäudeteile, darunter der mit Abstand Größte, für das Staatsarchiv *nicht* verwendet würden.

War so etwas der Stimmbürgerschaft zuzumuten? – Nach politisch wie archivfachlich wirklich tiefeschürfenden Diskussionen kam man zu der Überzeugung, den Versuch wagen zu sollen. Immer mehr war man nämlich zu der Einschätzung gekommen, dass in der Volksabstimmung die

weichen, emotionalen Faktoren eine wesentlich größere Rolle spielen würden als die harten. Indem man den Traditionsort Zeughaus mit dem Gedächtnisort Staatsarchiv besetzte – so die von uns in die Diskussion geworfene Überlegung –, würde die Stimmbürgerschaft das Projekt genehmigen, selbst wenn es in Frauenfeld verwirklicht, mit einem respektablen Neubauvolumen ergänzt und immer noch 20 Millionen Schweizer Franken kosten würde.

Ein Gang vor den Spiegel

Nun wurde ein Architekturwettbewerb veranstaltet, und zwar im sogenannten Präqualifikationsverfahren. Dabei haben sich zunächst 108 Büros von Frankfurt an der Oder bis Lissabon mit Projekten ähnlicher Größe und Komplexität empfohlen. 25 davon wurden ausgewählt und mit den Wettbewerbsunterlagen und einem Gipsmodell der Zeughausanlage samt Umgebung beliefert. Ein paar Monate später wurden 24 Projekte eingereicht.

Die Wettbewerbsjury war zunächst fast etwas enttäuscht, dass sich die Bandbreite der Lösungsvorschläge in relativ engen Grenzen hielt. Allerdings zeugte dies weniger von der Phantasielosigkeit der Architekten, sondern viel eher von der Qualität der Wettbewerbsunterlagen, die offenbar so klar formuliert waren, dass es letztlich nur auf einen Lösungsansatz zulaufen konnte. Im Übrigen befand sich die Jury insofern in einer höchst komfortablen Lage, als alle Beteiligten auf Anhieb erkannten, dass es unter den Eingaben dieses Grundtyps ein Projekt gab, das allen anderen in nahezu allen Belangen klar überlegen war.

Die Redaktion der Wettbewerbsunterlagen hatte beim Leiter des Staatsarchivs gelegen. Ich hatte seit

Längerem einige Erfahrungen im Schreiben und Redigieren: Nun stand ich aber vor einer der größten Herausforderungen, die ich in diesem Metier je zu bestehen hatte. Ich ging nämlich mit dem Anspruch an die Aufgabe heran, die städtebaulichen, architektonischen, denkmalpflegerischen und archivfachlichen Vorgaben und Aufgaben nicht einfach nebeneinandergestellt darzubieten, wie das bei anderen Bauvorlagen gemacht worden war, sondern zusammen mit all den politischen Überlegungen vielfältig verwoben, als *Einheit*, als Text aus einem Guss.

Ich glaube, wenn man fertigbringen will, dass die Architekten und Fachplaner ein Projekt so vorbereiten, dass nicht nur die Bedürfnisse des Auftraggebers befriedigt werden, sondern dass es später auch noch beim Stimmbürger durchkommt, muss man sie ausgiebig an politischen Überlegungen teilhaben lassen, muss man das scheinbar *Nur-Fachliche* mit dem Politischen recht eigentlich imprägnieren: in einzelnen Abschnitten, einzelnen Absätzen, in Hauptsätzen oder auch nur in Nebensätzen.

Wenn jetzt vom *Politischen* die Rede ist, so ist damit sehr viel gemeint: Erfordernisse, die sich aus der oft zufälligen Tagespolitik ergeben, insbesondere aber auch das Selbstverständnis des Archivs sowie das Selbstverständnis des Staats, das sich unter anderem in seinem Archiv zum Ausdruck bringen soll. Wenn es gelingt, sich dies alles klarzumachen und geeignet in Worte zu fassen, dann werden sich auch Architekten finden, die kapieren, dass es um wesentlich mehr geht als nur um den Bau eines neuen Archivs. Bei uns jedenfalls war das auf eine sehr glückliche Art der Fall.

Dabei muss alles kurz und bündig sein – auch im Archivfachlichen. Solche Übungen vor dem Spiegel sind hart, aber heilsam: Du meine Güte, da muss

man dann plötzlich sehr *genau* wissen, was man will und was man nicht will, wo die Pflicht aufhört und die Kür anfängt, wie die Arbeitsabläufe wirklich sind bzw. sein sollten. Als besonders heilsam erwies sich in unserem Fall die selbst auferlegte Pflicht, jeglicher Versuchung zu widerstehen, den Adressaten zu sagen, welche Teile des Raumprogramms in welchen Teilen des Raumangebots zu verwirklichen seien, weil man so die Kreativität der Architekten mehr behindern als fördern würde. Da muss man sich dann aber beim Archivfachlichen ganz besondere Mühe geben, damit man verstanden wird.

Aug in Auge mit dem Stimmvolk

Auf dem Weg zu einer Volksabstimmung braucht es viele Qualitäten. Die Wichtigste davon heißt Respekt: Respekt vor der Aufgabe, Respekt vor jeder Teilaufgabe, Respekt vor den Beteiligten: den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Vorgesetzten, den Architekten, den Baufachplanern, den Angehörigen des Parlaments, den Helferinnen und Helfern im Abstimmungskampf, jedem einzelnen Bürger, jeder einzelnen Bürgerin gegenüber. Jeder, mit dem man auf dem langen Weg zu tun hat, hat Anspruch darauf zu verstehen, was das Archiv tut, warum es das tut, warum es etwas will und warum es das *so* und nicht anders möchte. Man tut gut daran, im jeweiligen Gegenüber zuerst den interessierten Menschen, dann den interessierten Partner und erst dann den potenziellen Multiplikator zu sehen.

Man muss das eigene Anliegen in allen Phasen eines solchen Projekts in einfachen Worten und immer wieder von Neuem kommunizieren. Und es ist gut, frühzeitig zu erkennen, dass die ewige



Viele Gemeinden unterstützten das Vorhaben des Kantons aktiv: Plakat im Kleinformat im Aushangkasten. Sämtliche Werbemittel, die in der Abstimmungskampagne zum Einsatz kamen, waren mit diesem Abstimmungslogo ausgestattet.

Vorlage: Staatsarchiv des Kantons Thurgau, Frauenfeld.

Wiederholung nicht tödlich ist, sondern die einzigartige Chance, sich selbst darüber klar zu werden, was nun eigentlich Sache ist. Ich glaube, man könnte heute jeden meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachts um drei Uhr wecken und sie wären fähig, sofort die archivische Wertschöpfungskette und die dazugehörige ideale Raumanordnung aufzusagen; es ist *nicht* zum Schaden des Archivs, wenn eine Belegschaft so weit kommt.

Unsere Texte – von der Bestands- und Bedürfnisanalyse über das Wettbewerbsprogramm und das Kreditbegehren der Regierung an das Parlament bis hin zur 28 Druckseiten starken Botschaft an die thurgauische Stimmbürgerschaft – gingen immer von der Feststellung aus: *Das Staatsarchiv ist seit Jahrhunderten das zentrale Gedächtnis des Thurgaus und seiner Bevölkerung.* Dann wurde jeweils das Archivwesen erklärt. Und erst dann ging es um den Bau, war vom Städtebaulichen, Architektonischen, Baufachlichen, Denkmalpfle-

gerischen die Rede, nicht selten nur nebenbei. Es galt immer, so zu tun, als müssten Archivarinnen und Archivare ausgebildet werden: zuerst die Vorgesetzten, dann die Leute von der Bauverwaltung, die Architekten und Fachplaner, die Finanzspezialisten, später die Mitglieder des Parlaments und schließlich die ganze Bevölkerung: alles Archivarinnen und Archivare!

Die Begrifflichkeit, die verwendet wurde, musste früh beschränkt werden. Auf dem Weg zur Volksabstimmung wird der Kreis derer, die mithelfen, sie zu gewinnen, nach dem Schneeballprinzip idealerweise immer größer. Und da ist es eine der wichtigsten Aufgaben, all diese Leute auf diese begrenzte Begrifflichkeit regelrecht einzuschwören.

Da ich der Sohn eines Werbeberaters bin, war mir klar, dass PR- und Werbefragen von Anfang an – und nicht erst spät – mit zu berücksichtigen waren. Für Produkte wird mit Geschichten geworben, unser Staatsarchiv verkauften wir mit Geschichte *und* Geschichten. Das neue Staatsarchiv brauchte Platz, weil die jüngsten Akten ins Kraut schießen, aber gewonnen haben wir die Abstimmung mit den *alten* Akten: weil wir gezeigt haben, was für eine Schatztruhe dieses Archiv ist. Wir haben früh versucht, die Emotionen zu wecken und an geradezu Archetypisches zu appellieren, das Staatsarchiv als kollektives Gedächtnis der Thurgauerinnen und Thurgauer zu verkaufen. Dieser Begriff kommt in allen unseren Verlautbarungen vor und ist von den Medien und der Bevölkerung (was sich in den Leserbriefen zeigte) erstaunlich stark rezipiert worden.

Das Parlament ist der Spiegel der Bevölkerung. Lange bevor die Regierung die Bauvorlage dort einbrachte, lud das Staatsarchiv sämtliche Fraktionen ins Archiv ein. Mit einer Ausnahme nahmen alle Fraktionen die Einladung an und ließen sich

während 2 ½ Stunden den baulichen Ist-Zustand zeigen. Spannende Diskussionen über Sinn und Unsinn von Archivierung schlossen sich an; es waren sehr ernsthafte, oft aber auch humorvolle Debatten. Das legte eine tragfähige Basis für die Beratungen im zuständigen Parlamentsausschuss. Dort ging es – vor allem in finanzieller Hinsicht – hart zur Sache; aber der eingebrachte Vorschlag überzeugte letztlich auf der ganzen Linie. Auch die Fraktionen stimmten durchgängig zu. Schließlich auch das Parlamentsplenium – ohne Gegenstimme.

Noch am selben Tag hat sich der Parlamentsausschuss zum Abstimmungskomitee erklärt. Es wurde ein Werbebüro engagiert, das einige Ideen hatte,



An allen wichtigen Kantonsstraßen standen im Oktober/November 2007 Plakate im Großformat.
Vorlage: Staatsarchiv des Kantons Thurgau, Frauenfeld.

wie man das Bauprojekt der Thurgauer Bevölkerung beliebt machen konnte. Wir waren vom Archiv aus nicht dagegen, aber es wurde doch zu einer größeren Herausforderung, jetzt auch noch die Werber auf die Linie zu bringen. Da flogen dann ein paar Mal die Fetzen, bis man sich darüber einig war, was man noch machen sollte und vor allem: was man auf keinen Fall (mehr) machen durfte. Ich kann hier aus Platzgründen nur ein paar wenige Hinweise geben:

Zuerst haben wir im Archiv eine Adressdatei geöffnet: Wir nahmen die Mitgliederdatei des kantonalen Historischen Vereins, dessen Präsident ich bin, als Ausgangsbasis. Dann gab der Trägerverein des Thurgauer Frauenarchivs, der beim Staatsarchiv Gastrecht hat, die Seinige dazu. Nun ergänzten wir diese Datei mit den Adressen aller Kunden und Partner des Staatsarchivs der letzten zehn Jahre. Nach einer Woche hatten wir 1400 Adressen beieinander. Diese Leute forderten wir nun auf, dem Unterstützungskomitee beizutreten und Geld zu spenden oder bei Werbeaktionen tatkräftig mitzuhelfen. Nach ein paar Wochen waren 10 000 Franken gesammelt und mehr als 150 Personen aus allen Gesellschaftsschichten und vielen Berufssparten waren bereit, sich persönlich einzusetzen – es war einfach sensationell:

- Eine Gruppe plakatierte den Thurgau mit Affichen im Kleinformat: 250 Stück, eine andere Gruppe mit Plakaten im Weltformat: 150 Stück.
- Die Kantonsbibliothek und die meisten Gemeindebibliotheken verteilten Buchzeichen: 10 000 Stück.
- Zirka zwei Wochen lang wurden zu den Stoßzeiten am Morgen auf den größeren Bahnhöfen im Kanton, an den Samstagen auch auf viel begangenen Plätzen größerer Ortschaften Give-aways

verteilt: 10 000 kleine Tüten mit Gebäck nach einem alten Rezept aus dem Staatsarchiv – inklusive Rezept.

- Damit auch die vielen kleineren Ortschaften nicht leer ausgingen, tourte eine Zweiergruppe des Staatsarchivs mit dem betriebseigenen Piaggio APE drei Wochen lang durch den Kanton und verteilte vor den Käsereien, kleinen Lebensmittelgeschäften und vor Banko- und Postomaten ebenfalls Give-aways.
- In den zwei regionalen Tageszeitungen und in ein paar regionalen oder berufsständischen Blättern erschienen um die 50 Leserbriefe, wobei wir bewusst keine Musterleserbriefe zur Verfügung stellen; so kam das Ganze sehr authentisch daher – oft erzählten die Leute von ihrer ganz persönlichen Begegnung mit dem Staatsarchiv.
- Zweimal erschienen halbseitige Inserate mit sämtlichen Namen der Mitglieder des Unterstützungskomitees.
- Schließlich wurde auch noch eine Abstimmungszeitung mit Reportagen über drei Benutzerinnen und Benutzer des Staatsarchivs hergestellt und in jede Haushaltung im Kanton verteilt.

Natürlich durfte das farblich frisch gehaltene Logo der Kampagne nie fehlen.

Diese Maßnahmen schlossen an eine Serie von Führungen durch das Staatsarchiv an, die wir seit Frühjahr 2006 jeden letzten Samstag im Monat angeboten hatten, sowie an einige weitere Anstrengungen des Archivs in Sachen Öffentlichkeitsarbeit. Überdies ist zu erwähnen, dass die zuständigen Politiker und auch ich selbst vor vielen Parteiversammlungen auf Kantons-, Bezirks- und Gemeindeebene für das Projekt warben.

Wer das phänomenale, unendlich lange Crescendo im 2. Satz von Bruckners 5. Symphonie kennt,

hat eine Vorstellung davon, wie wir unsere Öffentlichkeitsarbeit seit Frühjahr 2006 gestalteten: Je mehr das Orchester aufdreht, desto eher realisiert man als Hörer, wie es sich im Grunde immer noch zurückhält. Doch bevor man das musikalische Geschehen wirklich durchschaut, bricht Bruckner ab, lässt das Orchester in einem relativ kurzen Decrescendo auslaufen. Genau wie Hölderlin in *Hälfte des Lebens – Weh mir, wo nehm' ich, wenn / Es Winter ist, die Blumen und Schatten der Erde ...* – die fünfte Alliteration, die möglich wäre – Winter *wird* –, genial vermeidet; *die* nämlich würde den Leser und Hörer das Stilmittel sofort erkennen lassen – und es würde wirkungslos. Man muss eine Werbekampagne sehr sacht anheben lassen, dann sukzessive aufdrehen, aber das verheerende Zuviel um alles in der Welt vermeiden, die Nerven haben, abzubrechen und einfach still zu warten, bis die Stimmbürgerschaft ihren Entscheid fällt. Ich glaube, das ist uns gelungen. Ich schließe nicht aus, nein: ich bin mir sogar *sicher*, dass das eine unserer größeren Taten auf dem Weg zum Erfolg gewesen ist.

Der Ausflug in die Politik, der Gang vor den Spiegel und die Abstimmungskampagne waren anstrengend, aber sie haben sich in jeder Beziehung gelohnt. Wir bekommen mitten in Frauenfeld dank außerordentlich geschickter Umnutzung und Ergänzung eines bestehenden Gebäudes ein Staatsarchiv, das betrieblich einem Neubauprojekt fast ebenbürtig sein wird. Aber wir bekommen viel mehr: einen *Sitz*, einen Sitz an einem historischen bedeutenden Ort. Und wir sind mit einem Spitzenabstimmungsresultat demokratisch legitimiert wie keine andere Verwaltungsstelle des Kantons. Das ist nichts anderes als: wunderbar.

Anmerkung

1 Der Text folgt dem am 21. Juni 2008 in Ulm gehaltenen Referat, ist mit ihm aber in zweifacher Hinsicht nicht ganz identisch. Zum einen versuchte der Referent damals, durch spontane Weglassungen und Umstellungen einen Beitrag dazu zu leisten, das etwas aus den Fugen geratene Zeitbudget der Tagung wieder ins Lot zu bringen; zum anderen schien es richtig, hier zwar die ursprünglich vorbereitete Fassung zu bieten, jedoch da und dort Elemente gesprochener Sprache zu tilgen.

LAURENCE PERRY

Archivgebäude und Stadtplanung im Elsass

Einleitung

In den letzten 30 Jahren wurden in Frankreich viele Archivgebäude erweitert oder neu erbaut. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Die Dezentralisierung: Seit 1983 unterstehen die Bezirksarchive den Generalräten. Da diese auf lokaler Ebene gewählt werden, haben sie ein besseres Gespür für die Interessen der Bevölkerung und die Erhaltung des regionalen Kulturguts als die Staatsverwaltung. Von diesem Umstand konnten die Archive in den Bereichen Postenbesetzung, Baupolitik und Digitalisierungsplanung reichlich profitieren. Allein im Jahr 2008 befinden sich landesweit elf Archivgebäude noch im Bau oder wurden vor Kurzem fertiggestellt.
- Im Vergleich mit den Museen und Bibliotheken hatten die Archive einen bedeutenden Rückstand aufzuholen, und zwar sowohl im Bereich der baulichen Infrastruktur als auch hinsichtlich der Digitalisierung und der Ausbildung des Personals.
- Es besteht ein Interesse der Öffentlichkeit an der Geschichte im Allgemeinen und der Genealogie im Besonderen.

- Für die Errichtung von Archivbauten können bedeutende staatliche Subventionen bezogen werden (bis zu 30 Prozent der Gesamtkosten).
- Der allgemeine Trend zur Schaffung von Zweckverbänden und Gemeinde übergreifenden Einrichtungen bezweckt primär, öffentliche Mittel einzusparen. Es wird damit aber auch möglich, größere Bauten zu errichten als für einzelne Kommunen, weil ein Archivgebäude zum Beispiel nicht mehr nur einer einzigen Stadtverwaltung, sondern gleichzeitig auch Gemeinde übergreifenden Zweckverbänden oder sogar den anderen Gemeinden, die der Stadtgemeinschaft angehören, dient.

Die Platzierung von Archiven im Kontext der Stadt ist in stetem Wandel begriffen. Eine Zeit lang herrschte der Hang zur Verbannung der Archive aus dem Stadtzentrum vor – mit nicht immer bequemen Verbindungen durch die öffentlichen Verkehrsmittel. Damit verbunden war die Wahrnehmung von Archivalien als einfache Lagerungsobjekte. Zurzeit geht der Trend – bedingt durch erhöhte Benutzungsfrequenzen und die intensivierte Partizipation der Archive an kulturellen Veranstaltungen – in die entgegengesetzte Rich-

tung: Archive werden heute in sogenannten Rückeroberungsgebieten, zum Beispiel an Stadteinfallsachsen oder neu sanierten Vierteln in der Nähe des historischen Stadtzentrums, angesiedelt.

Im Zuge der Stadtentwicklung kann es dann vorkommen, dass ein neues Stadtzentrum in unmittelbarer Nähe des Archivegebäudes entsteht. Dies war der Fall in Lyon, wo das Stadtarchiv im Viertel Perrache, das sich danach zum neuen Stadtzentrum entwickelte, gebaut wurde. Die gleiche Entwicklung wird sich auch in Straßburg/Strasbourg einstellen, wenn der Ausbau der Achse zwischen Stadtzentrum und Rheinbrücke, im Norden der Vorstadt Neudorf, abgeschlossen sein wird. Damit werden diese neuen Archive zu einem Element des Stadtbilds und der Stadtpolitik, deren lebendes Gedächtnis sie ja auch eigentlich sind. Die Gebäude selbst, deren Gesamtkonzept mit äußerster Sorgfalt entworfen wurde, tragen ganz direkt zur Schönheit des Stadtbilds bei. Alle neuen Archivegebäude sind überdies mit stattlichen Räumen, die ausschließlich dem Empfang und der Bedienung des Publikums gewidmet sind, ausgestattet: Im Allgemeinen haben die Bezirksarchive und die Archivegebäude großer Städte Ausstellungsräume von 200–300 Quadratmetern, Auditorien mit ungefähr 100 Plätzen und weitere rund 100 Quadratmeter für archivpädagogische Einrichtungen.

Die beschriebene Dynamik betrifft auch das Elsass. Seit 2004 gibt es vier Projekte, die sich in verschiedenen Stadien der Ausführung befinden:

- das Archiv der Stadt und der Städtegemeinschaft Straßburg/Strasbourg,
- das Bezirksarchiv Unter-Elsass / Archives départementales du Bas-Rhin in Straßburg/Strasbourg,
- das Archiv der Städtegemeinschaft Brumath,
- das Stadtarchiv Mülhausen/Mulhouse.

Außerdem ist vorgesehen, dass der Datenverarbeitungsdienst des Stadtarchivs Schlettstadt/Sélestat einen neuen Standort in dem alten Gebäude der Banque de France bezieht.

Das Archiv der Stadt und der Städtegemeinschaft Straßburg/Strasbourg

In Straßburg/Strasbourg befanden sich Stadt- und Bezirksarchiv in geografisch interessanten Lagen: das eine im Stadtzentrum in unmittelbarer Nähe einer Tramhaltestelle, das andere im Universitätsviertel. Bei keinem der beiden konnte jedoch die notwendige Sicherheit gegen Brandgefahr gewährleistet werden, desgleichen waren die Magazine so gefüllt, dass keine neuen Ablieferungen mehr angenommen werden konnten. Damit waren eine Entwicklung und Anpassung der Archive an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts nicht mehr möglich. Die Stadt Straßburg/Strasbourg hatte zwar eine neue, mit der Aufnahme der Archivalien der Städtegemeinschaft Straßburg/Strasbourg beauftragte Dienststelle eingerichtet. Diese wurde aber nicht mit ausreichenden und zweckmäßigen Räumlichkeiten ausgestattet.

Die Idee, sowohl für die Stadt als auch für die Städtegemeinschaft eine gemeinsame Einrichtung zu schaffen, machte jedoch schnell ihren Weg, denn es gab dafür mehrere gute Gründe: Einerseits betreiben die beiden Körperschaften eine gemeinsame Verwaltung mit doppelter Kompetenzebene, andererseits konnten so die Bau- und Betriebskosten gemeinsam getragen werden. Wenn man noch die Beteiligung des Staats dazurechnet, konnte die Finanzierung sogar aus drei verschiedenen Quellen sichergestellt werden. – Schließ-

lich beteiligte sich die Stadt mit einem Betrag von 4,3 Millionen Euro am Projekt, als dessen namentlicher Eigentümer die Städtegemeinschaft Straßburg/Strasbourg bezeichnet wurde.

Doch bevor es so weit war, wurden die Archivar vom Leiter der Stadtverwaltung zunächst damit beauftragt, ein schon bestehendes Gebäude zu finden, das saniert und umgestaltet werden könnte. Nur: Da Straßburg/Strasbourg keine große Vergangenheit als Industriestadt aufzuweisen hat, waren geeignete Gebäude kaum zu finden. Einige Möglichkeiten boten sich zwar in den Hafenanlagen, zum Beispiel in Form von schönen Backsteingebäuden mit einer Tragfähigkeit von 2000 kg/m². Doch leider hatten das Stadtplanungsamt und der Bürgermeister für Kulturangelegenheiten andere Absichten mit diesem in die Parkanlage vor dem städtischen Verwaltungszentrum hinausragenden Schiffsbug.

Das Hauptproblem, mit dem wir bei unserer Suche nach einem neuen Standort gegenüber den politischen Instanzen zu kämpfen hatten, war ein Image-Defizit. In aller Regel stellten sich unsere Gesprächspartner unter einem neuen Archivgebäude ein farbloses, nicht einladendes Gebäude vor, weil dieses ja schließlich kein Publikum anzusprechen hätte. Für ein solches reines Verwaltungsgebäude wäre es, so unsere Gesprächspartner, eine Verschwendung, wenn man ihnen einen städtebaulich attraktiven Standort zuteilen würde. Dass ein Archiv durchaus ein nach außen orientierter Ort ist, in dem Publikum empfangen und bedient wird, wurde einfach nicht wahrgenommen.

Die größte Hilfe bei der Geltendmachung unseres Anspruchs bekamen wir schließlich von den verschiedenen städtischen und städtegemeinschaftlichen Ämtern. Die meisten davon sind in

dem großen Verwaltungsgebäude im *Parc de l'Etoile* und in mehreren in der Nähe gelegenen Gebäuden domiziliert. Aus Platzmangel archivieren sie ihre Unterlagen relativ schnell, müssen aber auch nach der Ablieferung der Unterlagen immer noch regelmäßig darauf zurückgreifen können. Wenn nun das Archiv an einem entlegenen Standort angesiedelt worden wäre, hätte das das Reaktionsvermögen der gesamten Verwaltung beeinträchtigt. Deshalb setzen sich verschiedene Dienststellen für einen zentralen neuen Standort des Archivs ein.

Ganz in der Nähe des Verwaltungszentrums und der Altstadt bestand ein brachliegendes Gebiet, auf beiden Seiten der Rheinstraße gelegen. In der Absicht, die Anfahrt zum Stadtzentrum von der deutschen Grenze her schöner und attraktiver zu gestalten, hatte die Stadt ein Planungsprojekt entworfen, das Teil eines größeren, *Via Europa* genannten Projekts war. Dessen Zweck bestand darin, die Stadt entlang ihrer Ost-West-Achse auszubauen. Neue Raumordnungsmaßnahmen sollten für diese 250 Hektar große, zwischen dem Ortsteil Heyritz und der Rheinbrücke liegende Zone gelten.

Diese *Zone d'Aménagement Concerté Danube*, die auf der Grenze zwischen der Altstadt und den südlichen Vororten liegt, ist eine strategische Achse der Stadt. Die Stadtverwaltung möchte daraus ein Straßburger *Saint-Germain-des-Prés* machen. Als Erstes siedelte sich in dieser Zone ein Privatunternehmen an, das einen riesigen Kino-Komplex mit 22 Vorführsälen errichtete. Diesem Komplex gegenüber wurde daraufhin das Stadt- und Stadtgemeinschaftsarchiv Straßburg/Strasbourg erbaut. Am Anfang lag es mitten zwischen unbebautem Gelände und den Bretterzäunen anderer Baustellen. Danach wurden sukzessive errichtet:



Nordfassade des Archivs der Stadt und Stadtgemeinschaft Straßburg/Strasbourg. Aufnahme: Stéphane Spach, La Claquette.

- das *Vaisseau* (wörtlich übersetzt: das Schiff), ein Gebäude des Generalrats, dessen Zweck darin besteht, der Jugend einen Einblick in die Welt des wissenschaftlichen Experimentierens zu geben,
- die im Jahr 2006 eingeweihte *Cité de la musique et de la danse*, zugleich Musikkonservatorium und Tanzschule,
- die am 19. September 2008 feierlich eröffnete *Médiathèque André Malraux*, gemäß Selbstdeklaration die größte öffentliche Mediathek in Frankreichs Osten, die von der Stadtgemeinschaft Straßburg/Strasbourg betrieben wird, und
- schließlich das Bezirksarchiv.

Gleichzeitig werden die Verkehrsverbindungen neu gestaltet:

- die Tramlinien werden verlängert (zwei neue Haltestellen befinden sich in unmittelbarer Nähe des Stadtarchivs),
- zwei neue Brücken und Fußgängerbrücken wurden gebaut,
- der Status der Rheinstraße wurde von *Nationalstraße* zu *Stadtboulevard* abgeändert,
- Grünflächen wurden angelegt: der *Parc de l'Etoile*, der *Zwei-Ufer-Garten* bei der Rheinbrücke, Promenaden bei den Hafenbecken, den Einkaufszentren und den Wohn- und Bürogebäuden.

Für das Archiv bietet dieser Standort mehrere Vorteile: Er befindet sich im Blickfeld der Verwaltung und der Stadträte (zum Beispiel kann der Präsident der Städtegemeinschaft das Gebäude von seinem Büro aus sehen), er ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbar, die Universität und mehrere andere wichtige kulturelle Einrichtungen liegen ganz in der Nähe.

In den Jahren 1998–1999 war es noch relativ einfach, diesen Standort zu bekommen. Mit den neuen Stadtplanungsmaßnahmen, die inzwischen für dieses Viertel gelten, kann man sich berechtigterweise die Frage stellen, ob es heute auch noch so einfach wäre ...

Für die Straßburger Stadträte waren die folgenden zwei Aspekte wichtig:

- In architektonischer Hinsicht sollte das Gebäude auf der Rheinstraße ein Zeichen setzen: Es sollte schön und sichtbar sein. Aus diesem Grund kam ein massiver und geschlossener Bau nicht infrage, umso weniger, als auf der anderen Straßenseite mit dem Kino und der dazugehörigen Hochgarage schon zwei sehr kompakte Baukörper stehen.
- Das Archiv musste von sich reden machen: Magazine und Lesesaal allein waren nicht genug, es sollte auch eine große Fläche für die Öffentlichkeitsarbeit geschaffen werden. Ursprünglich sollte es 1000 Quadratmeter Ausstellungsraum geben, die im Endeffekt aus Etatzwängen auf 300 Quadratmeter gekürzt wurden. Dazu kamen ein Auditorium mit 77 Plätzen und ein Raum für Schulklassen.

Man entschied sich also für ein Gebäude, das sich auf der Westseite durch einen monumentalen Eingang und ein großes Vordach auszeichnete. Die

vordere Seite, die für das Publikum bestimmten Teile sowie die Arbeitszimmer sind größtenteils verglast. Auf der Nordseite befinden sich der durch eine Glaswand vom Straßenlärm abgeschirmte Lesesaal und die Magazine, zudem die Werkstätten des Fotografen und des Buchbinders. Auf einem Fries findet man die wichtigsten Daten der Stadtgeschichte sowie die Abbildungen verschiedener Dokumente. Von Osten sieht man die Fassade, hinter der sich die Magazine befinden. Noch als das Gebäude geplant wurde, versperrte ein Straßenviadukt für den Verkehr aus dem Osten, also aus Richtung Deutschland, die Sicht auf diese Seite. Da dieser Viadukt für eine neue Tramlinie abgebrochen wurde, ist diese Fassade nun aber von der Straße aus gut sichtbar geworden.

Vier Jahre nach dem Umzug in das neue Gebäude kann man folgende Bilanz ziehen: Das Gebäude mit seinem Antlitz und seinem Standort ganz

*Westfassade des Archivs der Stadt und Stadtgemeinschaft Straßburg/Strasbourg.
Vorlage: Archives municipales et communautaires de Strasbourg.*



in der Nähe wichtiger Verkehrswege haben das Archiv für die Bevölkerung im wahrsten Sinn des Worts sichtbar werden lassen. Die Entwicklung kultureller Aktivitäten und Führungen durch das Gebäude haben einem breiten Publikum die Möglichkeit eröffnet, Sinn und Wirken des Archivs zu entdecken. Zwar ist der Lesesaal nur an Werktagen geöffnet, Ausstellungen hingegen können auch am Sonntagnachmittag besichtigt werden.

Das Bezirksarchiv Unter-Elsass / Archives départementales du Bas-Rhin, Straßburg/Strasbourg

Was das Bezirksarchiv/Archives départementales betrifft, hatte der Generalrat zuerst erwogen, das neue Gebäude in einer anderen Ortschaft anzusiedeln. Aber die Nähe zu den Akten abliefernden Stellen, zur Universität und zur Präfektur, war dann doch das entscheidende Argument für ein Verbleiben am Standort Straßburg/Strasbourg. Der Generalrat erwarb das Gelände der ehemaligen Gasfabrik an der Rheinstraße und ließ dort das *Vaisseau* errichten, ein der wissenschaftlichen Ausbildung der Jugend gewidmetes Gebäude. Das Bezirksarchiv/Archives départementales wurde auf demselben Gelände angesiedelt. Zu Fuß ist es nur zehn Minuten vom Stadtarchiv entfernt.

Das neue, an der Rheinstraße gelegene Gebäude ist etwa 100 Meter lang und sechs Stockwerke hoch. Es besteht aus zwei Teilen: Der erste, dem Publikum zugängliche Teil umfasst eine Empfangshalle, einen Ausstellungsraum von 200 Quadratmetern, einen Vorlesungssaal und einen Lesesaal mit je 80 Plätzen sowie alle Büro-

räume. Der andere Teil beherbergt ausschließlich Magazine. Das Gebäude ist eher nach innen gekehrt als zur Straße hin, aber seine architektonische Qualität trägt zweifelsohne zur Verschönerung der östlichen Stadteinfahrt bei.

Die Südfassade (Magazine, gegen die Rheinstraße) ist mit poliertem Edelstahl verkleidet. Die Nordfassade besteht aus Glasplatten, auf die im Siebdruckverfahren Abbildungen von Dokumenten, die im Archiv aufbewahrt werden, aufgebracht wurden. Das neue Gebäude erlaubte dem Bezirksarchiv/Archives départementales eine Verdoppelung seiner Lagerungskapazität von 30 auf 60 Regalkilometer.



*Nordfassade des neuen Bezirksarchivs Unterelsass.
Vorlage: Archives municipales et communautaires de Strasbourg.*

Die neuen Archive in Brumath und Mülhausen/ Mulhouse

Auch kleinere Städte haben ähnliche Projekte in die Hand genommen. Die Kleinstadt Brumath hat einen Wettbewerb ausgeschrieben, um eine in architektonischer Hinsicht *bemerkenswerte Stadteinfahrt* zu schaffen. Das Projekt, das zur Realisierung freigegeben wurde, stellt Raum für das Stadt- und Städtegemeinschaftsarchiv, für Kunstsammlungen und Vereinssäle zur Verfügung. Zwei Drittel der Gesamtfläche sind für das Archiv bestimmt. Zwei Metallwände, auf denen die Bestückung des Stadtwappens (Eichen und Eicheln) zu sehen ist, bekleiden das Gebäude und dienen zugleich als Sonnenschutz für die verglaste Vorhalle an der Südseite.

Das Projekt für ein neues Stadtarchiv in Mülhausen/Mulhouse zeichnet sich ebenfalls dadurch aus, dass ein ehemaliger Industriestandort zurückgewonnen werden soll. Diese Rückgewinnung soll

in Zukunft als ein natürlicher Ausbau der nahe gelegenen Altstadt erscheinen. Der Kern des Projekts liegt in der Sanierung einer ehemaligen Gießerei, die 1922 erbaut worden war. Die Stadt bezeichnet das Vorhaben als *Lokomotive* und *Schaufenster* für das Stadtbild. Das sanierte Gebäude kann einen Teil der Universität des Oberen Elsass, den *Cerare* (eine Sammelstelle für Unternehmensarchive), das Stadtarchiv, die Werkstätte für bildende Künste sowie das Zentrum für zeitgenössische Kunst aufnehmen. Das Stadtarchiv wurde im Mai 2008 bezogen. Wie auch andere Stellen, die zur Hortung von Informationsquellen dienen, ist es berufen, Publikum in das neue Stadtviertel zu locken. Wie in Straßburg/Strasbourg, gibt es auch in dieser neuen Entwicklungszone Wohnhäuser und gewerbliche Nutzungen. Das Mühlhauser Archivgebäude ist auf zwei

*Projekt des Archivs der Stadt und Stadtgemeinschaft Brumath.
Aufnahme: Patrick Schweitzer, Strasbourg.*





*Archiv der Stadt und Stadtgemeinschaft Mülhausen/
Mulhouse in „la Fonderie“.
Vorlage: Ville de Mulhouse.*

Ebenen verteilt, Untergeschoss und Erdgeschoss mit Zwischengeschoss (Mezzanin). Früher war das Archiv auf drei verschiedene Standorte verteilt, heute hat es eine Lagerungskapazität von zehn Regalkilometern und einen Lesesaal mit 20 Plätzen. Außer den Archivalien der Gemeinde soll es in Zukunft auch die Unterlagen der Gemeinden des ganzen Ballungsraums aufnehmen.

Schluss

Der Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung, das wachsende Interesse für Lokalgeschichte und der bemerkenswerte Baustil der in den letzten 20 Jahren in den Stadtzentren erschaffenen Gebäude haben die Archive mitten in den Fokus der Stadtplanung gerückt. Auch im Elsass kann man diese Entwicklung feststellen. Da die Archive nun besser sichtbar werden, ziehen sie auch mehr Aufmerksamkeit auf sich. Dadurch wiederum erlangen sie größere Anerkennung, sowohl seitens der Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung als auch seitens der Öffentlichkeit.

WILHELM WADL

„Eigene Herren im eigenen Haus“

Die Entwicklung des Kärntner Landesarchivs seit seiner Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt

Seit seiner Gründung im Jahr 1904 – damals wurde der Archivar des Historischen Vereins vom Privatangestellten zum Landesbeamten – war das Kärntner Landesarchiv im Landhaus in Klagenfurt, also im traditionsreichen Gebäude des Landesparlaments, untergebracht. Die Raumverhältnisse waren seit den 1970er-Jahren katastrophal. Mehr als zwei Jahrzehnte dauerte es, bis die Politik von der Notwendigkeit eines Neubaus überzeugt werden konnte. Seit 1996 verfügt das Kärntner Landesarchiv über ein eigenes, sehr funktionell gestaltetes Archivgebäude. Dadurch hat das Kärntner Landesarchiv endlich die räumlichen Ressourcen erhalten, die es braucht, um seine Kernaufgaben optimal erfüllen zu können. Die Depots werden absehbar noch längere Zeit aufnahmefähig für Neuzugänge sein; eine funktionale und großzügig konzipierte Abfolge von Ordnungs- und Werkstättenräumen erleichtert das Ordnen, Erschließen und Konservieren des

schriftlichen Kulturguts ungemein, und der benutzerfreundliche Lesesaal hat die Arbeitsbedingungen für die Kernschicht der Archivbesucher enorm verbessert. Mit den Zusatzangeboten eines Vortragssaals und eines Ausstellungsraums hat das Archiv völlig neue Entfaltungsmöglichkeiten erhalten und ist wegen seiner zentralen Lage und seines attraktiven Äußeren rasch zu einem der beliebtesten Veranstaltungsorte in Klagenfurt geworden.¹

Gleichzeitig mit der Eröffnung des Neubaus wurde das Kärntner Landesarchivgesetz verabschiedet, die erste archivgesetzliche Regelung in Österreich, die noch vor dem entsprechenden Bundesgesetz in Kraft trat. Durch dieses Archivgesetz wurde das Landesarchiv, das seit seiner Gründung nur eine nachgeordnete Dienststelle gewesen war, zu einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt. Seit dieser Ausgliederung ist mehr als ein Jahrzehnt vergangen. Die Archiv-

leitung hat von allem Anfang an diese Ausgliederung, die im Archivbereich im Gegensatz zur Museumslandschaft nach wie vor einzigartig ist, ernst genommen und versucht, für das Archiv aus dieser neuen rechtlichen Situation den maximalen Nutzen zu erzielen. Das Land Kärnten als Anstaltseigentümer hat seine Selbstverpflichtung aus dem Archivgesetz in dieser Zeit stets eingehalten und der Anstalt Landesarchiv die sachlichen und personellen Grunderfordernisse zur Verfügung gestellt.

Das gesamte Personal wurde bei der Ausgliederung vom Land an die neue Anstalt übertragen. Alle neuen Bediensteten seit 1996 sind nur noch Privatangestellte der Anstalt. Sie stellen nach einem Jahrzehnt schon die Mehrheit unter den rund 25 Bediensteten. Das Archiv hat so viel Personal, wie es sich leisten kann. Neben 20 Planstellen, deren Bedeckung aus den Mitteln des Landes jedenfalls gegeben ist, gibt es eine erhebliche Anzahl an Bediensteten, für die das Landesarchiv durch Eigeneinnahmen erst die Bedeckung zu ihrer kontinuierlichen Beschäftigung schaffen muss. Im Gegensatz zu allen anderen österreichischen Archiven ist der Personalstand des Kärntner Landesarchivs in den letzten zehn Jahren trotz dieser Aufgabe früherer scheinbarer Sicherheit (Beamtenstatus) erheblich gestiegen. Aus dem Kreis bewährter Projektmitarbeiter kann das Archiv, das seit der Ausgliederung auch über die uneingeschränkte Personalhoheit verfügt, künftige Mitglieder seines Kernteams aussuchen.

Mit dem Landesarchivgesetz hat sich das Land Kärnten verpflichtet, der Anstalt Landesarchiv die Finanzmittel zur Abdeckung ihrer sachlichen und personellen Erfordernisse zur Verfügung zu stellen. Die Erfüllung der Kernaufgaben (Übernehmen, Erschließen und dauerhaftes Verwahren

von Archivgut, aber auch die Betreuung der Benutzer im Lesesaal) wird der Anstalt vom Land finanziert. Gleichzeitig wurde das Kärntner Landesarchiv aber verpflichtet, Leistungen außerhalb seiner Kernaufgaben den Kunden in Rechnung zu stellen und die Eigeneinnahmen nach Möglichkeit zu steigern. Als Anreiz dafür erhielt die Anstalt die völlige Finanzhoheit, das heißt sie bildet einen autonomen Rechnungskreis und Mittel, die der Anstalt einmal zugeflossen sind, können von dieser eigenständig bewirtschaftet werden.

Die Einnahmen der Anstalt beliefen sich im Jahr 2007 auf mehr als 206 000 Euro, sodass das Archiv 17 Prozent aller in diesem Jahr erforderlichen Mittel selbst aufbringen konnte. Dieser Selbstdeckungsgrad ist naturgemäß stark schwankend und von den jeweils laufenden Projekten abhängig, lag aber in den letzten Jahren fast stets über zehn Prozent der jeweiligen Jahresausgaben.

Tabella 1:

Einnahmen der Anstalt Kärntner Landesarchiv 2005–2007

	2005	2006	2007
Projekte und Gutachten	31 200	23 700	35 400
Publikationen	20 900	34 000	97 400
Ausstellungen	8 800	2 600	15 900
Reproduktionen	9 900	12 300	8 800
Mieterlöse	15 700	15 900	17 200
Zinserträge	12 000	18 700	25 900
Sponsoren	15 300	6 000	6 000
Summe Eigeneinnahmen	113 800	113 200	206 600
Beitrag des Landes	1 034 000	995 900	1 013 200
Summe Einnahmen	1 147 800	1 109 100	1 219 800
Anteil der Eigenerlöse (in %)	9,9	10,2	16,9

Ein Selbstdeckungsgrad von mehr als zehn Prozent ist für ein Archiv eine außergewöhnliche Erfolgskennziffer und österreichweit einzigartig, was wohl auch darauf zurückzuführen ist, dass das Kärntner Landesarchiv bislang als einziges österreichisches Archiv durch Ausgliederung organisationsrechtlich verselbstständigt wurde. Die Eigeneinnahmen des Archivs, durch die der Zuschussbedarf für den Eigentümer in den letzten Jahren nominell nur ganz bescheiden gestiegen und real sogar gesunken ist und die der Anstalt finanziellen Spielraum geben, stammen aus zahlreichen Einnahmepositionen. Die wesentlichsten Einnahmepositionen betreffen Buch- und Forschungsprojekte (Auftraggeber sind meist Firmen oder Gemeinden), Erlöse aus Reproduktionen, Gutachten für Private, Vermietung und Verpachtung und in kleinerem Ausmaß auch Ausstellungstätigkeit. Über wesentliche Forschungs- und Publikationsprojekte der letzten Jahre gibt Tabelle 2 Auskunft.

Große Firmenjubiläen wurden in den letzten Jahren genauso betreut wie die Liquidierung eines großen Montankonzerns und die Sicherung seines Archivs. Derzeit sind zwei Gemeindebücher in Ausarbeitung, die noch 2008 erscheinen müssen. Im Bereich kleinerer Gutachten werden Chroniken bäuerlicher Betriebe genauso übernommen wie die Transkription rechtlich-relevanter Urkunden oder auch heraldische und namenkundliche Gutachten für Gemeinden.

Trotz dieser Vielzahl an Projekten für unterschiedlichste Auftraggeber wurde der Lesesaal als tägliches Kulturangebot für Nutzer aus allen Bevölkerungsschichten und mit unterschiedlichsten Interessenlagen nie vernachlässigt. Durch die seit 1997 erweiterten Öffnungszeiten mit Abendbetrieb an jedem Mittwoch ist der Lesesaal das

Tabelle 2:

Kärntner Landesarchiv: Größere Forschungs- und Publikationsprojekte 2003–2008

<i>Projekttyp</i>	<i>Thema</i>
Firmenmonografien	Bleiberger Bergwerksunion (Montankonzern in Liquidation) 250 Jahre Werkzeugfabrik Offner 150 Jahre Villacher Brauerei 100 Jahre Chlorfabrik Brückl
Festschriften für Institutionen und Vereine	Geschichte der Landwirtschaftskammer 60 Jahre Industriellenvereinigung Kärntner Bürgerfrauen
Gemeindebücher	Marktgemeinde Maria Saal Marktgemeinde Klein St. Paul Gemeinde Neuhaus
Interdisziplinäre Regionalstudien	Wald- und Ökologiegeschichte der Hohen Tauern Bergwelt im Wandel

ganze Jahr über 36 Wochenstunden geöffnet. Die bei anderen Einrichtungen üblichen Schließzeiten in den Sommermonaten wären im Kärntner Landesarchiv mit seiner gesteigerten Besucherfrequenz während der Urlaubszeit undenkbar.

Aus dem Diagramm kann die Entwicklung der Besucherzahlen seit 1991 in Dreijahresschritten entnommen werden. Die Jahresberichte weisen einen kontinuierlichen Anstieg der Besucherzahlen aus, die derzeit um rund 50 Prozent über dem Niveau am alten Archivstandort liegen.

Jeder Archivbesucher verbringt durchschnittlich rund vier Stunden täglich im Lesesaal, sodass die 2605 Besucher des Jahres 2003 einen Betreuungsaufwand von weit über 10 000 Stunden verursacht haben. In keiner anderen Kultureinrichtung ist die Verweildauer der Besucher ähnlich hoch.

Die Herkunft und Interessengebiete der Benutzer haben sich innerhalb weniger Jahre markant verschoben. Studenten und Forscher aus dem Universitätsbereich sind nur noch eine kleine Minderheit. Auch genealogische Recherchen im engeren Sinn sind stark rückläufig. Stark angewachsen ist die Zahl jener Bürger, die das Archiv zur Wahrung konkreter rechtlicher Interessen frequentieren (nicht zuletzt bedingt durch die Übernahme der Grundbücher). Die stärkste Besuchergruppe sind heute historisch interessierte Laien, die auf unterschiedlichstem Niveau heimatkundliche bzw. landesgeschichtliche Forschungen betreiben. Archivarbeit ist für viele eine Form kreativer Freizeitbeschäftigung geworden.

Ein wesentliches Element für die Positionierung des Archivs in der Öffentlichkeit ist die Rolle des Archivs als Veranstaltungszentrum. Das Archiv organisiert allein oder in Kooperation mit den unterschiedlichsten Einrichtungen Vorträge und Seminare und hat seit 1997 im neuen Haus schon 21 Ausstellungen durchgeführt, zu denen jeweils auch ein Katalog erschienen ist. Schon bei der Errichtung dieser Räumlichkeiten war klar, dass diese unmöglich vom Archiv allein ganzjährig genutzt werden können. Durch die Vermietung der Räumlichkeiten an Dritte wird ein doppelter positiver Effekt erzielt. In den Vortrags- und Ausstellungsräumen des Archivs finden jährlich rund 50 Veranstaltungen statt. Der Großteil betrifft externe Anmietungen, wobei das Archiv klar zwischen Kulturveranstaltungen, die eine nahe Be-

Diagramm:

Besucherfrequenz im Lesesaal des Kärntner Landesarchivs 1991–2006



ziehung zu seinem eigenen Tätigkeitsprofil haben – bei denen es auch oft als Mitveranstalter auftritt – und kommerziellen Vermietungen unterscheidet. Aus letzteren werden im Jahreschnitt rund 15 000 Euro an Einnahmen erzielt. Die vielen Veranstaltungen – dabei ist es völlig gleichgültig, ob es sich um historische Vorträge oder Anlageberatungen von Banken handelt – führen aber auch dazu, dass das Archiv einem immer größer werdenden Personenkreis als Institution vertraut wird.

Die Archive sind unter den ... heilsamen Druck geraten, darüber nachzudenken, ob und wie sie von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Sie müssen etwas für ein positives Image tun. Sie müssen sich neben anderen Kulturinstitutionen positionieren

und profilieren.² Diesem von Robert Kretzschmar vor einigen Jahren ausgesprochenen Appell versucht unser Archiv schon seit über einem Jahrzehnt zu entsprechen. Im Gegensatz zu vielen Archiven, die ein eher beschauliches Leben fernab der Öffentlichkeit fristen, ist das Kärntner Landesarchiv permanent in den Medien präsent, erbringt vielfältige Beratungs- und Dienstleistungen für Journalisten sowohl in Printmedien als auch im lokalen Hörfunk und Fernsehen, hat im Gegenzug aber auch aufgrund dieser langjährigen Partnerschaft nie Probleme, seine eigenen Anliegen und Aktivitäten in den Medien zu positionieren. Die permanente Präsenz in der Öffentlichkeit ist das wesentlichste Mittel, um die Anstalt Landesarchiv auch im Bewusstsein ihrer Eigentümer positiv zu verankern. Erfolg oder Misserfolg einer Kulturinstitution werden in der heutigen Erlebnisgesellschaft *primär nach den Kriterien von Publikumswirksamkeit und Medienpräsenz beurteilt. Wer nicht in den Medien präsent ist, existiert praktisch nicht und hat es damit nicht nur schwerer, Nutzerkreise für seine klassischen Angebote zu erschließen, sondern auch finanzkräftige Partner zu finden.*³ Ein Archiv, über das permanent berichtet wird, kann keine nutzlose Orchidee sein. Daher wurden Ausgaben für das Landesarchiv weder in der Beamtenschaft noch durch die Politik bislang jemals infrage gestellt. Die Öffentlichkeitsarbeit des Archivs erschöpft sich jedoch nicht in diesen regen Medienkontakten. Eine starke Tiefenwirkung geht auch von dem jeweils mit der Ausstellungseröffnung verknüpften *Tag der offenen Tür* aus, durch den Personen, die bislang nicht den mindesten Bezug zum Archiv hatten, im Rahmen ausgedehnter Führungen mit dessen Aufgaben vertraut gemacht wurden. Dabei wurde auch deutlich, dass das gängige Vorurteil, dass Archive

grau und verstaubt, altmodisch und langweilig seien und keinen ästhetischen Erlebniswert besitzen würden,⁴ bei den meisten Besuchern sehr rasch in Begeisterung umschlägt. Führungen und archivdidaktische Übungen dienen aber auch der Rekrutierung neuer Kundenschichten für das Archiv, weil es mit ihnen gelingt, Schwellenängste abzubauen und insbesondere auch deutlich zu machen, dass es sich beim Archiv um eine allgemein zugängliche Serviceeinrichtung für jeden Bürger handelt.

Heutzutage vollzieht sich freilich der Erstkontakt zwischen dem Archiv und seinen Kunden schon sehr oft auf dem Weg über das Internet. Die Homepage als Visitenkarte der Anstalt wird daher einer Adaptierung bedürfen, um sie hinsichtlich ihres Layouts zu professionalisieren. Hinsichtlich der Inhalte wird sie ohnehin kontinuierlich aktualisiert und erweitert. Dem neuen Verständnis der Archivnutzer als Kunden entspricht auch die ständig gewartete und aktualisierte Kundendatenbank, die ein wichtiger Erfolgsgarant für zielgruppenorientierte Aussendungen über Veranstaltungen und Neuerscheinungen ist. Die herzeigbaren Erfolge bei der Vermarktung der eigenen Buchproduktion sind nicht zuletzt auf diese modernen Marketinginstrumente zurückzuführen. Immerhin werden mehr als 80 Prozent der Erlöse im Direktverkauf erzielt. Dabei sind Kooperationen mit dem Geschichtsverein für Kärnten und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung ungemein hilfreich.

Dieser Kooperationspartner bedient sich das Landesarchiv auch bei seiner historischen Bildungsarbeit. Diese beschränkt sich jedoch nicht auf die bloße Erwachsenenbildung, sondern hat verschiedenste Zielgruppen (siehe Tabelle 3).

Historische Bildungsarbeit setzt historische Forschung durch die Archive voraus und besteht darin, die Ergebnisse wissenschaftlicher Geschichtsforschung in verständlicher und attraktiver Form zu übersetzen und zu vermitteln. Das Kärntner Landesarchiv ist seit seiner Gründung im Jahr 1904 stets ein Zentrum landesgeschichtlicher Forschung gewesen. Alle im Archiv tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiter sind umfassend in diesem Sinn tätig, veröffentlichen landeskundliche Forschungsergebnisse in populärer und streng wissenschaftlicher Form, treten als Vortragende bei verschiedensten Anlässen auf und beteiligen sich immer wieder auch an Forschungsprojekten universitärer Einrichtungen. Darüber hinaus waren Mitarbeiter des Kärntner Landesarchivs an allen Landesausstellungen der letzten beiden Jahrzehnte hinsichtlich der Exponatauswahl sowie zahlreicher Katalogbeiträge führend beteiligt. Schon seit den 1980er-Jahren findet auf der Ebene der Archive eine enge internationale Kooperation mit Kollegen in Italien und Slowenien statt.

Das Kärntner Landesarchiv hat in den letzten Jahren bewiesen, dass ein Archiv auch unter privatwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgreich geführt werden kann. Dies erfordert allerdings ein großes persönliches Engagement aller Mitarbeiter und die ständige Bereitschaft, auf neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu reagieren, um im wachsenden Konkurrenzkampf zwischen den zahlreichen Informationsdienstleistern und Kultureinrichtungen bestehen zu können. Dabei ist beständig eine Gratwanderung zwischen der eher beschaulichen Kernarbeit des Archivars und der Hektik modernen Kulturmanagements zu vollziehen. Alle Tätigkeitsfelder sollten im Idealfall organisch miteinander verwoben sein. Ohne Übernahme und Erschließung

Tabelle 3:

Das Kärntner Landesarchiv in seiner historischen Bildungsarbeit

<i>Angesprochener Personenkreis</i>	<i>Kooperationspartner</i>
Lehrerfortbildung	Pädagogisches Institut Arbeitsgemeinschaften der Geschichtslehrer
Studenten (Vermittlung hilfswissenschaftlicher Kennt- nisse und Archivdidaktik)	Institute für Geschichte
Schüler	Wahlpflichtfach Geschichte an Höheren Schulen Pflichtfach Landeskunde an Landwirtschaftsschulen
Erwachsenenbildung	Geschichtsvereine, Kärntner Bildungs- werk, Katholisches Bildungswerk, Arbeiterkammer etc.

gibt es kein neues Material, um dem Auswertungsauftrag entsprechen zu können. Ohne Forschungsleistung als Wissenschaftler fehlt authentisches und spannendes Material zur Erfüllung des Vermittlungsauftrags im Sinn der historischen Bildungsarbeit. Kulturevents und breit gefächerte Öffentlichkeitsarbeit sichern dem Archiv Anerkennung bei seinem Eigentümer und Geldgeber und tragen damit entscheidend zu seiner Existenzsicherung bei. Unter den heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erscheint es undenkbar, ein Archiv als bloße Verwaltungseinrichtung zu sehen. Das schützende Dach der Bürokratie ist eine Illusion.

Anmerkungen

- 1 Das Kärntner Landesarchiv – Baubericht und Dokumentation. Bautechnische, künstlerische und historische Dokumentation zur Eröffnung des Neubaus am 10. Oktober 1996. Redigiert von Evelyne *Webernig* und Dietmar *Müller*. Klagenfurt 1996; Alfred *Ogris*: Das neue Kärntner Landesarchiv und seine rechtlichen Grundlagen. Klagenfurt 1997; Wilhelm *Wadl*: Der Neubau des Kärntner Landesarchivs. Ein Erfahrungsbericht. In: *Scrinium*. Zeitschrift des Verbandes Österreichischer Archivare 53 (1999) S. 342–353.
- 2 Positionierung und Profilierung der Archive neben und mit anderen Kulturinstitutionen. Vorträge im Rahmen des 62. Südwestdeutschen Archivtags am 11. Mai 2002 in Mosbach. Stuttgart 2003. S. 19.
- 3 Peter *Müller*: Zwischen Informationsdienstleistung und Kulturevent. Zur Positionierung der Archive in der Postmoderne. In: Positionierung und Profilierung der Archive, wie Anm. 2, S. 82.
- 4 *Müller*, wie Anm. 3, S. 84.

KLAUS BÜHRER

Wie finden Nutzer und Planer zusammen?

Der Neubau des Verbundarchivs in Freiburg im Breisgau

Es kommt immer wieder vor, dass Anforderungen an Funktion, Größe und Gestaltung eines Bauprojekts nicht eingehalten werden. Sehr oft ist in solchen Fällen etwas in der Kommunikation zwischen Nutzer und Planer schief gelaufen; die Anforderungen wurden nicht eindeutig definiert und abgestimmt. – Im vorliegenden Beitrag macht ein Architekt den Archivaren einen Vorschlag, der dazu beitragen kann, diese anfänglichen Verständigungsprobleme zu verringern oder gar zu beseitigen. Anhand der Erstellung einer Nutzungsanforderung für das Verbundarchiv Freiburg wird dargelegt, wie zwischen Nutzer und Planer ein Prozess des Zusammenfindens stattfinden kann. Fünf Schritte sind nötig, um die Kommunikationsprobleme markant zu verringern. Das sind nicht viele – trotzdem kann es auch zum Stolpern reichen.

Vor einigen Jahren entstand die Idee, das Staatsarchiv Freiburg, das Stadtarchiv Freiburg sowie das Universitätsarchiv Freiburg gemeinsam in einem Gebäude unterzubringen. Zwei hauptsächliche Effekte sollten mit dieser Verbundlösung

erzielt werden: Einerseits sind alle drei Archive an ihrem jetzigen Standort am Ende ihrer Magazinkapazität angelangt und müssen vergrößert werden. Andererseits sollten durch die gemeinsame Nutzung von Teilbereichen Synergien erzielt werden, die eine wirtschaftliche Lösung der Bauaufgabe erwarten ließen.

Die Aufgabe bestand also zunächst darin, für alle drei Archive jeweils eine separate Nutzungsanforderung und ein Raumprogramm zu erarbeiten. Danach sollten in einer gemeinsamen Nutzungsanforderung für ein Verbundarchiv die zu erwartenden Synergiepotenziale aufgezeigt werden.

Als Architekt bei Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Freiburg, ist der Autor unter anderem mit der Erstellung von Nutzungsanforderungen für größere Bauvorhaben beschäftigt. Neben der für Architekten üblichen Problematik, Gebäude in ihren räumlichen Kontext einzufügen, besteht ein wichtiger Teil der Arbeit darin, Projekte in ihren sachlichen Nutzungs-Kontext einzubetten. Von großer Bedeutung ist dabei das gemeinsame Erarbeiten einer strukturierten und

abgestimmten Nutzungsanforderung. Um diesen Weg ohne Verständigungsprobleme zurücklegen zu können, sind, wie erwähnt, fünf Schritte notwendig. Diese sind:

- 1) Den Nutzer definieren.
- 2) Den passenden Planer finden.
- 3) Das Archiv mit seinen Inhalten definieren.
- 4) Dem Planer Informationen über das Archivwesen zur Verfügung stellen.
- 5) Eine Nutzungsanforderung erstellen.

Im Folgenden soll anhand des Beispiels Freiburg gezeigt werden, wie diese Schritte gemacht wurden.

1) Den Nutzer definieren

Wer sind *die Nutzer* eines Archivs? Für Außenstehende, also auch für Architekten und Planer, sind diese nicht ohne Weiteres auszumachen. Da sind Archivare, Bibliothekare, Werkstattpersonal, Aushilfskräfte und sonstige Mitarbeiter. Alle haben spezielle Wünsche und spezifische Anforderungen in Bezug auf ihren Arbeitsplatz. Da sind vorgesetzte und übergeordnete Stellen – ein Landesarchiv, das Aufsichtsgremium einer Hochschule, eine Baubehörde oder sonstige Institutionen, die ebenfalls Anforderungen stellen. Da ist selbstverständlich das Publikum als Nutzergruppe, das seinerseits bestimmte und spezielle Ansprüche an die Funktion eines Archivs hat. Die Ansprüche des Publikums sind für Architekten besonders schwer auszumachen, da es keine direkten Ansprechpartner gibt. Und schließlich sind da noch die Akten abliefernden Stellen, die ein Archiv mit Inhalt füllen. Auch hier fehlt ein

direkter Ansprechpartner, mit dem die Ansprüche ohne Weiteres diskutiert und definiert werden könnten.

Alle genannten Gruppen laufen unter dem Oberbegriff *Nutzer*. Die Bündelung der unterschiedlichen Nutzeranforderungen ist eine der wichtigsten Aufgaben im Vorfeld einer Neuplanung. Zu bestimmen ist deshalb eine kompetente Person mit Entscheidungsbefugnis und Kenntnis aller Vorgänge im Archiv, die die Anforderungen der unterschiedlichen Nutzer sammelt und vertritt. In der Praxis zeigt sich immer wieder, dass eine falsche Besetzung dieser Position ein ernster Stolperstein ist. Von der Qualität dieser Person, von ihrer Kompetenz nach innen und außen, hängt der Erfolg der weiteren Planungsschritte ganz entscheidend ab. Die Bestimmung dieser Person oder gar die Planung selbst sollte Chef-sache sein.

Für das Verbundarchiv Freiburg wurde eine kleine Arbeitsgruppe, bestehend aus den drei Archivleitern und je einem architektonischen Fachvertreter gebildet. Die Archivleiter vertraten dabei alle Nutzerinteressen. Sie haben die nötige Fachkompetenz und bündelten alle oben beschriebenen internen Anforderungen. Eine weitere wichtige Aufgabe war, diese Anforderungen untereinander abzugleichen. Da alle drei Archive unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen und unterschiedliche Nutzer haben, war dieser zusätzliche Schritt notwendig. Eine Zusammenlegung von Archiven in einen Verbund funktioniert nur, wenn die Anforderungen im Vorfeld abgeglichen werden, also sozusagen ein konsistentes Anforderungspaket geschnürt wird, das für alle drei Archive gleich ist und allen drei Archiven zugutekommt. Dabei gab es kein internes Ranking; die Arbeitsgruppe hatte keinen Chef.

Die architektonischen Fachvertreter trugen die Ergebnisse, die von der Gruppe erarbeitet worden waren, in die vorgesetzten Gremien und koordinierten die Verfahrensabläufe. Entscheidungsstrukturen wurden offengelegt, der Kenntnisstand aller Beteiligten wurde abgeglichen. Transparenz auf allen Entscheidungsstufen war damit gegeben.

2) Den passenden Planer finden

Ideal für die Besetzung des Planerpostens ist ein Architekt, der nicht nur Erfahrung im Entwickeln von Projekten hat, sondern wenn möglich auch mit Archiven. Er wird helfen, die Grundlagen für einen Archivneubau zu erarbeiten. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Arbeitsschritte teilweise als besondere Leistungen mit dem Architekten zu vereinbaren sind. Bestandsanalysen, eine Betriebsplanung, die Aufstellung eines Raum- und Funktionsprogramms sind Sonderleistungen des Architekten, die gesondert zu vergüten sind.

Benötigt werden in dieser Phase Architekten mit Erfahrung, keine Projektsteuerer. Diese können später helfen bei der Einhaltung der Kosten und Termine, nicht aber beim Definieren der Inhalte. Auch von der Erfahrung des Planers hängt der weitere Projekterfolg nicht unwesentlich ab.

Die Auswahl der Planer für das Verbundarchiv in Freiburg war mehr oder weniger vorgegeben. Aufgrund seiner Zuständigkeit für das Staatsarchiv Freiburg wurde Vermögen und Bau Baden-Württemberg mit der Entwicklung des Projekts betraut. Hilfreich war, dass Erfahrung mit Archiven aus einem früheren Projekt bestand. Nebst der Sicherstellung der eigentlichen Projektentwicklung – Prüfung der Raumgrößen auf Stan-

dards, Kontrolle der Normeinhaltung, raumscharfes Aufstellen einer Nutzungsanforderung, Anstreben einer wirtschaftlichen Lösung mit Blick auf die späteren Betriebskosten – wird auch die Funktion des Bauherrn durch das Land Baden-Württemberg, vertreten durch Vermögen und Bau, Amt Freiburg, wahrgenommen. Dies ist für die weiteren Festlegungen wichtig, denn die Verantwortung für den Neubau liegt damit in einer Hand. Und auf dieser Basis wird voraussichtlich das künftige Betriebsmodell aufgebaut werden: Die Stadt Freiburg wird sich voraussichtlich einmieten, nicht Miteigentümer werden.

3) Das Archiv mit seinen Inhalten definieren

Mit der Definition des Archivs und seiner Inhalte beginnt ein entscheidender Teil der Arbeit, die von beiden Partnern, den Planern und den Nutzern, aktiv im Hinblick auf das Gegenüber geleistet werden muss. Denn hier gibt es a priori keine gemeinsamen Sachwortschätze und damit keine Verständigungsbasis; diese muss erst geschaffen werden. Da stehen archivische Begriffe wie Kassation, Klimakonstanz, Kölner Modell, Steh OPAC neben Begriffen aus Architektur und Betriebswirtschaft wie Nutzungsanforderung, Bedarfsbemessung, Funktionsbereich, Kostenflächenart. Es ist unabdingbar, die Begriffe zu klären und so zu einer gemeinsamen Sprache zu kommen.

Die Aufgaben des Archivs sind genau zu definieren. Das Zitat eines Archivleiters *Die meisten wissen nicht, was sie genau machen* ist zu widerlegen, und zwar in Bezug auf den Status quo und prospektiv: Zu klären ist, welche Aufgaben heute wahrgenommen werden – und welche in Zukunft wahrgenommen werden sollen. Ändern sich

durch neue Aufgaben die Arbeitsabläufe – und wenn ja, wie? Die personelle Situation des Archivs ist darzustellen und eine Prognose über deren Entwicklung ist zu erarbeiten. Es ist danach zu fragen, wie ein Archiv aus der Sicht des Publikums optimal organisiert werden könnte. Was bedeutet es, neue Medien zu übernehmen, zu konservieren, aufzubewahren und zu vermitteln? Der Lauf des Archivguts im Haus ist generell zu beschreiben. Etc., kurz: Das Idealbild eines Archivs ist zu entwerfen. Dabei sollten bisherige Abläufe und eingeschliffene Gewohnheiten hinterfragt und objektneutral beschrieben werden. So entsteht eine Basis, um die Arbeitsbereiche zu optimieren, so kann definiert werden, was wirklich gebraucht wird.

Dabei hilft eine Bestandsaufnahme des Archivs. Alle Räume und das Archivgut müssen erfasst werden. Erst damit und mit einer Aussage über die Entwicklung des Magazinbestands kann eine klare Aussage über Größe und Funktion eines Neubaus gemacht werden. In diesen Arbeitsschritt ist Zeit und Aufwand zu investieren. Hier wird definiert, was später im Neubau realisiert werden soll. Die Aussagen, die hier gemacht werden, haben den größten Einfluss auf die Funktionalität des Neubauprojekts und die Kosten von Bau und Betrieb.

Die gemeinsame Sprache musste in der Arbeitsgruppe Verbundarchiv Freiburg nach und nach gefunden werden. Unklare Begriffe wurden geklärt, teilweise mussten neue Begrifflichkeiten gesucht werden. Der Begriff *Bibliothek* sorgte für Unklarheit, denn die Archivare verstanden etwas anderes darunter als der Planer. Durch die Diskussion über die Funktionen der Bibliothek(en) konnte geklärt werden, dass eine interne *Magazinbibliothek* für Mitarbeiter und eine *Freihand-*

bibliothek im Lesesaalbereich für Nutzer vorzusehen waren. Schwierig war überdies, dass die drei Archive die Bibliothek unterschiedlich nutzen. Aussagen über zukünftige Entwicklungen sind immer schwierig und problematisch, da sich Anforderungen ändern können und aufgrund vieler unbekannter Größen Annahmen getroffen werden müssen, ausgehend vom heutigen Wissensstand. So sind die Auswirkungen der neuen Medien auf die Arbeitsabläufe nicht scharf vorhersehbar. Grenzen der neuen Medien können jedoch bereits heute beschrieben werden. So ist nicht von einer kompletten Digitalisierung der Bestände auszugehen. In Bezug auf die personelle Entwicklung wurde die sogenannte Effizienzrendite in die Kalkulationen einbezogen. Denn auch die Freiburger Archive sind vom allgemeinen Personalabbau betroffen; Aussagen hierzu sind bereits aus heutiger Sicht möglich.

Anhand der vorliegenden Daten konnten Aussagen über die Eigenschaften und Bedürfnisse der Nutzer, des Publikums gemacht werden. Wichtig für die periphere Infrastruktur war, wie diese zum Archiv gelangen, mit dem Auto oder mit dem öffentlichen Nahverkehr.

Gemeinsam wurde ein optimaler Lesesaal entwickelt. Dabei wurden Beleuchtung, Raumtiefe und Möblierung spezifiziert.

Auch die Anlieferung des Magazinguts wurde analysiert. Die Abläufe bei der Anlieferung wurden abgeglichen und beschrieben. Da Teile des angelieferten Materials aussortiert (kassiert) werden, war die Entsorgung dieser Materialien mit zu planen.

Sehr intensiv wurden auch die Magazinräume diskutiert. Da diese im Verbund gemeinsam genutzt werden sollen, mussten Gemeinsamkeiten und Unterschiede erst herausgefunden werden. Neben den allgemeinen Magazinräumen wurden

Freiburg, Verbundarchiv		Verbundarchiv (Neubau, Fahrregale)									
Verbundarchiv Freiburg											
Öffentlicher Bereich: Lesesaal mit Freihandbibliothek, Vortragsraum und Ausstellung											
Raumnr.	Organisationseinheit / Raum- / Sammlungsbezeichnung	Freihandbereich					Flächenfaktor (FF) ¹⁾	Fläche (Einheit x FF) m ²	Synergie	Flächenfaktor (FF) ¹⁾	Fläche (Einheit x FF) m ²
		Lesesaal-/Freihandbereich									
		Anzahl LA	Anzahl SA	Anzahl UA	Summe 3 x NAF	Anzahl gem. NAF					
1.03	Lesesaal										
1.03. UA 01	Lesesaal (ohne Buchstellfläche)										
u.a	Normaler Leseplatz	15	16	8	39	28	2,50	70,00	-11	2,50	-27,50
	Katalogschränke à 36.000 Kästen	0	5	0	5	5	3,50	17,50	0	3,50	0,00
	Steh-OPAC	0	0	0	0	0	1,50	0,00	0	1,50	0,00
	Sitz-OPAC	15	2	2	19	10	4,00	40,00	-9	4,00	-36,00
	Carrel-Anordnung	0	0	0	0	0	0,00	0,00	0	0,00	0,00
	Schreib- / Denkkzelle (Mikrofilm)	0	0	1	1	0	5,50	0,00	-1	5,50	-5,50
	Sonderleseplatz /Karten	0	1	1	2	1	5,00	5,00	-1	5,00	-5,00
	Denkkzelle für Film und Videobetrachter	0	0	1	1	0	5,50	0,00	-2	5,50	-5,50
	Technischer Lesesaal	36,25 m²	16,50 m²	0,00 m²	52,75 m²	36,25 m²		36,25	-16,50 m²		-16,50
	Summe Lesesaal							168,75			-96,00
Raumnr.	Organisationseinheit / Raum- / Sammlungsbezeichnung	Freihandbereich					Flächenfaktor (FF) ¹⁾	Fläche (Einheit x FF) m ²	Synergie	Flächenfaktor (FF) ¹⁾	Fläche (Einheit x FF) m ²
		Lesesaal-/Freihandbereich									
		Fläche LA	Fläche SA	Fläche UA	Summe 3 x NAF	Fläche gem. NAF					
B	Freihandbibliothek im Lesesaal										
1.03. UA 02	Bestand zum 30. Sept. 2006 Freihandbibliothek (im Lesesaal)	13	10	16,9	39,9	27,93		27,93	-11,97		-11,97
	Summe Freihandbibliothek							27,93			-11,97
	Summe Lesesaal mit Freihandbibliothek							196,68			-107,97
Synergie Lesesaal		Nutzungsanforderung, November 2008					Seite 1 von 1				

Bestandsaufnahme der Magazine des Landesarchivs Baden-Württemberg als Beispiel. Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg StAF.

schließlich Sonderräume vorgesehen, die nur von einem Archiv genutzt werden.

In den drei Freiburger Archiven wurden Bestandsaufnahmen durchgeführt. Dabei wurden die Zuwächse der Magazinbestände in Fünfjahres-schritten errechnet und dargestellt, woraus sich wiederum jährliche Zuwachsraten ergaben. Diese konnten prolongiert werden, ein Blick in die Zukunft wurde so möglich. Diese Aussagen über die zukünftige Entwicklung der Magazinbestände

sind nun maßgebend für die Größe des geplanten Neubaus.

Mit der Hinterfragung aller Abläufe wurden die Archivare ermuntert, sich über die gegenwärtigen und zukünftigen Abläufe in ihrem Archiv Gedanken zu machen. Ziel war es, über die Beschreibung der beiden Situationen wegzukommen von den heute teilweise suboptimalen und provisorischen Zuständen hin zu möglichst effizienten und nachhaltigen Abläufen.

4) Dem Planer Informationen über das Archivwesen zur Verfügung stellen

Es gibt kaum Architekturfachliteratur über Archive. So sind etwa die Anforderungen an Magazine nirgends klar definiert. Nutzungsanforderungen und spezielle technische Anforderungen von Archiven für das Baufach sind nirgends publiziert. Wie ein Archiv funktioniert, ist den meisten Planern deshalb weitestgehend unbekannt.

Für das Verbundarchiv Freiburg war die Publikation der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg *Anforderungen an Archivgebäude und für Archivzwecke genutzte Räumlichkeiten* sehr hilfreich. Diese ist jedoch öffentlich nicht verfügbar, sondern nur über das Landesarchiv erhältlich. Für nichtstaatliche Archive und deren Architekten ist diese Broschüre nicht greifbar. Inzwischen liegt

eine Publikation über Archivbauten in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein vor.¹ Neben der Beschreibung sehr schöner Archivneu- und -umbauten in diesen Ländern sind im Anhang die Anforderungen an Archive und deren Magazine zusammengestellt. Es ist wichtig, den Architekten solche Informationen zur Verfügung zu stellen. Zudem sollte nach real existierenden Beispielen guter moderner Archive Umschau gehalten werden. Im Rahmen des hier beschriebenen Projekts wurde etwa das Erzbischöfliche Archiv Freiburg besichtigt. Es handelt sich um einen neuen Archivbau mit klimakonstanten Magazinen.

Eine Aufgabe der Arbeitsgruppe bestand darin, zu untersuchen, ob ein bestehendes Parkhaus an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg den Anforderungen eines Archivs entsprechen könnte. Die speziellen Anforderungen, die sich aus



Umnutzung Parkhaus: eine Entwurfsidee von Kristina Barkowski; Bearbeitung des Themas „Akten parken“ (Umbau des Parkhauses) an der Universität Karlsruhe (TH), Fakultät Architektur, im Rahmen einer Seminar- und Entwurfsarbeit bei Professor Dr. M. Arch. Peter Fierz, Sommersemester 2006.

Vorlage: Akten parken, Archivieren – Dokumentieren – Präsentieren, Umstrukturierung des Parkhauses West der PH zum Verbundarchiv Freiburg, Herausgegeben vom Institut für Baugestaltung, Baukonstruktion und Entwerfen I, Professor Peter Fierz, S. 63.

einer Umnutzung ergeben, wurden erarbeitet und dargestellt. Prinzipiell wäre eine Umnutzung des Parkhauses in ein Archiv möglich. Die weitere Verfolgung der Idee scheiterte aber letztendlich an der mangelnden Wirtschaftlichkeit.

Parallel konnte die Umnutzung Parkhaus als Seminararbeit an der Universität Karlsruhe von Studenten bearbeitet werden. Die Aufgabe für die Studenten bestand zum einen darin, ein bestehendes Archivgebäude zu analysieren und dieses in Form eines Referats zu präsentieren, zum anderen hatten sie eine Entwurfsidee zur Umnutzung des Parkhauses zu entwickeln. Beide Ergebnisse sind in einer Broschüre des Lehrstuhls Baukonstruktion und Entwerfen der Universität Karlsruhe publiziert.

Um die Untersuchungen auf dem Gelände des Parkhauses abzurunden, wurde das Thema Archivneubau als Diplomaufgabe an der Hochschule für Technik, Stuttgart, bearbeitet. Gegenstand dieser Aufgabenstellung war die Planung eines Archivneubaus anstelle des Parkhauses.

Durch diese Studentenarbeiten konnte die Bandbreite der Möglichkeiten für einen Neubau aufgezeigt werden. Der Hunger nach einem Neubau für ein Verbundarchiv wurde geweckt.



Neubau Verbundarchiv: eine Entwurfsidee; Bearbeitung des Themas „Verbundarchiv Freiburg“ (Neubau anstelle des Parkhauses) an der Hochschule für Technik Stuttgart im Rahmen einer Diplomarbeit bei Professor Gerd Gassmann, Wintersemester 2006/07. Vorlage: Hochschule für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur und Gestaltung.

5) Eine Nutzungsanforderung erstellen

Wie gesagt, ist für jeden Neubau ist eine Nutzungsanforderung zu erarbeiten. Dabei ist jeder Raum zu erfassen und zu beschreiben. Neben einer tabellarischen Erfassung der Nutzflächen mit Darstellung der unterschiedlichen Flächenarten ist die Darstellung in einer Flächenmatrix sinnvoll, um Externen die Abläufe und Zusammenhänge schneller deutlich zu machen.

Alle Planungsprozesse sind verbindlich mit den Beteiligten abzustimmen. Die Genehmigungsverfahren müssen vorab geklärt und abgesprochen sein. Die Entscheidungsträger in den einzelnen Gremien sind rechtzeitig mit einzubeziehen. Das Projekt ist finanziell in den Haushalt einzutakten. Die Mittel müssen rechtzeitig beantragt werden, damit das Projekt auf den Entscheidungsweg des Haushaltsgesetzgebers kommt.

Für die drei Archive in Freiburg wurde jeweils eine raumscharfe Nutzungsanforderung aufgestellt. Zu beachten war, dass durch das Referat für Grundlagenermittlung in der Betriebsleitung Stuttgart einheitliche Maßstäbe für die Raumgrößen vorgegeben wurden. Diese Maßstäbe gelten in der gesamten Vermögens- und Bauverwaltung des Landes Baden-Württemberg.

Anhand von Flächenfaktoren konnte der Magazinbestand, der in Regalmetern angegeben war, auf die Fläche in Quadratmetern umgerechnet werden. Für Sonderräume wie Kartenlager oder Werkstätten wurden Möblierungspläne erstellt, um den Flächenbedarf aufzuzeigen und zu begründen.

Durch die Bestandsaufnahme, die Beschreibung der Abläufe und durch die raumscharfen Nutzungsanforderungen konnten die Schnittmengen und die Unterschiede zwischen den drei Archiven

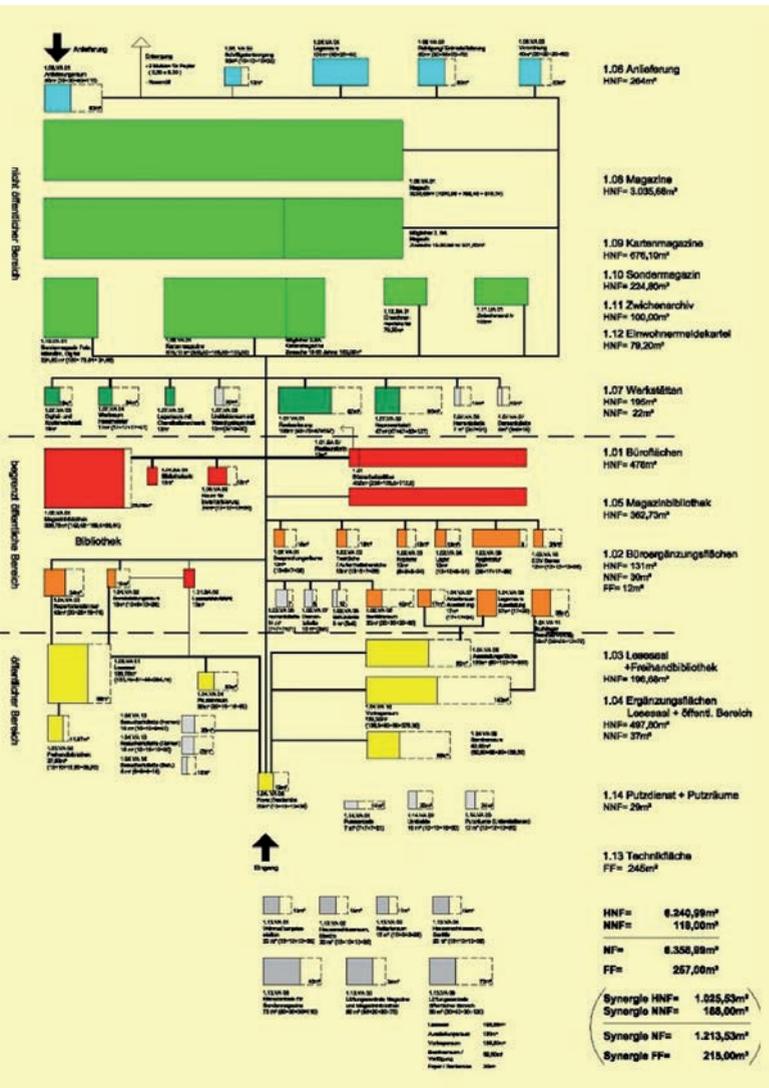
aufgezeigt werden. Die drei Archive mussten ihre eigenen Abläufe hinterfragen und dann untereinander abstimmen. Erst so wurde es möglich, die Synergien aufzuzeigen, die mit einem Verbund erzielt werden könnten.

Als Beispiel für die Einzelbemessung und den Abgleich der drei Archive kann der Lesesaal dienen. Für jedes Archiv war anhand der Besucherzahlen und der Nutzungshäufigkeit darzustellen, wie hoch der Bedarf an Plätzen im Lesesaal zukünftig sein würde. Erst nach Vorliegen der begründeten Einzelforderungen war es möglich, die gemeinsam genutzten Bereiche darzustellen und die durch die Zusammenlegung zu erzielenden Synergien aufzuzeigen. Neben dem Flächenabgleich zeigte hier vor allem der Zeitfaktor synergetische Wirkung: Nicht alle drei Archive werden zur selben Zeit gleich stark genutzt.

Die Synergien sind der hauptsächliche Vorteil eines Verbunds. Entsprechend wichtig ist es, diese sauber und deutlich zur Darstellung zu bringen. Müssten die drei Archive einzeln gebaut werden, wären deren Realisierungschancen sehr viel geringer.

Die Nutzungsanforderung wurde tabellarisch aufgearbeitet als Nachweis für die raumscharfe Bemessung. Anhand dieser Tabelle können die einzelnen Raumgrößen begründet werden. Um die internen Abläufe und Zusammenhänge darzustellen, wurde zudem eine maßstabsgetreue Funktionsmatrix erstellt. Für die Umsetzung der Nutzungsanforderung in eine konkrete Planung ist diese Matrix von großer Bedeutung. Den Teilnehmern des geplanten Architektenwettbewerbs kann so sehr schnell deutlich gemacht werden, wie das Raumgefüge im Verbundarchiv angeordnet werden soll.

In der Matrix werden der nicht öffentliche Bereich mit Anlieferung, Magazinen und Werk-



Funktionsmatrix.
 Vorlage: Vermögen und Bau Baden-Württemberg,
 Freiburg im Breisgau.

schnell deutlich, in welchen Teilbereichen verbundbedingte Synergieflächen entstehen.

Die Berechnung der Baukosten erfolgte anhand der Richtlinien für Baukostenplanung (RBK), die in der baden-württembergischen Bauverwaltung gelten. Die Stärke dieses Verfahrens besteht darin, dass Flächen mit Kostenwerten hinterlegt werden können. Durch die exakte Beschreibung der Nutzung eines Raums kann somit dessen Fläche einem Kostenwert zugeordnet werden. Anhand von Erfahrungswerten, die ebenfalls im RBK-Katalog hinterlegt sind, ist eine sehr genaue Berechnung der Kosten bereits anhand von Programmflächen möglich. Mittels dieses Verfahrens wurden die Kosten der drei Einzelarchive sowie des Verbundarchivs ermittelt. Die proportionale Verteilung der Gesamtbaukosten konnte so nachvollziehbar dargestellt werden. Zudem war es möglich, auch die Synergieflächen mit Kostenwerten zu hinterlegen und so darzustellen, wie hoch die Einsparungen durch die Zusammenlegung der drei Archive in einen Verbund sein würden.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Realisierung des Projekts war ein Termin im Finanzministerium Baden-Württemberg, an dem alle beteiligten Entscheidungsträger teilnahmen. Die bisherigen Planungsschritte wurden erläutert. Die Nutzungsanforderungen wurden diskutiert und genehmigt, wobei die formale Genehmigung noch vollzogen werden muss. Die weiteren Schritte wurden diskutiert und festgelegt.

Nachdem die Umnutzung des Parkhauses nicht mehr weiterverfolgt wurde, wurde in Freiburg nach alternativen Standorten gesucht. Der Vorschlag, das Verbundarchiv am Behördenstandort Bischofslinde anzusiedeln, wurde von allen Beteiligten begrüßt. Ein Vorteil dieses Standorts ist

die verkehrstechnische gute Erschließung. Eine Straßenbahnhaltestelle befindet sich in unmittelbarer Nähe. Das Verbundarchiv soll zudem an einer städtebaulich markanten Stelle platziert werden, sodass es von der Straße aus sichtbar ist. Es ist wichtig, dass sich das Archiv den Bürgern zukünftig als markanter Bau präsentiert.

Ein weiterer Schritt wird nun sein, alle drei Verbundpartner vertraglich ins Projekt einzubinden. Zu diesem Zweck ist eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Freiburg zu erstellen. Geplant ist, Anfang 2009 einen Architektenwettbewerb durchzuführen, um die beschriebene Nutzungsanforderung in ein konkretes Projekt umzusetzen. Die Konkretisierung steht also unmittelbar bevor.

Die dargestellten Ergebnisse sind das Resultat intensiver Arbeit, die nötig ist, um einen Archivneubau inhaltlich stabil zu beschreiben. Die weiteren Schritte werden nun darin bestehen, den geplanten Neubau baulich umzusetzen.

Anmerkung

¹ Archivbauten in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein 1899–2009. Hg. von Anton Gössi unter Mitarbeit von Gregor Egloff und Max Huber. Baden 2007.

PAUL VOGT

Vermittlung zwischen Tradition und Moderne

Der Neubau des Liechtensteinischen Landesarchivs in Vaduz

Regierungsgebäude: Peter-Kaiser-Platz 1.

Landesarchiv: Peter-Kaiser-Platz 2.

Landtagsgebäude: Peter-Kaiser-Platz 3.

Die drei Adressen sind ein erster Hinweis, dass das neue Landesarchiv an einem prominenten Standort entsteht: mitten im neu gestalteten Regierungsviertel – in der *Liechtensteiner Mitte*, wie der Architekturkritiker Benedikt Loderer formulierte. Dass ein Archiv einen so zentralen Standort erhält, ist eher ungewöhnlich, es zeigt aber, dass man in Vaduz bestrebt ist, Wirtschaft, Kultur und Politik miteinander zu verbinden und dies auch städtebaulich sichtbar zu machen. Der Leitgedanke der Politiker ist, die Attraktivität des Hauptorts – von einer Hauptstadt spricht hierzulande niemand – zu erhöhen. Vaduz soll attraktiver werden, nicht nur als Wirtschaftsstandort, sondern auch als kulturelles Zentrum, als Ort zum Flanieren und zum Shoppen.¹ Dabei kommt im Kleinstaat auch dem *Nationalarchiv* eine wichtige Rolle zu, definieren sich doch das liechtensteinische staatliche Selbstverständnis und die gesellschaftliche Identität zu einem wesentlichen Teil über die eigene Geschichte. Das Landesarchiv erbringt dabei wie keine zweite Institution den Nachweis einer eigenen und einzigartigen Geschichte und Kultur.



Das historische Amtsviertel um 1800, oben Schloss Vaduz, unten die herrschaftlichen Gebäude mit St. Florinskapelle und Hofkaplanei.

Vorlage: Gemeindearchiv Vaduz.

Das historische Amtsviertel

Wer die Besonderheiten dieses Standorts erkunden will, muss sich auf seine Geschichte einlassen. Am südlichen Ortsausgang von Vaduz entwickelte sich seit dem Spätmittelalter das historische Amtsviertel. Das Schloss Vaduz thronte – und thront – auf einem markanten Felsen hoch über dem Dorf, darunter befanden sich die Amtskanzleien, die Beamtenwohnungen, die Kapelle, die Bauten der Hofkaplanei usw. Für die Beamten gab es einen steilen Fußweg zum Schloss hinauf.

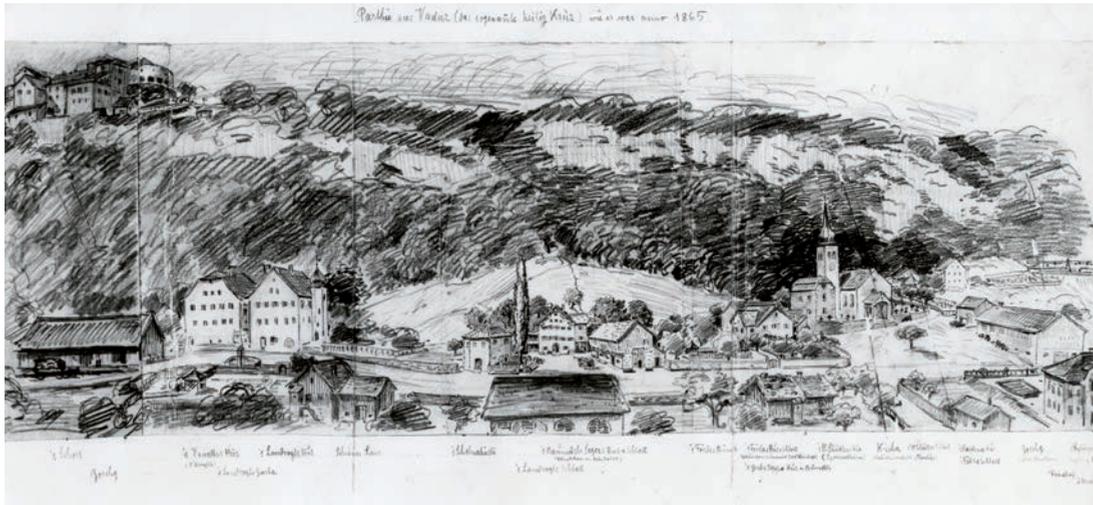
Die heute noch bestehenden Bauten im alten Amtsviertel sind längst unter Denkmalschutz gestellt, weshalb sie in die Neugestaltung des Regierungsviertels einbezogen werden mussten. Ein paar kurze Anmerkungen zu den wichtigsten Gebäuden – von Norden nach Süden – sind deshalb angebracht:²

- Landesmuseum: Die ältesten Bauteile wurden dendrochronologisch auf das Jahr 1438 datiert; über die ursprüngliche Nutzung des Gebäudes ist nichts bekannt. Ab dem 16. Jahrhundert wurde das Gebäude wohl als Taverne und Hauptzollstation verwendet, 1856–1905 als Regierungs- und Amtsgebäude, ab 1970 als Landesmuseum.
- Verweserhaus: Seine Ursprünge werden im 12.–14. Jahrhundert vermutet. Seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert diente es als Amtshaus und Wohnsitz des Landvogts (bzw. 1848–1918 des Landesverwesers). Seit 2003 ist es ein Teil des Landesmuseums. Die historisierende Fassade mit Elementen der Neorenaissance stammt von einem Umbau in den Jahren 1893–1895.
- Regierungsgebäude: 1903–1905 nach Plänen des fürstlichen Architekten Gustav von Neumann, Wien, in historisierendem Stil mit neo-

barocken Elementen erbaut. An gleicher Stelle stand zuvor ein herrschaftlicher Hof.

- Rheinbergerhaus: Erbaut Mitte des 16. Jahrhunderts als Amtshaus und Wohnung des Rentmeisters. Der Komponist Josef Gabriel Rheinberger, dessen Vater Rentmeister war, wurde 1839 hier geboren. Seit einem Umbau im Jahr 1969 Sitz der Verwaltung der Liechtensteinischen Musikschule.
- Schädlerhaus: 1872–1874 wurden die Sankt-Florins-Kapelle und der sogenannte *Tschaggaturm*, ein herrschaftliches Turmhaus, abgerissen. Beide Gebäude gingen vermutlich ins Mittelalter zurück. An gleicher Stelle entstand 1872/73 das *Schädlerhaus* im klassizistischen Stil – mit einer nachträglich verglasten Veranda im Chalet-Stil. Benannt wurde das Gebäude nach den Besitzern, einer prominenten Arzt- und Politikerfamilie.
- Altes Pfarrhaus: Wohl 1753/54 als *Untere Hofkaplanei* an der Stelle eines älteren Pfundbaus erstellt. Das um 1900 umgebaute Gebäude diente bis 1969 als Pfarrhaus.
- Pfarrkirche St. Florin: Die 1869–1873 erbaute neugotische Kirche gilt als *kleines Meisterwerk*³ des Wiener Dombaumeisters Friedrich von Schmidt.

Die erwähnten Bauten bilden den historischen Kern des Regierungsviertels. Um sie herum musste das Neue gestaltet werden. Zum Verständnis des Orts trägt auch bei, wenn man kurz die verschwundenen Gebäude und Plätze erwähnt, die nur noch in der Erinnerung existieren. Vor der alten Sankt-Florins-Kapelle befand sich der historische Gerichtsplatz, wo bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Landammannwahlen der oberen Landschaft durchgeführt wurden. Unter der Linde, die auf diesem Platz stand, tagte bis ins 16. Jahrhundert das Zeitgericht.



Das Amtsviertel um 1860, links die ehemalige Taverne und die Landvogtei, rechts die St. Florinskappelle, davor der Wahlplatz für die Landammännerwahlen. Vorlage: Fürstliche Sammlungen, Vaduz.

Nördlich des heutigen Landesmuseums wurde 1866/67 das sogenannte Ständehaus als erstes Parlamentsgebäude errichtet. Dieses wurde 1970 gesprengt, da an dieser Stelle ein Kunsthaus entstehen sollte. Bis vor Kurzem klaffte dort eine Baulücke, die im Sommer 2008 durch ein *Visitor Center* von Liechtenstein Tourismus, einen als Provisorium gedachten Holzbau, geschlossen wurde. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befand sich die 1853/54 errichtete Volksschule in klassizistischem Stil. Auch sie wurde 1970 abgebrochen, um einem neuen Verwaltungsgebäude Platz zu machen.

Konservativismus bei öffentlichen Bauten

Seit wann die Vaduzer den Ortsteil zwischen dem *Vaduzer Hof* und dem Regierungsgebäude

als *Städtle* bezeichnen, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Der erste Beleg stammt aus dem Jahr 1801.⁴ Sicher ist, dass das Städtle bis in die jüngste Zeit jedes städtische Flair vermissen ließ und, was die Architektur betrifft, zunehmend heterogen wurde. Bei Besucherinnen und Besuchern hinterließ dieses Dorf keinen bleibenden Eindruck. Außer dem Schloss auf dem Felsen und dem Regierungsgebäude gab es kaum Ansichtskarten mit Gebäudemotiven aus Vaduz. Nicht selten fragten Touristen mitten im Städtle: *Wo geht es denn hier zum Zentrum?*

Die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts errichteten öffentlichen Bauten dienten auch der Repräsentation, der Darstellung eines erwachten staatlichen Selbstbewusstseins. Die Planer und Erbauer orientierten sich stilistisch an ausländischen Vorbildern aus der Vergangenheit – wohl in der Hoffnung, damit die staatspolitische Be-

deutung der Gebäude zu unterstreichen. Zu erwähnen sind etwa die *Alte Post*, ein Gebäude, das vermutlich aus dem 18. Jahrhundert stammt, 1903 umgebaut wurde und dabei die heutige neubarocke Fassade erhielt; dann das bereits erwähnte Regierungsgebäude von 1905 sowie das Vaduzer Rathaus von 1932/33 in späthistorischem Stil nach Plänen des Architekten Franz Roeckle, Vaduz/Frankfurt am Main. Aufgeschlossener für die Moderne zeigten sich übrigens die beiden in Liechtenstein lebenden deutschen Architekten Ernst Sommerlad, Vaduz, und Erwin Hinderer, Schaan, doch erhielten sie keine staatlichen Aufträge.⁵ Ihr Metier war der Villenbau, wofür sich in den entstehenden Villenvierteln von Vaduz und Schaan einige Gelegenheiten boten. Immerhin konnte Erwin Hinderer im Auftrag einer englischen Lotteriegesellschaft 1933 den sogenannten Engländerbau realisieren, der 1944 vom Land Liechtenstein gekauft wurde. Dieser Bau gilt als der erste moderne Bau im Städtle.

Der architektonische Konservatismus hielt auch nach dem Zweiten Weltkrieg vorerst an. Der Neubau der Liechtensteinischen Landesbank, in unmittelbarer Nähe zum Regierungsgebäude, war *in purifiziertem Heimatstil* gehalten. Nach Meinung des Architekturkritikers Roman Hollenstein sollte er mit seinen bodenständigen Arkaden auf die Sicherheit des sich entwickelnden Bankplatzes hinweisen.⁶

Von der Bodenständigkeit zur urbanen Vision

Vaduz ist ein Dorf geblieben – aber ein *Global Village*. Die Einwohnerzahl stagniert seit längerer Zeit bei etwa 5000, die Zahl der Arbeitsplätze hingegen steigt kontinuierlich an (2006: 8500).

Bereits in den 1930er-Jahren wurde die Äulestraße ausgebaut, die parallel zur historischen Landstraße durch den westlichen Teil des Städtles führt. Ortsbaulich wurde damit eine Ausweitung des Zentrums eingeleitet: Seit den 1960er-Jahren schießen links und rechts der Äulestraße Bank- und Bürobauten unterschiedlicher Architekturqualität aus dem Boden.

Erst ab 1970 begann sich architektonisch der Modernismus durchzusetzen. Im Süden von Vaduz entstanden große Zweckbauten. Im Städtle wurden vereinzelt wertvolle historische Bauten abgerissen, was aus denkmalpflegerischer Sicht sehr bedauerlich ist. Sie sollten wichtigen Neubauten der öffentlichen Hand Platz machen, so vor allem einem Kunsthaus und einem Post- und Verwaltungsgebäude. Ein bleibendes Verdienst des Landesplaners und späteren Hochbauamtsleiters Walter Walch ist sicher, dass in diesen Jahren damit begonnen wurde, für alle wichtigen öffentlichen Bauten internationale Architekturwettbewerbe durchzuführen. Damit wurde ein entscheidender Beitrag zur Förderung der Qualität der Architektur in Liechtenstein geleistet.

Die Vision eines Vaduzer Städtles mit urbanem Charakter und Charme bestand vorerst nur in den Köpfen einiger weniger Planer. Politiker sprachen vorerst lieber über den lebenswürdigen Kleinstaat in ländlicher Umgebung. Orts- und Raumplanung ist in Liechtenstein bis heute suspekt – jeder politische Vorstoß zur Schaffung eines Raumplanungsgesetzes scheiterte bisher. Entsprechend schwer taten und tun sich die Gemeinden bei der Gestaltung der Ortsbilder. Vaduz ließ lange Zeit – und teilweise auch heute noch – den Zentrumscharakter vermissen, es fehlte ein Ort, der mit seiner architektonischen Geschlossenheit ein Gefühl von Bedeutung vermittelte. Die

in den letzten Jahren erstellten, teilweise qualitativ hochstehenden Neubauten sind Solitäre – überzeugend in Materialisierung, Form- und Farbgebung, aber ohne Zusammenhang mit der historisch gewachsenen Umgebung. Die Urteile ausländischer Architekturkritiker fielen deshalb mitunter hart aus. Kritisiert wurden die fehlende Urbanität, die Baulücken in den Häuserreihen, die nach wie vor zu geringe Verdichtung im Zentrum – und vor allem die überdimensionierten, amerikanisch anmutenden Parkierungsflächen, die *Parkplatzeinöde*, wie der Vaduzer Bürgermeister Karlheinz Ospelt 2001 selbstkritisch anmerkte.⁷ Das Problem war erkannt, es wurde auch an Lösungen gearbeitet, aber die Realisierung beansprucht Jahrzehnte. Bereits 1975 wurde beispielsweise ein zentrales Parkhaus eröffnet, doch steht dieses auch heute noch zu einem großen Teil leer, da es außerhalb mehr als genug Parkmöglichkeiten gibt. Doch nach und nach verschwinden die störenden oberirdischen Parkplätze – seit Jahren werden bei Neubauten im Zentrum unterirdische Parkgaragen errichtet. Damit verschwindet sukzessive ein Teil des ruhenden Verkehrs aus dem Straßenbild.

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Entwicklung eines Städtles mit urbanem Charakter war die Einrichtung einer Fußgängerzone im Jahr 1998. Die historische Landstraße wurde autofrei; nur noch Anwohner, Hotelgäste und Lieferanten dürfen sie befahren. Der Durchgangsverkehr wurde auf die neu gestaltete Äulestraße verlegt, eine Avenue im Taschenformat. Entlang der früheren Landstraße machen sich nun Restaurants, Straßencafés und Geschäfte breit. Dem städtebaulichen Wunsch nach einer Flaniermeile folgend, entstanden zwischen den Neubauten auch Innenhöfe, die durch Fußgängerwege verbunden

sind. Und schließlich: Städtisches Flair sollen auch die in der Fußgängerzone positionierten Skulpturen von in- und ausländischen Kunstschaffenden vermitteln.



Vaduz im Jahr 2000, hinter dem Landesmuseum wurde mit dem ersten Teil der Hangfußbebauung begonnen.
Vorlage: Hochbauamt Vaduz.

Der steile Aufstieg des Bank- und Treuhänderplatzes schlug sich in einer regen Bautätigkeit nieder. Auch wenn in der Architektur vorerst Anonymität und Beliebigkeit dominierten, so gibt es doch einzelne hervorragende Bauten. Eine Reihe von Bürohäusern entlang der Äulestraße setzten städtebauliche Akzente. Besonders hervorzuheben sind das funktionale Post- und Verwaltungsgebäude von 1976 nach Plänen von Franz Marok, Mauren/Fürstentum Liechtenstein, und der Neubau der Liechtensteinischen Landesbank von 1991–1994 nach Plänen der Architekten Toni Bargetze und Partner, Triesen/Fürstentum Liechtenstein. Gar als Spitzenwerk moderner Architektur gilt das neue Gebäude der Centrumsbank aus dem Jahr 2001 nach Plänen des Wiener Architekten Hans Hollein.

Kulturmeile als Vision

Mit dem zunehmenden Erfolg des Bankplatzes wuchs der Wunsch, sich nicht einseitig als erfolgreicher Wirtschaftsstandort, sondern auch als attraktiver Kulturplatz zu präsentieren. Das Ständehaus von 1866/67 wurde 1970 abgerissen, da es einem Kunsthaus Platz machen sollte. Seit 1952 wurden im Engländerbau Werke aus den fürstlichen Sammlungen gezeigt. Ende der 1960er-Jahre gab der Landesfürst eine Zusicherung ab, dass er einem noch zu schaffenden liechtensteinischen Kunsthaus bedeutende Kunstwerke aus seiner Sammlung zur Verfügung stellen wollte. Dieses Versprechen stieß auf Widerhall; kurz darauf wurde die liechtensteinische Kunstgesellschaft gegründet. Die Neuwahlen von 1970 führten dann zu einem Regierungswechsel, worauf das erste Kunsthaus-Projekt in einer Schublade verschwand.

Die Idee wurde aber bald darauf wieder aufgegriffen, wobei man nun in größeren Dimensionen dachte. Als neuer Standort war der zentrale Parkplatz mitten in Vaduz gedacht. Der 1977 durchgeführte Architekturwettbewerb wurde vom Münchner Architekten Alexander Freiherr von Branca gewonnen. Ein ausgearbeitetes Projekt wurde in einer Volksabstimmung 1980 zwar knapp angenommen, doch ließ es sich infolge von Querelen nicht realisieren. Damit wurde eine einmalige Chance – eine Jahrhundertchance – vertan: Der Nachfolger von Fürst Franz Josef II., Fürst Hans Adam II., entschied sich in der Folge, ein Palais in Wien zu renovieren und seine reiche Kunstsammlung dort auszustellen. Für viele Kunstfreunde, aber auch für die Raumplaner war das Scheitern des Kunsthausprojekts von Branca eine große Enttäuschung.

Das heutige Kunstmuseum wurde zum überwiegenden Teil privat finanziert und nach seiner Fertigstellung dem Staat geschenkt. Der markante Bau, realisiert 1995–2000, ist ein viel beachtetes Werk der Schweizer Architekten Meinrad Morger, Heinrich Delego und Christian Kerez. Von außen ist es eine *Black Box*, ein schwarzer geschliffener Monolith, von innen ein perfekter *White Cube*.⁸ Ausgestellt werden hauptsächlich Werke der zeitgenössischen internationalen Kunst. Die fürstlichen Sammlungen werden heute wieder in Wien gezeigt; sie sind damit an ihren Ursprung zurückgekehrt.⁹ Für Vaduz bleiben noch Leihgaben aus diesen Sammlungen, die hier in Wechselausstellungen zu sehen sind.



Modell des Projekts von Luigi Snozzi; das Projekt sah ein Gesamtkonzept für die Neubauten Landtag, Landesarchiv und Landesmuseum vor, wurde aber in einer Volksabstimmung 2003 deutlich abgelehnt. Vorlage: Hochbauamt Vaduz.

Das Projekt von Luigi Snozzi – der Masterplan für das Regierungsviertel

Das wichtigste Element der Aufwertung des Vaduzer Städtles bildete die Neugestaltung des Regierungsviertels. Drei wichtige Bauvorhaben sollten in einem großen Wurf realisiert werden: die Neubauten für das Parlament, für das Landesarchiv und für das Landesmuseum. 1987 wurde ein internationaler Wettbewerb durchgeführt, den der Tessiner Architekt Luigi Snozzi gewann. Sein Entwurf überzeugte die Fachleute, hatte aber 1993 in einer Volksabstimmung keine Chance

(80 Prozent Neinstimmen). Benedikt Loderer charakterisierte den Entwurf etwas despektierlich als *antikisierenden Demokratietempel*. Die halbrunde Form des Parlamentsgebäudes hätte seine Funktion (Plenarsaal eines Parlaments) auch von außen gut erkennen lassen. Durch die Nähe und die Stellung zum Regierungsgebäude sollte der Entwurf das gleichberechtigte Nebeneinander von Exekutive und Legislative zum Ausdruck bringen.

Was von Snozzi blieb, ist die Grundidee: Sein Konzept baute auf einer durchgehenden Hangfußbebauung auf, vor der die bereits bestehenden

denkmalgeschützten und die neu zu errichtenden Bauten als Solitäre stehen sollten. Die Hangfußbebauung sollte dem Geländeverlauf folgen und damit ihrerseits einen eleganten, sanften Schwung bekommen. In diesem Teil der Überbauung wären die dienenden Funktionen (Verwaltung, Magazine etc.) untergebracht worden. Städtebaulich bildete die Hangfußbebauung eine große Klammer, die das bewirkte, was zuvor unmöglich schien: Sie schuf einen verdichteten städtischen Raum. Die entstehenden Plätze und Freiräume sollten fußgängergerecht miteinander verbunden werden. Anzumerken bleibt, dass der neu erlassene Überbauungsplan für das Regierungsviertel auf diesem Konzept aufbaut. Er blieb auch nach dem negativen Ausgang der Volksabstimmung rechtsverbindlich und wurde damit zum Masterplan für künftige Planungen.

Eine Bemerkung zu der für das Landesarchiv vorgesehenen Lösung: Die Magazinräume wären im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss in kleinen Kammern aneinandergereiht worden, was wegen der relativ langen Verbindungswege nicht optimal gewesen wäre. Zwischen dem Magazinbereich und den Zonen Archivverwaltung und Benutzung wären die Räume des Landtagssekretariats zu liegen gekommen (auf zwei Geschossen). Die Benutzerzone im obersten Geschoss wäre zweifellos attraktiv geworden.

Schritt für Schritt zum angestrebten Ziel: das neue Landesmuseum

Trotz des vernichtenden Ergebnisses der Volksabstimmung war der politische Wille zur Neugestaltung des Regierungsviertels und damit zur Realisierung der Neubauten für Landtag, Landes-

museum und Landesarchiv nicht abhandengekommen. Das Ergebnis der Volksabstimmung wurde so interpretiert, dass nicht die Neugestaltung des Regierungsviertels an sich, sondern das vorgeschlagene Projekt abgelehnt worden war. Nach den schlechten Erfahrungen mit Volksabstimmungen über weitgediehene Bauprojekte änderte man nun aber das Prozedere: Neu beschließt der Landtag nur noch über die Höhe des erforderlichen Kredits, der aufgrund einer Projektstudie ermittelt wird. Zur Architektur hat das Parlament – und damit das Volk, das nur gegen Parlamentsbeschlüsse das Referendum ergreifen kann – nichts mehr zu sagen. Das Risiko, dass überhaupt ein Referendum ergriffen wird, reduziert sich damit erheblich.

Um das Risiko eines erneuten Scheiterns zu vermindern, wurde für den nächsten Anlauf das Gesamtvorhaben in drei Einzelprojekte aufgeteilt. Als Erstes wurde der Neu- und Erweiterungsbau für das Liechtensteinische Landesmuseum realisiert (1999–2003). Der Architekturwettbewerb (1998) wurde von den liechtensteinischen Architekten Brunhart, Brunner und Kranz, Balzers/ Fürstentum Liechtenstein, gewonnen. Die beiden Altbauten wurden sanft renoviert und den veränderten Bedürfnissen angepasst. Der Erweiterungsbau wurde hinter den beiden Altbauten erstellt. Er bildete den Beginn der von Snozzi vorgeschlagenen Hangfußbebauung, wurde jedoch zu einem erheblichen Teil unterirdisch erstellt und fast vollständig in den Hang integriert. Da auch die Bruchsteinfassade trotz ihrer Eleganz einen konservativen, zurückhaltenden Charakter hat, vermag dieser Neubau keine städtebaulichen Akzente zu setzen und wird trotz seiner beachtlichen Größe wenig wahrgenommen.

Ein zweiter Leitbau für Liechtenstein: das neue Landtagsgebäude

Als zweites Projekt wurde das neue Landtagsgebäude angegangen. Dafür wurde im Jahr 2000 ein internationaler Architekturwettbewerb durchgeführt, der von Hansjörg Göritz, Hannover, gewonnen wurde. Göritz nannte sein Projekt Fortsetzung – eine Fortsetzung der Ideen von Luigi Snozzi, die ihn beeindruckt hatten. Die geschwungene Hangfußbebauung gestaltete er als lang gezogenen, vornehm wirkenden Baukörper, den er Langes Haus nannte. Darin befinden sich die

Büro- und Sekretariatsräume sowie die Sitzungs- und Fraktionszimmer. Vor das Lange Haus stellte er einen markanten Steildachbau mit dem Plenarsaal, das Hohe Haus, das an eine Kirche erinnert. Ein integraler Bestandteil des Konzepts bildet die Gestaltung des Platzes zwischen Landesmuseum und Regierungsgebäude mit dem gleichen gelben Klinkerstein, in dem das Gebäude selbst erstellt wurde. Die einheitliche Materialisierung von Gebäude und Umgebung wirkt in Vaduz sicher ungewohnt: Der Architekt orientierte sich bei seinem Gesamtkunstwerk (Göritz) an Vorbildern in seiner Heimat und in Italien.



Der neue Peter-Kaiser-Platz mit Landtagsgebäude, links das Verweserhaus, rechts das Regierungsgebäude.
Vorlage: Landesarchiv Vaduz.

Der Platz wurde zur Erinnerung an den ersten liechtensteinischen Historiker und Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung (1848) Peter-Kaiser-Platz genannt, ein demokratisches Bekenntnis, denn es gab durchaus Leute, die diesen Platz lieber nach einem Fürsten benannt hätten. Zur Äulestraße hin schließt sich ein kleiner Park an diesen Platz an. Eine überhohe Mauer, wiederum im gleichen gelben Ziegelstein, schirmt Park und Platz vom Verkehr ab. Ein Charakteristikum dieser beeindruckenden Architektursprache sind die strengen geometrischen Formen, die großen, zusammenhängenden Flächen ohne Vorsprünge, die jedoch immer in kleine Flächen unterteilt und damit fein strukturiert werden. Wichtig für den ästhetischen Reiz der Anlage ist die beeindruckende Präzision in der Ausführung, die Qualität des Handwerks.

Die Kritik aus dem Volk an der Architektur, vor allem an der hohen Mauer, war während der Bauphase massiv. Doch sie verstummte seit dem Tag der offenen Tür weitgehend: Tatsächlich wird eine Besichtigung des Platzes und des Landtagsgebäudes zum Erlebnis; die unbestreitbare Eleganz und die vornehmen Materialien beeindrucken die meisten Besucherinnen und Besucher. Der Platz und das Gebäude sind heute ein überaus beliebtes Fotosujet für Touristen. Die elementaren Formen, die Materialität der Baustoffe – Klinker, Eichenholz, Glas –, die streng durchgehaltene Farbigkeit, das Spiel mit dem Licht und den Winkeln ergeben einen in sich stimmigen Komplex. Über Defizite in der Funktionalität einzelner Bauteile, die nur für die ständigen Benutzer erkennbar sind, sieht man hinweg. Einer der Skeptiker war der Architekturkritiker Benedikt Loderer. In der Zeitschrift *Hochparterre* gesteht er: *Mit gehöriger Skepsis bin ich nach Vaduz ge-*

*reist, mit hoher Achtung kam ich wieder.*¹⁰ Göritz ist es gelungen, einen unverwechselbaren städtischen Raum zu schaffen. Loderer dazu: *Die architektonische Geographie im Lande hat einen neuen, zweiten Schwerpunkt. Neben dem Schloss, das über Vaduz allen drohend im Nacken sitzt, ist nun zu seinen Füßen ein demokratischer Merkort entstanden. Der liechtensteinische Landtag schafft es, die eigentümliche doppelte Souveränität des Fürstentums sichtbar zu machen: Der Fürst da oben – das Volk da unten. Das Landtagsgebäude stellt die zweite Gewalt im Lande dar, gehört zur Identität des Kleinstaats, ja stellt sie dar. Hierzulande gibt es nun zwei Leitbauten: das Schloss und das Landtagsgebäude. Identitätsstiftung, war das nicht die ursprüngliche Aufgabe der Architektur? Hier ist es gelungen.*¹¹ Nach einer achtjährigen Planungs- und Bauzeit konnte der Bau Anfang 2008 bezogen werden.

Der Abschluss des Gesamtprojekts: das neue Landesarchiv

Von den ersten Bedarfsabklärungen in den 1980er-Jahren bis zum Bezug im Jahr 2010 wird der Neubau des Landesarchivs die Archivare 25 Jahre beschäftigt haben. Dieser lange Marsch war mit vielen Hoffnungen und Enttäuschungen verbunden. Nach dem Scheitern des Projekts Snozzi in der Volksabstimmung von 1993 mussten die Überlegungen von vorn beginnen. Geprüft wurde unter anderem auch noch einmal die Möglichkeit, das bestehende Archiv aus den frühen 1960er-Jahren zu renovieren und zu erweitern. Dazu wurde eine Studie in Auftrag gegeben. Zusammenfassend nur so viel: Diese Variante hätte viele Nachteile und wenige Vorteile gebracht.

Schon baurechtlich wäre sie ohne Änderung der Bauordnung nicht machbar gewesen. Wirtschaftlich wurde sie verworfen, weil man für eine funktional schlechte Lösung viel Geld ausgegeben hätte. Und vor allem: Ein solches Flickwerk passte nicht in die Vision des neuen Regierungsviertels.

Was nie infrage gestellt wurde, war der Standort. Das Archiv sollte am alten Standort bleiben. Das Argument, das Politiker und Planer wohl am meisten überzeugte, war die Möglichkeit, mit dem Archivneubau die Neugestaltung des Regierungsviertels würdig abschließen zu können. Auch aus archivischer Sicht ist der gewählte Standort attraktiv und bietet bedeutende Vorteile:

- Prominente Lage im Regierungsviertel, hervorragende Visibilität des Archivs.
- Große symbolische Bedeutung des Platzes im Kontext von Regierungs- und Landtagsgebäude.
- Nähe zu den ablieferungspflichtigen Behörden, insbesondere zur Regierung.
- Unmittelbare Nachbarschaft zu wichtigen kulturellen Institutionen des Landes: Landesmuseum, Musikschule, Kunstmuseum, Landesbibliothek.
- Gute Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Ruhige und immissionsarme Lage.
- Gute künftige Erweiterungsmöglichkeiten nach Süden.
- Positive Auswirkungen der Hanglage auf das Raumklima in den Magazinen: konstante Temperaturen zwischen 12 und 14 Grad Celsius im Hang.

Nicht verschwiegen werden sollen, obwohl sie in der Vorbereitungsphase zu wenig evaluiert wurden, die Bedenken in Bezug auf den Standort:

- Das Gebiet ist gemäß Naturgefahrenkarte *mittlerer Gefahr* ausgesetzt: Der Hang steigt hinter dem Gebäude steil an, was Steinschlaggefahr mit sich bringt. Diese wird jedoch nicht für das Gebäude selbst als kritisch beurteilt, sondern für Personen außerhalb. Um diese Gefahr zu eliminieren, wurde die ganze Hangfußbebauung mit einem starken Stahlnetz geschützt und die Situation durch weitere bauliche Maßnahmen abgesichert.
- Die Überschwemmungsgefahr aufgrund von oberirdischen Wassergüssen, Hangrutschungen und Schlammlawinen wird als gering beurteilt. Vorhandene Risiken wurden bei der Planung durch bauliche Maßnahmen minimiert.
- Das Problem, das die meisten Diskussionen auslöste, war die Gefahr von eindringendem Hangwasser im Magazinbereich. Erfahrungsgemäß entstehen in jeder 70 Meter langen und 20 Meter hohen Betonwand Risse, durch die Wasser eindringen kann. Zugezogene Archive plädierten daher für einen separaten, begehbaren Erschließungsgang, der den Magazinbereich von der Außenwand zum Hang abtrennen sollte. Durch die Außenwand eindringendes Wasser würde so nur in diesen Gang gelangen und könnte von dort abgeführt werden. Dies hätte unter anderem zu einer deutlichen Reduktion der Magazinflächen – rund 15 Prozent weniger – geführt. Die Ingenieure waren zudem der Ansicht, dass ein separater Erschließungsgang andere Probleme aufwerfen würde: zum Beispiel Kältebrücken, Lüftung, Kosten etc. Aufgrund eines Gutachtens verzichtete man schließlich auf einen separaten Erschließungsgang, ergriff aber aufwendige technische Maßnahmen, die die Gefahr von eindringendem Wasser minimieren. Ein Restrisiko bleibt aber bestehen.

- Im Landtag gaben vor allem die hohen Baukosten zu reden, die zu einem erheblichen Teil durch die Umgebung bedingt sind: Abtragung von Fels, Stützmauer zur Hangsicherung, aufwendige Vorplatzgestaltung etc.
- Ein Nachteil war sicher auch, dass am vorgesehenen Standort bereits der Altbau des Landesarchivs stand. Dieser Umstand bedingte, dass sämtliche Archivalien für etwa drei Jahre an einen provisorischen Standort verlegt werden mussten.

Architekturwettbewerb 2004

Im Jahr 2002 bewilligte der Landtag mit großer Mehrheit einen Verpflichtungskredit von 31,8 Millionen Schweizer Franken für einen Archiv- und Verwaltungsneubau. Das Referendum wurde nicht ergriffen, und so konnte 2004 ein Architekturwettbewerb durchgeführt werden. Da die Regierung für ihre Mitarbeitenden ebenfalls mehr Platz beanspruchte, wurde der Neubau nicht als reiner Archivbau konzipiert, sondern als Archiv- und Verwaltungsgebäude. Zum international ausgeschriebenen Wettbewerb wurden 35 Architekturbüros zugelassen. 21 davon wurden eingeladen



*Aus der Vogelperspektive präsentiert sich der Bau wie zwei Keile, die auf einem Sockelgeschoss stehen und gegeneinander verschoben sind.
Vorlage: Hochbauamt Vaduz.*

und damit gesetzt, die restlichen 14 Teilnehmenden wurden aus etwa 300 Bewerbern ausgelost.¹² Teilgenommen haben Architekturbüros aus allen deutschsprachigen Ländern. Die Wettbewerbsjury war ebenfalls international zusammengesetzt aus Architekten, Politikern und Archivaren aus Liechtenstein, der Schweiz, Österreich und Deutschland.

Der Jurierung ging eine intensive Vorprüfung der insgesamt 32 eingegangenen Wettbewerbsbeiträge voraus. Verschiedene Fachleute (Archivare, Ingenieure etc.) prüften die Projekte nach folgenden sieben Kriterien:

- Einhaltung der formalrechtlichen Voraussetzungen,
- Einhaltung der planungs- und baurechtlichen Bestimmungen,
- Statik und Sicherheit,
- Umsetzung des Raumprogramms,
- Funktionalität/Betriebskonzept,
- Nachhaltigkeit,
- Bau- und Unterhaltskosten.

Als Sieger ging das Architekturbüro Keller und Brander in Vaduz aus dem Wettbewerb hervor. Für die Planung und Weiterentwicklung des Projekts zeichnen Thomas Keller und Jürgen Fränzer verantwortlich.

Fortsetzung und Metamorphose

Die Fortführung der Hangfußbebauung war eine verpflichtende Vorgabe für alle Wettbewerbsteilnehmenden. Die eingereichten Entwürfe boten eine erstaunliche Vielfalt von Lösungsansätzen. Das Siegerprojekt zeichnet sich durch seine archi-

tektonischen Qualitäten, seine Kompaktheit und seine Funktionalität aus. Das neue Archiv- und Verwaltungsgebäude ist der größte Einzelbau im Regierungsviertel. Er verläuft über sechs Geschosse, ist 70 Meter lang, 14 Meter breit und 20 Meter hoch, davon 17 Meter oberirdisch. Auf der überbauten Fläche von 990 Quadratmetern werden 3850 Quadratmeter Nutzfläche – ohne Haustechnik – realisiert.

Innerhalb des Gebäudes werden verschiedene Zonen gebildet und klar voneinander abgegrenzt:

- Öffentlicher Bereich/Benutzerzone: Empfang, Benutzerraum, Seminarraum, Film-/Fotostelle,
- Halböffentliche Archivverwaltung: Büros, Akzessionsraum, Mikrofilmstelle,
- Nicht öffentliche Magazinzone,
- Haustechnik und
- Büroräume anderer Dienststellen.

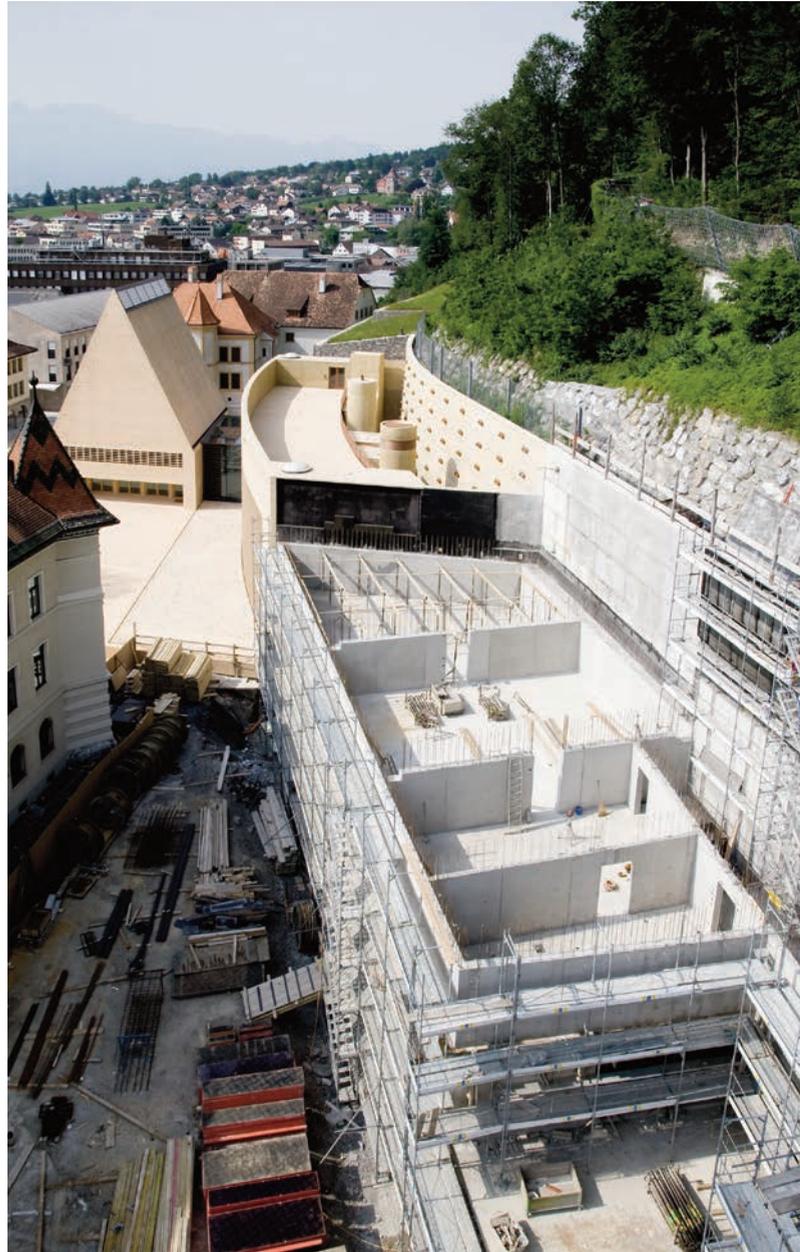
Die Zonen wie auch die Funktionen der einzelnen Gebäudeteile sind sowohl von innen wie von außen gleichermaßen gut erkennbar. Dies erleichtert vor allem den Besucherinnen und Besuchern die Orientierung, ruft aber auch den Mitarbeitenden ihre organisatorische Zuordnung zu bestimmten Funktionen ständig ins Bewusstsein.

Von außen nicht erkennbar ist der Kulturgüterschutzraum, der das gesamte Untergeschoss einnimmt. Der sichtbare Teil besteht aus einem durchgehenden Sockelgeschoss, auf dem zwei ineinander verschobene, keilförmige Kuben stehen. Im südlichen Teil des Sockelgeschosses befindet sich die Haustechnik. Die Magazine sind im nördlichen Trakt übereinander angeordnet. Im ersten Obergeschoss wurde zwischen die Magazine die öffentliche Benutzerzone eingeschoben – die Benutzenden arbeiten damit buchstäblich mitten

in den Aktenbergen. Der Benutzerbereich ist an den riesigen Fensteröffnungen in den ansonsten fensterlosen Fassaden des Magazintrakts leicht erkennbar. Im südlichen Trakt befinden sich die Verwaltungsräume des Archivs (erstes und zweites Obergeschoss) sowie die Büros des Rechtsdiensts der Regierung (drittes und viertes Obergeschoss). Von außen ebenfalls gut erkennbar ist das zentrale Treppenhaus im Verbindungsteil der beiden Trakte. Der Zugang zum Archiv erfolgt über eine großzügige Freitreppe in der südöstlichen Ecke des Vorplatzes. Gleich daneben befindet sich eine rollstuhlgerechte Rampe, die Gehbehinderten den Zugang ins Archiv ohne fremde Hilfe ermöglicht.

Architektonisch stellte sich die Aufgabe, die Vision von Luigi Snozzi und Hansjörg Göritz fortzusetzen und dabei die Hangfußbebauung zu einem überzeugenden Abschluss zu bringen. Der Neubau stellt einen integrierenden Bestandteil dieser Hangfußbebauung dar, ist aber als selbstständiges Objekt erkennbar. Er darf trotz seiner Größe die historischen Gebäude in ihrer Bedeutung nicht konkurrenzieren und nicht abwerten. Dies scheint zu gelingen. Die Fortsetzung des Projekts von Göritz kommt einerseits in der Übernahme der Geschosshöhen und in der Materialisierung – für die Fassade des Magazintrakts und für das Sockelgeschoss wird derselbe gelbe Klinker verwendet – zum Ausdruck, andererseits in der Platzgestaltung. Die von Göritz begonnene Platzgestaltung mit Klinkersteinen wird derart fortgesetzt, dass der neue Peter-Kaiser-Platz das

*Blick auf die elegant geschwungene Hangfußbebauung, im Vordergrund der Magazintrakt Landesarchiv, dann der Verwaltungstrakt Landtag und hinten der Erweiterungsbau Landesmuseum, in den Hang integriert.
Vorlage: Barbara Bühler, Vaduz.*



Regierungsgebäude umschließt und gleichzeitig freistellt. Der Vorplatz erhält damit eine wohl-tuende Großzügigkeit.

Der Verwaltungstrakt hebt sich von den strengen und einheitlichen Gestaltungsideen von Göritz ab, die eingesetzten Materialien und Formen werden variiert. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass dieser Trakt um ein Geschoss höher ist. Mit der weißen Putzfassade und der Größe der Fensteröffnungen nehmen die Architekten Elemente der denkmalgeschützten Bauten der Umgebung auf, aber in einer modernen Architektursprache ohne historisierende Anbiederungsversuche. Sie beweisen einen sensiblen Umgang mit den kleineren, denkmalgeschützten Bauten der Umgebung, wählen einfache, klare Formen und verzichten weitgehend auf das Einbringen neuer Materialien. Historische Bauten und moderne Architektur stehen eigenständig und harmonisch nebeneinander.

Funktionalität und Zweckmäßigkeit

Entscheidend dafür, dass dieses Projekt den Zuschlag erhielt, war neben der architektonischen Qualität seine hohe Funktionalität. Die wegweisende Idee war, das Gebäude von der Mitte her zu erschließen. Die zentrale Erschließung bringt große betriebliche Vorteile. So ist kein Magazin-teil mehr als 40 Meter von der Ausleihe entfernt, wenn man die Strecke im Lift nicht einberechnet. Die Anlieferung von Archivalien ist so konzipiert, dass ein Kleintransporter in das Gebäude hinein-fahren kann und die Akten so direkt zum Lift gelangen.

Sowohl in der öffentlichen Zone wie auch im Verwaltungstrakt wurde darauf geachtet, dass alle

Arbeitsräume ausreichend natürlich belichtet sind. Die Arbeitsräume sind fast ausnahmslos nach Westen orientiert und die Fenster großzügig bemessen. Ein Anliegen war dem Bauherrn eine größtmögliche Flexibilität in der Nutzung. Aufgrund einer Vorgabe des Hochbauamts wurde ein Raster gewählt, bei dem ein Einzelbüro 15 Quadratmeter misst. Dies mag vielen Archivaren als zu klein erscheinen, war aber nicht verhandelbar. Da nur wenige Mauern eine tragende Funktion haben, ist es möglich, die Zwischenwände aus vorgefertigten Elementen zu erstellen. Die Büroräume lassen sich somit ohne großen Aufwand neu einteilen.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass das Gebäude das Minergie-P-Zertifikat erhält, also dem Schweizer Standard für Passivhäuser entspricht.

Optimierung der Magazine

Aus Sicht der Archivare misst sich die Qualität eines Archivs wesentlich an den Magazinen. Sämtliche Magazine sind in Brandabschnitte (maximal 160 Quadratmeter) unterteilt, auf eine Sprinkleranlage wurde verzichtet. Die Magazine sind frei von Stützen und mit Rollregalen ausgestattet. Aus der konsequenten Optimierung der Raumnutzung ergibt sich ein sehr gutes Verhältnis von Magazinflächen zu Regalmetern: Auf insgesamt gut 1800 Quadratmetern Nettogeschossfläche in den Magazinen lassen sich rund 19 000 Laufmeter Regalböden erzielen, das heißt rund zehn Regalmeter pro Quadratmeter. Dies geht nicht zu Lasten der Gänge: Die Hauptgänge sind 1,5 Meter breit, die Seitengänge mindestens 0,9 Meter. Allerdings beeinträchtigt die optimale Ausnutzung teilweise den Komfort, da die Raum-



Nach Abschluss der Betonarbeiten konnte mit der vorgemauerten zweiten Schale begonnen werden, Stand Mitte November 2008.
Vorlage: Landesarchiv, Vaduz.

höhen (2,8 Meter lichte Höhe, abgesehen vom Kulturgüterschutzraum im Untergeschoss, wo sie nur 2,5 Meter beträgt) bei einer Regalhöhe von 2,44 Metern ausgenutzt werden. Das oberste Regalbrett kann somit nur mit einer Leiter oder einer Steighilfe genutzt werden.

Was die Klimatisierung der Magazine betrifft, so wird das Modell der *aktiven natürlichen Klimatisierung* verfolgt: Auf eine energieaufwendige Klimatisierung wird verzichtet; lediglich zwei Spezialmagazine für Fotos, Filme und Mikrofilme können klimatisiert werden. Ohne *intelligente Belüftung* und Luftentfeuchtung geht es aber nicht.

Die angestrebten Temperaturen sollen sich gemäß Klimaberechnungen im Jahresablauf zwischen 16 und 20 Grad Celsius bewegen. Da der Bau in den Hang eingebettet wird, ist auch im Sommer nicht zu befürchten, dass die Temperaturen stark ansteigen werden. Um die notwendige thermische Trägheit der Magazine zu erreichen, wurden folgende Empfehlungen aus der Fachliteratur umgesetzt:

- Massive Betonkonstruktion bei Wänden, Decken und Böden, was eine große Wärmespeicherkapazität ergibt,

- Hochwertige Isolation der Außenwände: 18 Zentimeter Schaumglas,
- Hinterlüftete Fassaden,
- Intelligente Belüftung, Verzicht auf Fensteröffnungen,
- Schleuse vor jedem Magazinraum,
- Energiearme Leuchtröhren.

Um sich gegen zu tiefe Temperaturen abzusichern, wird in den Magazinen ein Heizrohr eingebaut, das den Außenmauern entlangläuft. Damit bietet sich die Möglichkeit, die Magazine etwas zu temperieren, falls die Temperaturen zu tief absinken sollten. Wasserschäden aufgrund eines Lecks sind nicht zu befürchten, da im schlimmstmöglichen Schadensfall nicht mehr als das in den Heizrohren vorhandene Wasser auslaufen kann – dies würde nicht ausreichen, um den ganzen Boden zu bedecken.

Da der Beton zumindest in den ersten zehn Jahren nach Fertigstellung noch viel Feuchtigkeit abgeben wird, braucht es eine Luftentfeuchtung. Diese wird zusammen mit der *intelligenten Belüftung* realisiert, bei der die Luft dann ausgetauscht wird, wenn die Außenwerte besser sind als die Werte im Raum. Angestrebt wird eine relative Luftfeuchte zwischen 40 und 55 Prozent, wobei sich auch dieser Wert nur langsam ändern soll. Da Beton ungeeignet ist, um die Feuchtigkeit zu regulieren, wurde nach einem feuchtigkeitsabsorbierenden Material gesucht, das schneller reagiert als Papier. Eine Lösung bietet Prosorb, das auch zur Stabilisierung der relativen Luftfeuchtigkeit in Museumsvitrinen eingesetzt wird. Es wird in Säckchen geliefert, die mit einfachen Mitteln an der Unterseite der Regalböden montiert werden können. Prosorb hat die Fähigkeit, nicht nur einmal, sondern immer wieder Feuchtigkeit auf-

zunehmen und langsam abzugeben und kann damit zur Stabilisierung der Luftfeuchtigkeit eingesetzt werden. Wirksam ist es vor allem bei wenig gefüllten Magazinen, bei vollen Magazinen übernimmt das Papier diese Funktion.

Gediegene Materialien und Eleganz

Der Kredit von 31,5 Millionen Franken erweist sich als großzügig bemessen. Dies ermöglicht die Verwendung von vornehmen Materialien – der Neubau wird nicht die edle Ausstrahlung des angrenzenden Landtagsgebäudes und des Regierungsgebäudes erreichen, aber Eleganz wird ihm nicht abzusprechen sein. Im öffentlichen Bereich und im Verwaltungstrakt sind Bodenbeläge aus Eichenparkett vorgesehen. Die Fertigelemente für die Wände bestehen aus Glas und Platten, die mit Eichenholz furniert sind. Die Mauern werden weiß verputzt. Die Glasflächen in den Innenwänden sollen für natürliches Licht sorgen und den Eindruck von Transparenz vermitteln. Mit der Verwendung von Parkett als Bodenbelag kommt im Übrigen nicht nur eine ästhetische Vorliebe zum Ausdruck, vielmehr wurde Parkett von der Liegenschaftsverwaltung aus betriebswirtschaftlichen Gründen gewünscht, da er im Vergleich zu einem Teppichboden als pflegeleichter gilt. In den Magazinen ist ein gelb eingefärbter Hartbetonboden vorgesehen, der die Farbe des Vorplatzes aufnimmt. Die Betonwände werden mit Silikatfarbe weiß gestrichen.

Ausblick

Mit der Realisierung des Neubaus wurde im September 2006 begonnen. Im Juli 2007 waren der Fels abgetragen, die Hangmauer erstellt und die Baugrube vorbereitet. Im August 2007 wurde mit dem Hochbau begonnen, Ende 2008 soll der Rohbau abgeschlossen sein. Für den Innenausbau und die Vorplatzgestaltung sind weitere neun Monate eingeplant. Nach einer Austrocknungsphase wird der Neubau voraussichtlich im Frühjahr 2010 bezogen werden können.

Anmerkungen

- 1 Politiker benutzen dafür gern die Formulierung *Kultur-, Flanier- und Shoppingmeile* – all dies soll sich aber auf einem knappen halben Quadratkilometer abspielen.
- 2 Dazu ausführlich Cornelia Herrmann: Die Kunstdenkmäler des Fürstentums Liechtenstein. Band 2: Das Oberland. Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte GSK. Bern 2007.
- 3 Roman *Hollenstein*: Stadt im Werden. Das Landtagsgebäude von Hansjörg Göritz als neues Wahrzeichen im Regierungsviertel von Vaduz. In: NZZ vom 10. März 2008.
- 4 Hans Stricker, Toni Banzer und Herbert Hilbe: Liechtensteiner Namenbuch. Die Orts- und Flurnamen des Fürstentums Liechtenstein. Band 2. Die Namen der Gemeinden Triesenberg, Vaduz, Schaan. Vaduz 1999. S. 415.
- 5 Die beiden hatten außer dem Metier kaum etwas gemeinsam: Erwin Hinderer (1901–1944) stammte aus Stuttgart und zog als Freiwilliger in den Krieg, wo er starb. Ernst Sommerlad (1895–1977) war ein Gegner der Nationalsozialisten und wurde deshalb in Deutschland ausgebürgert.
- 6 *Hollenstein*, wie Anm. 3.
- 7 VADUZ Direkt Nr. 24 vom April 2001, S. 2.
- 8 Zur Architektur:
<http://www.kunstmuseum.li/?page=2148&lan=de>.
- 9 Teile der fürstlichen Sammlungen waren von 1806 bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs in einem Palais der Fürsten von Liechtenstein in der Wiener Rossau ausgestellt. Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Sammlungen nach Vaduz verlegt. 2004 wurde das neue Liechtenstein Museum in der Rossau eröffnet.
- 10 Benedikt Loderer: Der zweite Leitbau Liechtensteins. In: Hochparterre 4 (2008) S. 44.
- 11 Wie Anm. 8, S. 42.
- 12 Insgesamt waren 15 Büros aus Deutschland, zwölf aus Liechtenstein, fünf aus der Schweiz und drei aus Österreich teilnahmeberechtigt. Sämtliche Büros, die zugelost wurden (14), stammten aus Deutschland, was auf das rege Interesse in Deutschland schließen lässt.

REGULA NEBIKER TOEBAK

Der Um- und Ausbau des Staatsarchivs Basel-Landschaft

Nach über zwei Jahren Bauzeit und gut zehn Jahren Planung konnte die interessierte Öffentlichkeit am 17. November 2007 anlässlich des Schweizerischen Archivtags den neuen Archivbau in der Kantonshauptstadt Liestal besichtigen. An der alten Adresse an der Wiedenhubstraße 35, in einer schmalen Quartierstraße hinter einem Bahndamm gelegen, war ein modernes Gebäude mit hoher architektonischer Qualität entstanden. Für das Staatsarchiv Basel-Landschaft ging damit eine lange Zeit der Platznot und der improvisierten Notlösungen zu Ende.

Die Archivgeschichte in Baselland ist eng verknüpft mit dem relativ steinigen Entwicklungsweg des Kantons, der sich nach der Trennung von Basel-Stadt im Jahr 1832 vom kleinen Agrarstaat, dem kaum jemand eine Überlebenschance gab, zum wachstumsstarken Dienstleistungs- und Industriestandort entfaltete. Auch die Entwicklung des Staatsarchivs verlief alles andere als gradlinig. Bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs existierte kein eigenständiges Staatsarchiv: Die Landeskanzlei als Stabsstelle der Regierung fungierte

gleichzeitig als eine Art Zentralregistratur der Verwaltung mit Archivfunktion. Daneben bestanden aber auch diverse Nebenarchive. Ältere Dokumente wurden oft der Obhut von ehrenamtlichen Heimatforschern überlassen. Erst 1960 trat ein wissenschaftlich ausgebildeter Staatsarchivar sein Amt an, der gleichzeitig auch die Leitung der Kantonsbibliothek innehatte. Im selben Jahr erstellte der Kanton ein Archivgebäude außerhalb der Landeskanzlei. Es wurde allerdings aus Kostengründen nicht sehr großzügig dimensioniert.

Als die größeren Archivbestände und Nebenarchive zusammengeführt wurden, waren die Magazine nach kurzer Zeit bereits voll. Weitere Ablieferungen konnten nur zurückhaltend entgegengenommen werden. Dies hatte zur Konsequenz, dass in der Kantonsverwaltung nie eine kontinuierliche und kohärente Ablieferungs- und Archivierungstradition entstehen konnte. Der akute Platzmangel in den Magazinen war aber nicht das einzige Problem: Auch die Arbeitsräume und der Publikumsbereich platzten aus allen Nähten. Mangels Alternativen wurden die



*Das alte Gebäude.
Aufnahme: Felix Gysin, Staatsarchiv Basel-Landschaft.*

Magazinräume nicht selten zu improvisierten Arbeitsplätzen umfunktioniert, sehr zum Nachteil der Archivalien. Gruppen konnten nur empfangen werden, wenn zuvor der Lesesaal geräumt worden war. Von außen wirkte das Gebäude sehr unscheinbar. Unter diesen Bedingungen konnte auch nur äußerst zurückhaltend Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Das Staatsarchiv fristete in der öffentlichen Wahrnehmung ein Mauerblümchendasein.

Um den grössten Platzproblemen zu begegnen, wurde der Magazintrakt in den 1990er-Jahren unterkellert. Das war eine sehr kostspielige Maßnahme, die sich zudem im Nachhinein als eher kurzfristig erwies. Sie wirkte, was den Raumgewinn anbelangte, wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem schuf sie Voraussetzungen, die sich bei der weiteren baulichen Entwicklung als hinderlich herausstellten. Parallel zum Staatsarchiv kämpfte auch die Kantonsbibliothek mit akuten Platzproblemen. Da aber im Archiv mit der Unterkellerung vorübergehend etwas Luft geschaffen worden war, wurde die Platzproblematik von Ar-



*Die neue Kantonsbibliothek.
Aufnahme: Felix Gysin, Staatsarchiv Basel-Landschaft.*

chiv und Bibliothek nicht gesamtheitlich, sondern getrennt angegangen. Dies führte zu der eher luxuriösen Situation, dass in Liestal innerhalb von zwei Jahren auf beiden Seiten des Bahndamms, in Sichtweite voneinander, zwei moderne neue Verwaltungsgebäude, ein Archiv und eine Bibliothek, entstanden.

Beide sind architektonische Meilensteine in der Bautätigkeit des Kantons. Die Architektursprache der beiden Gebäude bringt aber auch signifikante Wesensunterschiede zwischen den beiden Institutionen zum Ausdruck. Liestal ist inzwischen eine gefragte Adresse geworden für alle, die sich für



*Das neue Staatsarchiv.
Aufnahme: Felix Gysin, Staatsarchiv Basel-Landschaft.*

moderne Bibliotheks- oder Archivarchitektur interessieren.

Für den Archiv-Erweiterungsbau wurde im Jahr 2000 ein Wettbewerb ausgeschrieben. Da der Magazintrakt gerade erst unterkellert worden war, stellte der Kanton die schwierig zu erfüllende Vorgabe, mindestens diesen Teil des alten Gebäudes zu erhalten. Ein anderer Standort wurde gar nicht in Betracht gezogen, obwohl durchaus geeignetere Orte denkbar gewesen wären. Der Wettbewerb wurde vom damals noch wenig bekannten Zürcher Architekturbüro EM2N gewonnen. Das Siegermodell sah einen Rückbau der alten, seitlich angebauten Bürogebäude vor, zudem neue Gebäudeteile in Massivbauweise hinten und neben dem Magazintrakt. Das ganze Gebäude sollte mit einem zweiten Stockwerk in Metall-/Glasbauweise überdeckt werden. Dadurch ent-

stand ein kompakter Kubus mit einer klaren vertikalen Schichtung. Die gestaffelte Vorgehensweise sollte außerdem eine Etappierung der Bauarbeiten erlauben. Dies wiederum sollte es möglich machen, den Archivbetrieb während der ganzen Bauzeit aufrechtzuerhalten. Wir sollten noch erleben, dass wir uns ehrgeizige Ziele gesteckt hatten.

Erst mussten einige politische Hürden überwunden werden, da das Projekt in eine Zeit der angespannten Finanzen fiel. Es grenzte fast an ein Wunder, dass das Kantonsparlament im Juni 2004 dem Archivbau zustimmte und diesen anderen Bauprojekten vorzog. Vorgegeben war ein verbindliches Kostendach von gut 14,7 Millionen Schweizer Franken. Auf einen ursprünglich geplanten unterirdischen Magazinraum an der Ostseite des Gebäudes wurde aus Kostengründen verzichtet. Dies dürfte die erste Ausbautetappe sein, wenn dereinst zusätzlicher Platzbedarf entstehen sollte. Beidseits des Gebäudes stehen ausreichend Landreserven für spätere Magazinbauten zur Verfügung.

Nach einer weiteren, sehr intensiven Planungsphase begannen im Sommer 2005 die Bauarbeiten. Schon in der Vorprojektphase hatte das kantonale Hochbauamt zusammen mit den Architekten beschlossen, den Minergiestandard anzustreben. Es stellte sich zudem heraus, dass eine natürliche Klimatisierung der Magazinräume nicht möglich war. Eine Klimaanlage hält das Klima der vier großen Magazine konstant bei 18–21 Grad Celsius und bei 45–55 Prozent relativer Luftfeuchtigkeit. Ein kleinerer Sonderklimaraum kann separat klimatisiert werden. Durch die sehr gute Isolation kann der Betrieb der Klimageräte allerdings auf ein Minimum reduziert werden. Die Leichtbauweise des obersten Stockwerks stellte ebenfalls eine klimatische Herausforderung dar.



*Hightech (Technikraum).
Treppenaufgang.
Aufnahmen: Felix Gysin, Staatsarchiv Basel-Landschaft.*



Damit es im Dachgeschoss mit dem Lesesaal nicht zu heiß wird, wird es im Sommer mittels einer Bauteilkühlung mit Wasser aus einem Erdregister gekühlt. Aus dem ursprünglich angestrebten Lowtechgebäude wurde so schließlich ein Hightechbau mit einem komplexen Gebäudeleitsystem.

Die Architekten verstanden es, durch geschicktes Kostenmanagement (sparen, wo es weniger ins Auge fällt) einige Ideen zu verwirklichen. Zu nennen ist hier insbesondere die monumentale zweigeschossige Eingangshalle, deren Wände in moduliertem Beton gegossen sind. Durch die so repräsentierten massiven Schichten der Magazine, gefüllt mit Archivgut, schraubt sich eine großzügige Wendeltreppe ins lichte Dachgeschoss hinauf.

Im Kontrast zum massigen Sockel des Gebäudes ist dies ein transparent und offen ausgebildetes Attikageschoss mit raumhohen Fenstern. Vorne befindet sich ein großes Foyer mit Garderoberräumlichkeiten und einem Konferenzraum. Dieser gesamte Vorraum kann außerhalb der Öffnungszeiten separat benutzt und für Veranstaltungen gemietet werden. Der Lesesaalbereich, der sich beinahe über das gesamte oberste Stockwerk erstreckt, ist ein äußerst großzügig angelegter Raum, in dem sich alle Publikumsfunktionen (Empfang, Kopier- und Mikrofilmlesegeräte, PC-Arbeitsplätze, Bibliothek) finden. Lediglich durch Glaswände abgetrennt, befinden sich darin weitere Räume: ein überhoher geschlossener Lesesaal für die Konsultation von Originalquellen, ein Sitzungszimmer mit einem großen Tisch sowie ein großes transparentes Büro für ein Team von drei bis vier Personen, das den Lesesaal überblicken und sich per Sichtkontakt flexibel gegenseitig unterstützen kann. Dunkelbraunes Eichen-



Publikumsbereich mit Lesesaal. Aufnahme: Felix Gysin, Staatsarchiv Basel-Landschaft.

parkett verleiht dem ganzen Öffentlichkeitsbereich einen edlen Touch.

Die hintere Abtrennung des Lesesaalbereichs führt in den rückwärtigen Teil des Archivs. Hinter dieser Wand sowie in den unteren drei Geschossen findet der interne Alltag des Archivs statt.

Der Übergang vom öffentlichen Teil zum internen Arbeitsbereich wird durch den industriellen Charme (viel kargere Ausrüstung, grauweiße Farbgebung) optisch unterstrichen. Die funktionalen Büro- und Werkstattträumlichkeiten im südlichen und östlichen Anbau sind auch durch einen Seiteneingang inklusive Anlieferung und

einen Warenlift zugänglich. Vom südlichen Anbau aus gelangt man auch in die Magazine.

Durch die klare funktionale und räumliche Aufteilung wird wirksam verhindert, dass Unbefugte in die Magazine gelangen. Ein gestuftes Schließsystem, eine Einbruchalarmanlage und eine Brandmeldeanlage sorgen zudem für die Sicherheit der Archivalien rund um die Uhr. Obwohl die Magazinfläche nur um gut die Hälfte (alt 1203 Quadratmeter, neu 1981 Quadratmeter) vergrößert wurde, hat sich vor allem durch eine optimale Verdichtung der Möblierung (Com-pactus-Anlagen) die Lagerkapazität beinahe verdoppelt (alt 9 500 Regalmeter, neu rund 18 000 Regalmeter).

Für das Team des Staatsarchivs war die Bauzeit eine Belastungsprobe. Sie bot aber auch eine einmalige Chance. Da der Betrieb während der gesamten Bauzeit aufrechterhalten blieb, war es ein *Wechseln der Räder am fahrenden Zug*. Laufend mussten Gewohnheiten aufgegeben und Abläufe angepasst werden. Aus dem Nebeneinander von Archiv- und Baubetrieb ergaben sich aber auch viele wertvolle Erfahrungen und Begegnungen. Wir wissen ganz genau, was es brauchte, um das Gebäude zu erstellen, in dem wir heute arbeiten. Nicht selten wollten auch die Handwerker von uns wissen, warum wir so viel Aufhebens um die alten Akten machen. Daraus ergaben sich manche interessante Gespräche mit den Handwerkern, die aus ganz Europa stammten und unterschiedlichste Erfahrungshintergründe mitbrachten.

Die erste Bauetappe war im Juni 2006 abgeschlossen. Wir zogen in den neu erstellten Bürotrakt, betrieben einen improvisierten Lesesaal und benutzten den neuen Zugang zu den bestehenden Magazinen. Da alles relativ gut mit Staubmauern abgedichtet war, liefen der Bau- und der Archivbetrieb lange Zeit ziemlich reibungslos

nebeneinander her. Im Juli 2007 konnte das architektonische Kernstück des Gebäudes eröffnet werden, der sehr großzügige neue Lesesaal und der Haupteingang mit der geschwungenen Wendeltreppe.

Die Renovation und Neuausrüstung der Magazine, also des archivischen Kernstücks des Baus, stand aber noch bevor. Sie stellte sich als größte Herausforderung für alle Beteiligten heraus. Nun ließen sich Bau- und Archivbetrieb nicht mehr so einfach auseinanderhalten. Es galt, die unterschiedlichen Bedürfnisse mit viel Sorgfalt und Flexibilität, aber auch mit der notwendigen Hartnäckigkeit unter einen Hut zu bringen. Um nicht in letzter Minute noch große Schäden an den Archivbeständen zu verursachen, ließ es sich schließlich nicht mehr umgehen, sehr große Mengen an Akten vorübergehend kurzfristig in externe Magazine auszulagern.

Diese Auslagerungen waren logistische Herausforderungen und – nicht zu unterschätzen – physische Kraftakte. Schließlich musste jede einzelne Archiveinheit von Hand aus dem Gestell entnommen und wieder zurückgebracht werden.

Bauarbeiten in den Magazinen.



Magazin.



Aus der Not, dass schließlich doch beinahe alle Archivalien in die Hand genommen werden mussten, versuchten wir eine Tugend zu machen. Wir konnten die Situation dazu nutzen, die Magazinbelegung grundsätzlich neu zu organisieren. Bestände, die stark zersplittert waren, wurden zusammengeführt. Die Archivschachteln, die bisher alle auf ihrer Schmalseite hochkant aufgestellt waren, stellten wir nun konsequent auf ihrer Breitseite in die Regale. Damit erreichten wir eine sehr viel dichtere Lagerung.

Die ganze Umlagerungsaktion erlaubte auch eine beinahe komplette Qualitätskontrolle, sodass wir heute sagen können, dass wir unsere Archivalien besser im Griff haben als dies je einmal der Fall gewesen ist. Vorerst ist genügend Archivraum vorhanden, um die Ablieferungsrückstände aus der Verwaltung aufzunehmen, die sich im Lauf der Jahre angesammelt haben. Wir rechnen mit einem voraussichtlichen Archivbestand von

*Seiteneingang mit Anlieferung.
Aufnahmen: Felix Gysin, Staatsarchiv Basel-Landschaft.*



13 000 Regalmetern im Jahr 2010 und von 15 000 Regalmetern im Jahr 2020, bei einem geschätzten jährlichen Zuwachs von 200 Regalmetern. Wir gehen davon aus, dass der Zuwachs an Papierunterlagen, die nach dem Jahr 2000 entstanden sind, massiv abnehmen wird, sodass unsere Raumreserven noch eine gute Weile ausreichen werden. Ob unsere Prognosen zutreffen, wird sich bald zeigen. Wir konzentrieren unsere mittelfristige Planung nun auf den Aufbau einer leistungsstarken digitalen Archivierung im Kanton Basel-Landschaft.

Aus archivischer Sicht sind die klimatisierten, optimal möblierten und sicheren Magazinräume die eigentlichen Juwelen des Neubaus. Wie sich während der Umlagerungen gezeigt hat, sind die Räume funktional zweckmässig angelegt und eingerichtet. Die gedeckte Hebebühne seitlich am Gebäude und der großzügige Anlieferungsraum ermöglichen eine speditive Anlieferung.

Die Türen sind breit, und es gibt keine Schwellen mehr, die den Palettentransport erschweren. Als besonders wertvoll erweisen sich auch die großzügig dimensionierten Arbeitsräume.

Das ganze Projekt forderte viel Kreativität, Technologie, aber auch Kompromissbereitschaft von allen Seiten (Architekten, Hochbauamt, Staatsarchiv). Einige Lösungen sind neuartig, und es wird sich weisen, ob sie sich in der Zukunft bewähren. Das Gebäude stellt vom Unterhalt her hohe Anforderungen. Diese werden vom Hochbauamt zu erbringen sein, das auch beim Bau federführend war. Das elektronische Gebäudeleitsystem kann nur von einem Hauswart mit speziellem Flair für modernste Technologie und Informatik bedient werden. Auch ist die Reinigung der vielen Glasflächen nicht ganz unproblematisch. Einiges ist bis heute nicht ganz eingespielt.

Es wird wohl noch eine Weile dauern, bis alle technischen Innovationen unseres intelligenten Gebäudes einwandfrei ineinanderspielen.

Mit seinem spektakulären Gebäude erfährt das Staatsarchiv Baselland eine ganz neue, bisher nicht gekannte Popularität. Der Archivtag am 17. November 2007 schlug mit geschätzten 700 Besucherinnen und Besuchern alle bisherigen Rekorde. Im vergangenen Jahr haben zahlreiche Gruppen das Archiv bei Führungen besucht. Im neuen Konferenzraum haben bereits Dutzende interne und externe Veranstaltungen stattgefunden. Die Medien berichten mehr über das Staatsarchiv denn je. Da über das Gebäude auch in verschiedenen internationalen Architekturzeitschriften publiziert wurde, haben wir auch eine ganz neue Besucherkategorie kennengelernt: Architekturtouristen, die von weit her kommen, in Liestal absteigen und kurz in der Wiedenhubstraße vorbeischaun. Das Staatsarchiv ist aus seinem Dornröschenschlaf erwacht. Dieses Gebäude lebt, will belebt werden, und es inspiriert zu neuen Ideen. Wir machen einen grundlegenden und erfreulichen Imagewandel durch. Das gängige Klischee von verstaubten alten Aktenbergen ist spätestens seit der Baureinigung passé, und wir tun unser Bestes für eine innovative und zukunftsgerichtete Archivierung in unserem Kanton.

Weiterführende Informationen

Website des Staatsarchivs des Kantons Basel-Landschaft: www.staatsarchiv.bl.ch.

Website der Kantonsbibliothek Baselland: www.kbbl.ch.

Website der ausführenden Architekten EM2N: www.em2n.ch.

Artikel zum Neubau des Staatsarchivs Basel-Landschaft

Alberto *Alessi*: Il teatro delle memorie collettive. A theatre for collective memory. In: *Domus* 907 (2007) S. 56–61.

Regula *Nebiker*: Staatsarchiv Basel-Landschaft 2007. In: *Archivbauten in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein 1899–2009*. Herausgegeben von Anton *Gössli*. Baden 2007. S. 142–147.

Regula *Nebiker*: Staatsarchiv BL – renoviert und endlich genügend Platz. In: *Baselbieter Heimatblätter* 3 (2007).

Umbau und Erweiterung Staatsarchiv Basel-Landschaft Liestal. Herausgegeben vom Hochbauamt BL. Liestal 2007.

Die Autorinnen und Autoren

KLAUS BÜHRER
Vermögen und Bau Baden-Württemberg,
Amt Freiburg
Mozartstraße 58, 79104 Freiburg im Breisgau

DR. BEAT GNÄDINGER
Staatsarchiv des Kantons Zürich
Winterthurer Straße 170, 8057 Zürich, Schweiz

PROFESSOR DR. HANS-DIETER LOOSE
Auf der Looge 21, 21255 Tostedt

REGULA NEBIKER TOEBAK
Staatsarchiv des Kantons Basel-Landschaft
Wiedenhubstraße 35, 4410 Liestal, Schweiz

LAURENCE PERRY
Archives de la Ville et de la Communauté
Urbaine de Strasbourg
32 Route du Rhin, 67076 Strasbourg Cedex,
Frankreich

ANDRÉ SALATHÉ
Staatsarchiv des Kantons Thurgau
Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld, Schweiz

PAUL VOGT
Liechtensteinisches Landesarchiv
Messinastraße 5, 9495 Vaduz, Fürstentum
Liechtenstein

DR. WILHELM WADL MAS
Kärntner Landesarchiv
St. Ruprechter Straße 7, 9020 Klagenfurt,
Österreich

PROFESSOR DR. MICHAEL WETTENGEL
Haus der Stadtgeschichte – Stadtarchiv Ulm
Schwörhaus, Weinhof 12, 89073 Ulm

